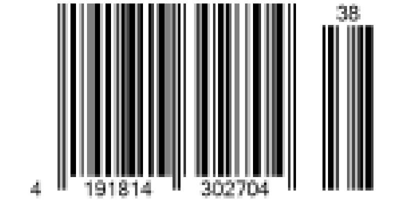
Ringen um Idlib S. 4

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Nr. 38 – 21. September 2018
Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro
ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Soll weg, weil er die Wahrheit sagte: Der langjährige Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen Bild: pa

Beide Fronten müssen halten

Abgrenzung nach rechtsaußen funktioniert nur, wenn sie auch gegen links steht

Immer offener paktieren Politiker der Mitte mit Linksextremisten. Dies unterminiert auch die Abgrenzung gegen Rechtsextremisten.

Um die Dimension des Ereignisses zu ermessen, muss man kurz an seinen Anfang zurück: Eine anonyme linksextreme Person oder Gruppe bringt einen Videoschnipsel ins Internet und erklärt ihn wahrheitswidrig zum Beweis für eine „Hexenjagd“ von Deutschen auf Ausländer in Chemnitz. Die Kanzlerin übernimmt die Fehlinterpretation und verbreitet sie in die Welt, zum Schaden des deutschen Ansehens.

Als der Chef des Inlandsgeheimdienstes die linksextreme Falschbehauptung dementiert, bricht eine veritable Koalitionskrise aus. An diesem Vorgang lässt sich ablesen, wie weit der Einfluss des Linksextremismus in die höchsten Herrschaftsetagen der Republik gewuchert ist. Dieses Auswuchern begann nicht erst gestern, es nahm seinen Anfang vor Jahrzehnten. Was jetzt sichtbar wurde, ist ein weiterer Höhepunkt des fortschreitenden Verfalls des demokratischen Spektrums an seiner linken Flanke.

Am Beginn ihrer Geschichte wehrte sich die Bundesrepublik erfolgreich gegen abseitige NS-Nostalgie und die Verlockungen des Kommunismus gleichermaßen. Man nannte es stolz den „Antitotalitären Konsens aller Demokraten“. Seit den 1970er Jahren aber schon bröckelt der Konsens an der Front nach links. Erst waren es SPD-Studenten und Grüne, die unverhohlen mit Linksextremisten paktierten.

> Der Konsens der alten Bundesrepublik wurde gebrochen

Dass mit Daniel Günther nun auch ein CDU-Ministerpräsident Bündnisse mit der Linkspartei ins Auge fasst und die Kanzlerin und CDU-Chefin Angela Merkel eine Finte der Antifa sogar zur Regierungslinie adelt, zeigt, wie weit der Bogen mittlerweile gespannt ist.

Das ist nicht nur an sich ein Skandal und höchst alarmierend. Diese Entwicklung macht es auch der AfD nicht leichter, sich ihrerseits gegen das Ausfransen nach Rechtsaußen zu wehren. Das Desaster wäre komplett, sobald demokratisch gesinnte Demonstranten aus Furcht vor gewalttätigen Antifa-Attacken gar nichts mehr dagegen einzuwenden haben, wenn sich auch Extremisten und Hooligans von zweifelhafter Motivation unter sie mischen, weil sie sich von diesen „kampferprobten“ Kreisen Schutz vor linksextremen Übergriffen erhoffen – von denen es, zumal gegen die AfD, bekanntlich schon genügend gab. Dann wäre die Mitte zerrieben, die Front für den Bürgerkrieg bereitet.

Der AfD dauernd mangelnde Abgrenzung nach Rechtsaußen vorzuwerfen, bleibt heuchlerisch, solange die etablierten Parteien ihre einstige Abgrenzung nach Linksaußen nicht endlich wiederherstellen. Das eine wird in der rauen Praxis auf Dauer nur mit dem anderen gemeinsam durchzuhalten sein. Statt dies einzusehen, vermauern sich etablierte Politik und viele Medien in einem hysterischen, an die DDR-Propaganda erinnernden „Antifaschismus“ gegen die bürgerlich-rechte Opposition. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Er fehlt

Es gereicht dieser Zeitung zur Ehre, ihn zu ihren Autoren gezählt zu haben. Ulrich Schacht war ein Journalist und Schriftsteller, dessen Stimme Gewicht hatte. Nun ist sie verstummt, denn er ist am vergangenen Sonntag im Alter von erst 67 Jahren überraschend verstorben. Schachts Leben begann am 9. März 1951 im DDR-Frauengefängnis Hoheneck, in dem seine Mutter aus politischen Gründen inhaftiert war. Er absolvierte eine Handwerkslehre und studierte später Theologie – das einzige Studienfach, das einem mit seiner Herkunft offen stand. Als Unbeugsamer geriet er mit dem SED-Regime aneinander, landete im Gefängnis, aus dem ihn die Bundesrepublik nach vier Jahren herauskaufte.

Endlich in Freiheit, fand Schacht seine Berufung im Journalismus und verdingte sich bei der „Welt“ und der „Welt am Sonntag“. Aber auch viele andere Printmedien zierte seine spitze Feder, wobei die politische Bandbreite bemerkenswert war. Keine Kompromisse machte er allerdings bei seiner Ablehnung linker Gesellschaftsexperimente. Das war die Folge von Repression und Haft, die er im Gegensatz zu den Wortführern der westdeutschen Linken selbst durchlitten hatte. Im Jahre 1994 veröffentlichte er gemeinsam mit Heimo Schwilk den Sammelband „Die selbstbewusste Nation“ mit Essays, die sich mit dem Verständnis der Deutschen von Nation und Nationalstaat nach 1990 auseinandersetzen. Damit hatte er seinen Ruf als Akteur der sogenannten Neuen Rechten weg.

Abgestoßen von der Entwicklung in Deutschland, zog er nach Schweden. Wie sein Freund Michael Klonovsky berichtet, starb er in seinem Haus in Förslöv, im Ledersessel sitzend, mit dem Blick aufs Meer. Seine Stimme wird der konservativen Publizistik fehlen.

»Verfahren beschleunigen«

Bundesregierung erklärt Anker-Zentren für Asylsucher

Seit Wochen wird in Politik und Medien über sogenannte Anker-Zentren für Asylsucher diskutiert. Kaum einer weiß aber genau, was das eigentlich für Einrichtungen sein sollen. Der Begriff wird erstmals im Koalitionsvertrag erwähnt und steht für „Zentrum für Ankunft, Entscheidung, Rückführung (AnkER)“. Auf Bitten der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat die Bundesregierung jetzt erläutert, was es damit auf sich hat. Demnach wird in den Anker-Einrichtungen das gesamte Asylverfahren gebündelt: „Dort werden Ankunft, Entscheidung, kommunale Verteilung beziehungsweise Rückführung stattfinden.“ Mit der in den Anker-Einrichtungen beabsichtigten Beschleunigung der Asylverfahren soll „insbesondere die schnellstmögliche Verteilung auf die Kommunen von denjenigen mit asylrechtlichem Bleiberecht bewirkt werden, um von den Integrationsmaßnahmen vor Ort frühzeitig profitieren zu können“. Zugleich solle eine Verbesserung der Situation bei der Rückkehr ausreisepflichtiger Ausländer erreicht werden.

Für den Erfolg der Anker-Einrichtungen ist es laut Bundesregierung entscheidend, dass die Aufenthaltszeiten für die Menschen dort so kurz wie möglich sind. Dies soll durch eine intensivierte Zusammenarbeit der am gesamten Verfahren beteiligten Behörden des Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene in den Anker-Einrichtungen erreicht werden. Ferner werde eine Präsenz des zuständigen Verwaltungsgerichts vor Ort angestrebt.

Aus Sicht der Bundesregierung „ist es zielführend, das Asylverfahren an einem Ort durchzuführen und hierfür die Beteiligten an einem Ort zusammenzuführen“. Die Steigerung der Effizienz der Asylverfahren sei ebenso erklärtes Ziel der Einrichtungen „wie die Entlastung der Kommunen, indem nur diejenigen zur Verteilung kommen, denen im Asylverfahren ein Schutzstatus zuerkannt wurde“. Alle anderen verblieben „möglichst bis zur freiwilligen Rückkehr beziehungsweise zur Rückführung“ in der Anker-Einrichtung. *Jan Heitmann*

Indikator für Integration

Wahl der Alltagssprache bei Zuwanderern sehr unterschiedlich

In 56 Prozent der privaten Mehrpersonenhaushalte, in denen mindestens eine Person einen Migrationshintergrund hat, wurde 2017 überwiegend deutsch gesprochen. Das geht aus einer Studie des Statistischen Bundesamtes auf Basis des Mikrozensus 2017 hervor.

Die am häufigsten gesprochene ausländische Sprache in diesen Haushalten ist Türkisch mit 17 Prozent, gefolgt von Russisch mit 16 Prozent, Polnisch mit neun Prozent und Arabisch mit sieben Prozent. Ob in einem Haushalt Deutsch oder eine ausländische Sprache gesprochen wird, hängt nach Angaben der Statistiker stark von der Zahl der Haushaltsmitglieder mit Migrationshintergrund ab. In rund 89 Prozent der Haushalte, in denen nur ein Teil der Haushaltsmitglieder ausländische Wurzeln hatte, verständigte man sich überwiegend auf Deutsch. Hatten hingegen alle Haushaltsmitglieder ausländische Wurzeln, sank der Anteil auf 40 Prozent.

Weiterhin hängt die gesprochene Sprache im Haushalt stark von der Herkunft der Haushaltsmitglieder ab. Beispielsweise wurde in rund vier Prozent der Haushalte, in denen alle Personen syrische Wurzeln hatten, überwiegend Deutsch gesprochen. Der jeweilige Anteil lag höher, wenn die Haushaltsmitglieder türkische (34 Prozent) oder russische Wurzeln (50 Prozent) hatten. In den meisten Haushalten, in denen alle Personen oder deren Eltern aus Kasachstan stammten, wurde dagegen überwiegend Deutsch gesprochen (62 Prozent).

In Haushalten, in denen alle Personen nicht in Deutschland geboren, sondern zugewandert sind, ist zudem die Aufenthaltsdauer entscheidend: Je länger die Haushaltsmitglieder in Deutschland lebten, desto eher verständigten sie sich auch auf Deutsch. Lebten die Haushaltsmitglieder im Durchschnitt weniger als zwei Jahre in Deutschland, haben sie nur zu acht Prozent überwiegend deutsch miteinander gesprochen. Hielten sie sich hingegen seit mindestens zehn Jahren im Land auf, lag dieser Anteil bei 47 Prozent. *J.H.*

MELDUNGEN

General a. D. Harff gestorben

Sankt Augustin – Brigadegeneral a. D. Helmut Harff ist am 8. September im 80. Lebensjahr überraschend gestorben. Mit ihm ist „ein Stück Geschichte gegangen", wie es in der Todesanzeige der Familie zutreffend heißt. Denn mit seiner Person sind zwei entscheidende Schritte auf dem Weg der Bundeswehr zur Einsatzarmee verbunden. Als Kommandeur der Luftlandebrigade 26 befehligte der damalige Oberst 1993/94 das erste deutsche Kontingent in der UNOSOM-II-Mission in Somalia und damit den ersten bewaffneten Einsatz deutscher Soldaten nach dem Zweiten Weltkrieg. Im Jahre 1998 führte er als Brigadegeneral die deutschen Truppen, die im Rahmen des KFOR-Einsatzes ins Kosovo einrücken sollten. Da ein serbischer Kommandeur entgegen der mit dem Oberkommando in Belgrad getroffenen Vereinbarung den Grenzübergang nach Albanien bei Morina nicht pünktlich geräumt hatte, forderte Harff ihn auf, innerhalb von 30 Minuten abzuziehen. Als dieser auf Zeit spielen wollte, herrschte er ihn an: „Die Frist läuft aus. Sie haben noch 28 Minuten. Ende der Diskussion." Seitdem gibt es in der Truppe für entschlossenes Vorgehen einen eigenen Begriff: „harffen". *J.H.*

Spionage an der Tagesordnung

Berlin – Durch Spionage, Diebstahl oder Sabotage ist den deutschen Unternehmen in den Jahren 2016 und 2017 ein Schaden in Höhe von insgesamt 43,4 Milliarden Euro entstanden. Das geht aus einer Studie des IT-Branchenverbands Bitkom hervor. Demnach geraten vor allem Industriekonzerne ins Visier von Kriminellen. So sind sieben von zehn (68 Prozent) Opfer entsprechender Angriffe geworden, jedes fünfte Unternehmen (19 Prozent) vermutet dies. Zudem wurden bei einem Drittel IT- oder Telekommunikationsgeräte gestohlen, bei fast einem Viertel sind sensible digitale Daten abgeflossen. Nicht nur Diebstahl macht der Industrie laut der Studie zu schaffen. Jedes fünfte Industrieunternehmen berichtet von digitaler Sabotage von Informations- und Produktionssystemen oder Betriebsabläufen. Weitere 28 Prozent vermuten, dass es solch einen Vorfall bei ihnen gab. Bei elf Prozent wurde die digitale Kommunikation ausgespäht. Insgesamt haben digitale IT-Angriffe bei fast der Hälfte der Unternehmen einen Schaden verursacht. 21 Prozent haben einen Diebstahl von sensiblen physischen Dokumenten, Unterlagen, Mustern oder Maschinen festgestellt, bei zehn Prozent kam es in den vergangenen zwei Jahren zu analogen Sabotage von Informations- und Produktionssystemen oder Betriebsabläufen, zum Beispiel durch die Manipulation von Geräten in Unternehmen. Die Täter stammen häufig aus den eigenen Reihen. Bei fast zwei Drittel der Betroffenen (63 Prozent) gingen Delikte von ehemaligen oder derzeitigen Mitarbeitern aus. Die Hälfte der geschädigten Unternehmen hat Kunden, Lieferanten, externe Dienstleister oder Wettbewerber als verantwortliche Täter identifiziert. Bei drei von zehn waren es Privatpersonen oder Hobby-Hacker, 17 Prozent berichten von organisierter Kriminalität, jedes neunte Unternehmen gibt ausländische Nachrichtendienste als Täter an. Illegaler Wissens- und Technologietransfer auch Wirtschaftssabotage seien längst ein Massenphänomen, warnt Thomas Haldenwang, Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz. *J.H.*

Gemeinsam der Menschheit dienen

Taiwan könnte viel zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele der UN beitragen, aber man lässt es nicht

Am vergangenen Dienstag begann die 73. UN-Generalversammlung in New York, während die Generaldebatte voraussichtlich vom 25. September bis 1. Oktober stattfinden wird. Trotz der weltweiten Würdigung von Taiwans zahlreichen Beiträgen im Zusammenhang mit der im Jahr 2015 verabschiedeten Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung wird Taiwan der Zugang zu Tagungen, Aktivitäten und Mechanismen der UN nach wie vor verwehrt. Für die Taiwanesen ist das eine nicht hinnehmbare Situation.


Vorreiter in Sachen nachhaltige Stadtplanung: Taiwans Hauptstadt Taipeh Bild: Mauritius

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, verabschiedet auf der 70. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 2015, legt ehrgeizige Ziele fest, um die Welt auf einen nachhaltigen, widerstandsfähigen Weg zu lenken. Darin wurde die Bildung einer revitalisierten globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung versprochen, die alle Länder, alle Beteiligten und alle Menschen umfasse, so dass niemand zurückgelassen werden würde. Trotz dieses Versprechens wurden Taiwans 23 Millionen Menschen bei diesen globalen Bemühungen außen vor gelassen. Dies verstößt gegen den Grundsatz der Universalität, auf dem die Vereinten Nationen gegründet wurden, und nimmt Taiwan wie auch der internationalen Gemeinschaft Möglichkeiten, für das Gemeinwohl zusammenzuarbeiten.

Obwohl Taiwan nicht zur Teilnahme an Tagungen, Aktivitäten und Mechanismen der UN zugelassen wird, hat es sich nie seinen Pflichten als verantwortungsvoller Akteur entzogen. Den Empfehlungen der Agenda entsprechend hat Taiwan im vergangenen Jahr seinen ersten Bericht über die freiwillige Überprüfung auf nationaler Ebene (Voluntary National Review) veröffentlicht, in welchem der ressortübergreifende Ansatz seiner Regierung zur Umsetzung der Ziele der UN für nachhaltige Entwicklung (SDG) detailliert beschrieben wird. Die konkreten Ergebnisse umfassen Verminderung der Armut, vollständige Beendigung von Hunger, Verringerung des Anteils von Haushalten mit niedrigem Einkommen auf unter zwei Prozent, Senkung der Müttersterblichkeitsrate auf 11,6 von 100 000 Personen und der Sterblichkeitsrate bei Neugeborenen auf 2,4 pro 1000 Lebendgeburten sowie die Verbesserung der Alphabetisierungsrate auf 98,7 Prozent. All dies übertrifft die SDG-Standards der UN bei weitem.

Außerdem bietet Taiwan anderen Ländern Entwicklungshilfe. Durch den Fonds für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung (TaiwanICDF), der offiziellen Entwicklungshilfeorganisation Taiwans, hat das Land verschiedene Programme im Pazifik, in Asien, Afrika, Lateinamerika und in der Karibik ins Leben gerufen. Diese Programme sollen Ländern in diesen Regionen Verbesserungen zu erreichen helfen in den Bereichen saubere Energie, Ernährungssicherheit, Lebensmittelsicherheit, nachhaltige Landwirtschaft, Bildung, Gesundheit und Wohlbefinden für alle Altersgruppen sowie Katastrophenvorsorge und -anpassung. Der TaiwanICDF arbeitet auch mit der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zusammen, um Ländern in Mittel- und Osteuropa sowie Zentralasien bei der Entwicklung ihrer Marktwirtschaft und „grünen" Wirtschaft zu unterstützen.

Während Taiwans wertvolle Beiträge rund um den Globus weithin anerkannt werden, ignorieren die Vereinten Nationen weiterhin, was Taiwan anzubieten hat. Touristen,

Beiträge Taiwans weithin anerkannt

Experten und Fachleuten aus Taiwan wird der Zutritt zu Gebäuden der UN verweigert, und das nur, weil die UN den Reisepass der Republik China (Taiwan) nicht akzeptieren, der von fast allen Ländern der Welt anerkannt wird. Die UN haben sich geweigert, Journalisten aus Taiwan für ihre Tagungen und Aktivitäten zu akkreditieren, die ihre Arbeit doch im Interesse der Menschen in Taiwan und der Welt leisten.

Die Taiwanesen sind sehr enttäuscht, dass die UN fortgesetzt die Resolution 2758 (XXVI) der Generalversammlung von 1971 missbraucht, um Taiwans Ausgrenzung und Isolation zu rechtfertigen. Wie erwähnt, befasst sich diese Resolution weder mit der Vertretung von Taiwan und seiner Menschen im System der Vereinten Nationen, noch definiert sie die Beziehungen zwischen Taiwan und China. Das sogenannte Ein-China-Prinzip wird von vielen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen infrage gestellt. Nach Auffassung der taiwanesischen Regierung ist es falsch, dass die Vereinten Nationen, eine Organisation, die geschaffen wurde, der gesamten Menschheit zu dienen, den Status Taiwans einseitig definieren.

Artikel 1 der Charta der Vereinten Nationen besagt, dass es zu den Zielen der Vereinten Nationen gehört, „eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten" zu fördern und zu festigen. Zu diesem Zeitpunkt, zu dem die Menschheit vor mehreren entscheidenden Herausforderungen steht, gewinnt die globale Zusammenarbeit, die alle Länder, alle Beteiligten und alle Menschen umfasst, immer mehr an Bedeutung.

Durch den Ausschluss eines bereitwilligen und fähigen Partners wie Taiwan verstoßen die UN nicht nur gegen die grundlegenden Menschenrechte der 23 Millionen Menschen in Taiwan, sondern beeinträchtigen auch das menschliche Wohlergehen erheblich. Um sicherzustellen, dass die UN für alle Menschen relevant bleiben, sollte die Organisation externem Druck standhalten und ihre Türen für Taiwan öffnen.

Jaushieh Joseph Wu

Der Verfasser ist Außenminister der Republik China (Taiwan)

Andrej Šiško für mehrere Tage in Haft

Schlag der slowenischen Polizei gegen die regionalistische »Štajerska varda« in der Untersteiermark

Seit einiger Zeit gibt es in Slowenien in der Untersteiermark (Štajerska) eine regionalistische Bewegung des „Landes Štajerska". Nachdem sich Teile dieser Bewegung zu einer bewaffneten paramilitärischen „Štajerska varda" (Steirische Wacht) zusammengeschlossen und auf Facebook posiert haben, war der Führer der Bewegung, Andrej Šiško, in Marburg an der Drau (Maribor) kurzzeitig verhaftet worden. Nach Angaben der Polizei wurden in Marburg und Olsnitz (Murska Sobota) Wohnungen und Autos durchsucht. Die Polizei behandle den Fall mit „voller Ernsthaftigkeit", hieß es in der entsprechenden Polizeimitteilung. Demnach konzentrierten sich die Ermittlungen auf den Verdacht der Aufhetzung zur gewaltsamen Änderung der verfassungsrechtlichen Ordnung, worauf laut slowenischem Strafgesetzbuch bis zu fünf Jahre Haft stehen.

Nach den Worten ihres Anführers zählt die Štajerska varda mehrere hundert Mitglieder und soll unter anderem für den Schutz der Grenze zur österreichischen Steiermark sorgen. Šiško gab an, dass die Bürgerwehr das bereits im Vorjahr gegründete „Land Štajerska" schützen solle. In einem Video schwören Vermummte, dass sie „bis zum Tod treu die Befehle" ihrer Vorgesetzten erfüllen werden. Zum Abschluss rufen sie, in Abwandlung des Schlachtrufs des slowenischen Fußballmeisters NK Maribor: „Steirische Treue. Štajerska bis ins Grab!"

Slowenische Spitzenpolitiker haben die Vorgänge scharf verurteilt. Allerdings hat Slowenien derzeit nur eine Minderheitsregierung unter Führung eines ehemaligen Komikers, Marjan Sarec. Vier Parteien haben sich zusammengetan, um eine Regierungsbildung durch den Wahlsieger, den Nationalkonservativen Janez Jansa, zu verhindern.

Šiško ist Chef der außerparlamentarischen nationalistischen Partei Vereinigtes Slowenien. Er hatte im Vorjahr bei der Präsidentenwahl mit landesweit 2,2 Prozent der Stimmen einen Achtungserfolg verbucht. Šiško ist jedoch selbst kein Steirer, sondern wurde 1969 in der slowenischen Adriastadt Koper geboren.

2005 musste Slowenien im Rahmen einer von der EU verlangten regionalen Neugliederung sich in


Bild: pa
Verhaftung von Andrej Šiško

sogenannte Statisticne regije (Statistische Regionen) aufteilen, die jedoch bislang ohne politisch-administrative Bedeutung geblieben sind. Um ein steirisches Regionalgefühl zu verhindern, bildet die Untersteiermark keine eigene Statisticna regija, sondern wurde vielmehr aufgeteilt. Ein Teil wurde der Statisticna regija Koroška zugeschlagen, der Rest auf andere Statisticne regije aufgeteilt.

In der Untersteiermark lebten 1910 bei der letzten Volkszählung der österreichischen Monarchie etwa 15 Prozent deutschsprachige Steirer und 85 Prozent Slowenen. Der deutschsprachige Bevölkerungsanteil war vor allem in den Städten wie Marburg mit dort 80 Prozent Deutschsprachigen eine Mehrheit. Slowenen bildeten die Mehrheit auf dem Land. Trotzdem stellte die deutsche Minderheit vor dem Ersten Weltkrieg die Führungsschicht in Wirtschaft und Politik.

Nachdem der Stadtrat von Marburg am 30. Oktober 1918 die Zugehörigkeit der Stadt zu Deutschösterreich erklärt hatte, übernahm Major Rudolf Maister am 1. November 1918 die Befehlsgewalt über die Stadt. Der Stadtrat von Marburg stellte zur Verteidigung der Stadt und der Untersteiermark eine Schutzwehr aus deutschen Steirern auf, die jedoch am 23. November zur Kapitulation gezwungen wurde. An diese Schutzwehr möchte Šiško zumindest namentlich jetzt nun anschließen.

Als sich am 27. Januar 1919 mehr als 10 000 pro-österreichische Untersteirer aus Anlass bevorstehender Verhandlungen einer US-Delegation über die zukünftige Grenze auf dem Marburger Hauptplatz versammelten, eröffneten slowenische Soldaten sogleich das Feuer. Der Marburger Blutsonntag forderte 13 Tote und 60 Verwundete.

Tausende deutschsprachige Untersteirer verließen nach 1918 das Land, teils freiwillig, teils durch indirekte Maßnahmen gezwungen oder gar direkte wie Abschiebung. Alle deutschsprachigen Schulen und Vereine wurden zwangsaufgelöst. Bei den Volkszählungen gaben immer weniger Menschen Deutsch als Muttersprache an. Nach dem Zerfall Jugoslawiens wurde in Slowenien im Gegensatz zu anderen Nachfolgestaaten die Existenz einer deutschen Minderheit nicht anerkannt. *Bodo Bost*

»Um Bayern, nicht nur um Deutschland«

Ministerpräsident Markus Söder versucht, die Bundespolitik aus dem Landtagswahlkampf herauszuhalten

Knapp einen Monat vor der Landtagswahl in Bayern werden die Umfragewerte für die bislang allein regierende CSU immer schlechter. Parteichef und Bundesinnenminister Horst Seehofer vermittelt nichtsdestoweniger den Eindruck, an eine Wende zu glauben.

„Für die CSU ist alles möglich, auch die Verteidigung der absoluten Mehrheit“, sagte Seehofer den Zeitungen der Funke Mediengruppe: „Es wird eine ganz große Herausforderung, weil viele Menschen sich erst zuletzt entscheiden, ob und wen sie wählen.“

Bayern stehe „prächtig“ da, sagte Seehofer und lobte seinen Nachfolger im Amt des bayerischen Regierungschefs, Markus Söder: „Wir haben einen wirklich guten Ministerpräsidenten. Unser Problem ist das Aufkommen der AfD.“

Die Rechtspartei erreicht in den Umfragen bisher rund 14 Prozent der Stimmen. Allerdings ist das Potenzial der AfD schwer einzuschätzen, weil sie in der Fläche nicht überall präsent ist. Bei der Bundestagswahl 2017 hat die Partei trotz eines eher mäßigen Wahlkampfs im Freistaat weitaus besser abgeschnitten, als es die Umfragen vorhergesagt hatten.

Die Christsozialen werden zunehmend nervös und machen Front gegen die rechte Konkurrenz. Ministerpräsident Söder fordert nach den Ereignissen von Chemnitz härtere Maßnahmen gegen die AfD. „Chemnitz ist für mich ein Einschnitt, weil deutlich wurde, dass die AfD nicht einfach ein Sammelbecken für Protest ist, sondern Seit an Seit mit NPD, Pegida und Hooligans marschiert“, sagte der CSU-Politiker der „Bild“-Zeitung. Wenn die Bayern-AfD dann auch noch freien Waffenbesitz fordere, sei dies ein Angriff auf das Gewaltmonopol des Staates.

Bei der Landtagswahl vor fünf Jahren hatte die CSU mit 47,7 Prozent noch 101 von 180 Sitzen im Landtag errungen. In den Umfragen kam sie zuletzt nicht über 36 Prozent hinaus. Die in Bayern traditionell schwache SPD kämpft um ein zweistelliges Ergebnis. Zweitstärkste Kraft wären derzeit die Grünen, die auf 16 Prozent kommen. Die bereits im Landtag vertretenen Freien Wähler können ebenso von einem erneuten Einzug träumen wie die FDP, die derzeit knapp oberhalb der Fünf-Prozent-Hürde liegt. Der Linkspartei werden keine realistischen Chancen eingeräumt.

Den Versuchen, das Umfragetief seiner Partei allein auf den Streit mit der CDU im Sommer über die Asylpolitik zurückzuführen, hält Seehofer entgegen: „Wenn ich und die CSU an allem Schuld wären, müsste die SPD glänzend in den Umfragen dastehen, die CDU noch besser. Aber in Wahrheit haben wir im Moment auch zu dritt keine Mehrheit.“

Obwohl der CSU eine historische Pleite droht, erwarten die meisten Wahlberechtigten auch nach dem Wahltermin am 14. Oktober weiter Markus Söder als Ministerpräsidenten. Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts GMS sagten 57 Prozent aller Wahlberechtigten und 79 Prozent der CSU-Anhänger, Söder solle Ministerpräsident bleiben. 61 Prozent gehen davon aus, dass Söder im Amt bleibt. Eine Alleinregierung der CSU befürworten laut der GMS-Umfrage zwar nur noch 18 Prozent der Wähler, aber 60 Prozent wäre eine Koalition unter CSU-Führung am liebsten. Auf die Frage, wen die Wahlberechtigten sich als Koalitionspartner der CSU wünschen, gibt es keine einhellige Antwort. 23 Prozent würden gern die Freien Wähler in der Regierung sehen, 22 Prozent die Grünen. Eine Koalition ohne CSU wünschen sich nur 15 Prozent der Bayern.

Seehofer nimmt das zum Anlass, um Hoffnung zu verbreiten: „Das Grundvertrauen der Bayern in die CSU sei noch vorhanden, wir müssen jetzt kämpfen und dann können wir ein deutlich besseres Ergebnis als erwartet erzielen.“

Hauptgegner der CSU in den letzten Wochen vor der Wahl ist die AfD. „Wir haben erstmals eine Partei rechts der Union, die sich mittelfristig etablieren könnte, ein gespaltenes Land und einen mangelnden Rückhalt der Volksparteien in der Gesellschaft“, sagte Seehofer. Dies habe zwar „nicht nur“ mit der Immigrationspolitik zu tun, doch bezeichnete er die Migrationsfrage als „Mutter aller politischen Probleme“ in diesem Land.

Söder versucht händeringend, andere Themen zu setzen als die Asylpolitik. Bayern stehe gut da, die Wirtschaft floriere. Auch das Vertrauen der Bürger in die innere Sicherheit sei noch groß. „Die Dinge, die jetzt im Moment diskutiert werden, haben ja mit Bayern nur sehr wenig zu tun im Grunde genommen“, sagte der CSU-Spitzenkandidat für die Landtagswahl. Um im Schlussspurt die Zustimmung für die CSU zu verbessern, sei es wichtig, herauszuarbeiten zu „können, dass es bei der Landtagswahl um Bayern geht, nicht nur um Deutschland“.

Viele in der Partei empfinden die Auftritte von Innenminister Seehofer mittlerweile als Belastung. Offen sagen will dies niemand. Auf den letzten Metern solle nicht noch durch öffentliche Streitereien unnötiges Porzellan zerschlagen werden. Doch hinter den Kulissen brodelt es. „Vertraute der beiden schildern Missmut bis Misstrauen. Seehofer sieht seine Zweifel an Söders Landesvater-Kompetenz durch die Umfragen bestätigt. Söder ist schwer genervt von den Berliner Wortmeldungen zur Asylpolitik“, schreibt der gewöhnlich gut informierte „Münchner Merkur“. Sollte die Landtagswahl zum Desaster werden, drohe in der CSU ein offener Krieg. *Peter Entinger*



Burgfrieden bis zur bayerischen Landtagswahl: Der CSU-Vorsitzende und Bundesinnenminister, Horst Seehofer, und dessen Nachfolger im Amt des bayerischen Ministerpräsidenten, Markus Söder (von links)

Bild: Imago

MELDUNGEN

Bewährungsstrafe für Hitlergruß

Chemnitz – Bereits zwei Wochen nach den Vorkommnissen in Chemnitz hat das dortige Amtsgericht laut einem Bericht der Online-Ausgabe der in Chemnitz erscheinenden Tageszeitung „Freie Presse“ einen Mann im Schnellverfahren wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und versuchter Körperverletzung zu acht Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung und 2000 Euro Geldstrafe verurteilt. Es hielt den 33-Jährigen für schuldig, nach Ende einer Kundgebung am 1. September den Hitlergruß gezeigt zu haben. Außerdem soll er sich der Durchsuchung durch einen Polizeibeamten widersetzt haben. Mit seinem Urteilsspruch blieb das Gericht deutlich unter dem Antrag der Staatsanwaltschaft, die ein Jahr Haft ohne Bewährung gefordert hatte. Der Mann bestreitet die Vorwürfe. *J.H.*

Bundestagsreden zum Nachhören

Berlin – „Da hat doch mal der Soundso von der und der Partei irgendwann eine Rede im Bundestag gehalten und so etwa das und das gesagt. Wissen Sie da Genaueres?“ Immer wieder erreichen die *PAZ*-Redaktion derartige Anfragen. Aber da ist nichts zu machen. Ein Stichwortverzeichnis, mit dem man hier weiterkommen könnte, bietet das Parlament zwar nicht an, aber man kann sich die Debatten jetzt in der Mediathek anhören. Bisher sind die Original-Tonaufnahmen aus der 1. Wahlperiode von 1949 bis 1953 abrufbar. Das Audio-Archiv soll schrittweise erweitert werden und nach und nach alle im Parlament gehaltenen Reden umfassen. Die Beiträge kann man sich anhören, sie herunterladen oder in eigene Seiten einbetten. Zum Nachlesen führt ein Link ins jeweilige Plenarprotokoll. *J.H.*

Brandbrief vom Chef

Vorstand der Deutschen Bahn wendet sich an seine Führungskräfte

Am Rande der alle zwei Jahre im September auf dem Messegelände Berlin stattfindenden internationalen Fachmesse für Bahn- und Verkehrstechnik „InnoTrans“ wurde viel über die Krise der Bahnindustrie generell spekuliert. Nun sorgen Probleme beim größten Auftraggeber der Branche, der Deutschen Bahn, für neue Schlagzeilen. Sinkende Gewinne, hohe Kosten und steigende Schulden sind die Bilanz, die in einem vierseitigen Brief des Konzernchefs Richard Lutz und seiner Vorstandskollegen an die Führungskräfte geschildert wird.

In dem Schreiben ist von einer „schwierigen Situation“, von einer weiter zunehmenden Unpünktlichkeit und einer „dritten Gewinnwarnung“, die es in jedem Falle zu vermeiden gelte, die Rede.

„Auch bei unserer finanziellen Performance sieht es nicht besser aus“, heißt es weiter. Das operative Ergebnis liege auch per Juli „deutlich unter Vorjahr und weit weg von unserer Zielsetzung. Auch hier haben wir keine Trendwende geschafft. Die Einzelmonate Juni und Juli waren schlecht und die negative Abweichung zum Plan hat sich auf mittlerweile 160 Millionen Euro vergrößert.“

Das Ergebnisziel für das Gesamtjahr 2018 habe man bereits in zwei Schritten auf 2,1 Milliarden Euro zurücknehmen müssen: „Damit liegen wir weit weg vom Plan und zwischenzeitlich auch unterhalb“ der Vorjahreszahlen. Zuletzt hatte die Bahn 42 Milliarden Euro Umsatz und 760 Millionen Euro Nettogewinn erwirtschaftet. Das Unternehmen beschäftigt 300 000 Mitarbeiter, davon 200 000 in Deutschland.



Richard Lutz

Bild: Imago

Die Zukunft des Bahn-Konzerns, der sich zu 100 Prozent in Staatsbesitz befindet, beschäftigt nun auch die Opposition. Sie stört sich vor allem daran, dass Bahnvorstand Ronald Pofalla den Brandbrief mitunterzeichnet hat. Der frühere Kanzleramtsminister gilt als enger Vertrauter der Bundeskanzlerin. Dass die Regierung um den zuständigen Minister Andreas Scheuer zu dem Brief des DB-Vorstands schweige, sei ein Armutszeugnis, sagte Grünen-Fraktionschef Toni Hofreiter. Gemeinsam mit dem Verkehrspolitiker Matthias Gastel verlangt er eine Bahn-Offensive von der Bundesregierung. Alles liege nun auf dem Tisch und beweise, dass „es nicht nur ein Versagen des Konzerns, sondern auch ein Versagen des Eigentümers gebe“, sagte Gastel. Der Bund müsse „verlässlicher“ in die Bahn investieren.

Die größte der Eisenbahngewerkschaften, die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), kritisierte dagegen das Vorgehen des Vorstands, vor allem die angekündigten Einsparungen. „Kunden wollen eine Eisenbahn, die verlässlich ist – und das wollen unsere Kolleginnen und Kollegen letztlich auch“, stellte Kirchner fest. Dass dieses Ziel mit der jetzt verhängten qualifizierten Ausgabensteuerung erreicht werden kann, bezweifelt die Gewerkschaft. *P.E.*

Zeitzeugen

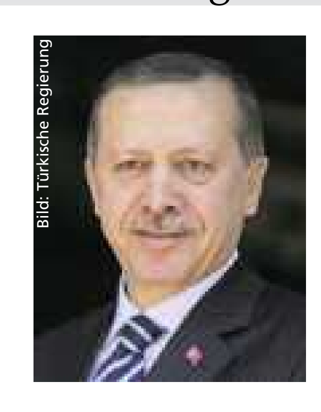


Bild: Türkische Regierung

Recep Tayyip Erdogan – Der türkische Staatspräsident hat sich durch seine Großmachtambitionen und die Destabilisierung Syriens in eine prekäre Lage manövriert. Nachdem sich das Kriegsglück in Syrien gewendet hat, drohen der Türkei nun ein gewaltiger Flüchtlingsstrom sowie direkte militärische Auseinandersetzungen mit Syrien und dessen Verbündeten. Außerdem hat seine Unterstützung radikalislamischer Kämpfer der Widerstand der Kurden neu belebt.

Suheil al Hassan – Der syrische Brigadegeneral ist Kommandeur der berüchtigten „Tiger"-Kräfte, einer militärischen Spezialeinheit. In der ersten Schlacht um Idlib musste al-Hassan sich mit seinen Männern wegen Munitionsmangels zurückziehen. Seitdem konnten sich die „Tiger" in zahlreichen Gefechten bewähren. Bei der anstehenden Rückeroberung der Stadt wird ihnen eine Schlüsselrolle zufallen.



Bild: Michael Vadon

John Bolton – Der Sicherheitsberater des US-amerikanischen Präsident Donald Trump lässt derzeit keine Gelegenheit aus, um vor einem Giftgasangriff der syrischen Regierung in Idlib zu warnen. Der 69-Jährige kündigte „eine starke Antwort" der Amerikaner an, sollten Massenvernichtungswaffen eingesetzt werden.

Ursula von der Leyen – Die amtierende deutsche Verteidigungsministerin ist vor allem dafür bekannt, sich regelmäßig selbst zu inszenieren und dafür die gewünschte Medienaufmerksamkeit zu erhalten. Die in der Gemeinde Elsene (Ixelles) bei Brüssel geborene 59-Jährige setzt sich – trotz erheblicher verfassungs- und völkerrechtlicher Bedenken – für die Beteiligung der Bundeswehr an einem Angriffskrieg auf Syrien ein.



Bild: Kreml

Wladimir Putin – Der russische Präsident kann als der eigentliche Gewinner im Syrienkonflikt gelten. Die Rückeroberung Idlibs durch die syrische Regierung wird von ihm massiv unterstützt. Zuletzt warnte der 65-Jährige vor der Gefahr, dass die radikal-islamischen Rebellen einen Giftgasangriff inszenieren könnten, um so die Vereinigten Staaten in die Kämpfe um Idlib zu verwickeln.

Sorge um eigene Militärberater

Warum die USA partout eine Erstürmung von Idlib verhindern wollen

Die Beschwörung einer erneuten Flüchtlingskatastrophe, die besonders die Türkei treffen würde, und einer militärischen Intervention, die sich gegen die Syrer richtet, dürfte vornehmlich dem Zweck dienen, einen raschen Abzug der US-Militärberater der Rebellen aus Idlib zu ermöglichen.

Seit rund zwei Wochen überschlagen sich westliche Medien und Politiker mit immer hysterischer anmutenden Warnmeldungen vor dem aufziehenden letzten großen Akt im syrischen Kriegsdrama. Gemeinsam mit ihren russischen Verbündeten arbeitet die syrische Armee einen Angriff auf die einzig verbliebene Bastion von radikal-islamischen Milizen rund um die Stadt Idlib aus.

Neue Flüchtlingsströme werden in Aussicht gestellt und der Regierung von Staatschef Baschar al-Assad wird vorab schon einmal die feste Absicht zum Einsatz von Giftgas gegen die eigene Bevölkerung unterstellt. Unter Beschwörung eines solchen Szenarios ist Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen vorgeprescht und ließ einer entsetzten Öffentlichkeit mitteilen, dass ihr Haus für den Fall eines Giftgasangriffes durch syrische Truppen mögliche Vergeltungsschläge durch die Bundeswehr prüfe. Anlass für solche Überlegungen war eine Anfrage der US-amerikanischen Regierung. Während die SPD eine deutsche Beteiligung an einem Militäreinsatz schon im Vorfeld ablehnte, rüffelte die Kanzlerin wiederum ihren Koalitionspartner wegen dieses kategorischen Ausschlusses.

Auch wenn die Regierungsparteien die günstige Gelegenheit nutzen, sich durch eine unterschiedliche Positionierung in dieser Frage mehr Profil zu verschaffen, handelt es sich hierbei um eine reine Phantomdiskussion, denn die Bundeswehr verfügt über keine intakten militärischen Kapazitäten für die Beteiligung an einem derartigen Unternehmen. Beunruhigend ist allein der Umstand, dass die US-Regierung überhaupt mit einer entsprechenden Anfrage an die Bundesregierung herangetreten ist, denn offenbar werden zumindest im Pentagon Pläne für einen Angriff auf die syrischen Streitkräfte geschmiedet. Käme es zu einer Intervention der Amerikaner, so hätte ein solcher Konflikt – angesichts des russischen Engagements auf Seiten des Damaszener Machthabers – das Potenzial, sich rasch zu einer internationalen Krise bis hin zu einem Dritten Weltkrieg hochzuschaukeln.

> 200 angelsächsische Militärberater der Rebellen in Idlib

Es erscheint jedoch fraglich, ob die US-Administration die Situation tatsächlich soweit eskalieren lässt, denn immerhin hatte Präsident Donald Trump die den radikal-islamischen Rebellen noch von seinem Amtsvorgänger Barack Obama großzügig gewährten Hilfen bereits drastisch zurückgefahren. Dennoch sägen die Amerikaner weiterhin am Stuhl von Staatschef Assad. Sein Sturz ist dabei kein Selbstzweck mehr, sondern soll vor allem dem Ziel dienen, den mit der derzeitigen syrischen Regierung eng verbündeten Iran zu isolieren.

Wer die aktuell mit viel verbaler Kraftmeierei durch die Amerikaner aufgebaute Drohkulisse verstehen will, dem helfen zur Interpretation der derzeitigen Geschehnisse Berichte aus dem englischsprachigen Raum, die von deutschen Medien weitestgehend unbeachtet blieben. Der Publizist und ehemalige Vorsitzende der EU-kritischen Partei UKIP, Rodney Atkinson, hat auf der Internetseite Freenations berichtet, dass in der von radikalen Moslems gehaltenen Enklave Idlib derzeit rund 200 amerikanische und britische Militärberater eingeschlossen sind, die dort die Rebellen unterstützen.

Während die Region im Süden, Westen und Osten von syrischen Regierungstruppen eingekesselt ist, sind die Zugänge im Norden durch türkisches Militär abgeriegelt. Das Territorium selbst ist ein Flickenteppich, der teilweise von den Restbeständen der sogenannten Freien Syrischen Armee und mit dieser verbündeten Milizen und teilweise von den knallharten Dschihadisten der Haî at Tahrir asch-Scham (HTS, Komitee zur Befreiung der Levante) kontrolliert wird, die als eine al-Kuaida nahestehende Terrororganisation gilt. Wegen der von den USA gegen die Türkei verhängten Wirtschaftssanktionen sollen die Türken die Evakuierung der eingeschlossenen US-Militärberater ebenso verweigern wie die Syrer. *Dirk Pelster*

Die Astana-Gruppe ist über Idlib uneins

Am 7. September trafen sich die Staatschefs der sogenannten Astana-Gruppe in Teheran. Dieses diplomatische Format wurde von der Türkei, dem Iran und Russland gebildet und soll einer raschen Beendigung des Syrienkrieges unter Berücksichtigung der zum Teil stark auseinanderdriftenden Interessen der hieran beteiligten Staaten dienen. Nachdem es der Regierung Assad mit massiver iranischer und russischer Unterstützung geglückt ist, den Großteil des Landes wieder unter ihre militärische Kontrolle zu bekommen, hält die Türkei nördliche Teile des syrischen Territoriums besetzt. Zudem unterstützt sie Teile der Rebellen, die mittlerweile nur noch die Region Idlib kontrollieren. Mit der endgültigen Vertreibung des Islamischen Staates aus Syrien ist zwischenzeitlich der kleinste gemeinsame Nenner weggefallen, auf den sich die Astana-Gruppe bislang stets einigen konnte.

Die syrische Regierung strebt nun die Rückgewinnung der nördlichen Provinzen an. Streitig auf dem jüngsten Teheraner Gipfel war daher insbesondere, wie mit der Region Idlib verfahren werden soll. Während die Türkei die von ihr seit Jahren ausgehaltenen Milizen vor weiteren Niederlagen zu schützen suchte, behielten sich der Iran und Russland militärische Maßnahmen ausdrücklich gegen sämtliche der in Idlib operierenden Rebellengruppen vor. Während die Russen und Iraner das Ziel verfolgen, die staatliche Souveränität Syriens wiederherzustellen, ist Präsident Recep Tayyip Erdogan vor allem daran interessiert, seinen Einfluss in der strategisch bedeutsamen Region aufrechtzuerhalten und zugleich das Entstehen eines Kurdenstaates auf dem Gebiet Syriens zu verhindern. Der von der Türkei vorgeschlagene Waffenstillstand fand angesichts dieser Interessendivergenz keinen Eingang in die Teheraner Abschlusserklärung. Stattdessen blieb es bei der unverbindlichen Feststellung, dass es keine militärische Lösung des Konflikts geben könne. *D.P.*

> Waffenstillstand oder Befreiung?



Bild: Imago

Hai`at Tahrir asch-Scham kontrolliert rund 60 Prozent von Idlib: Kämpfer des radikal-islamischen Milizenbündnisses im Syrienkrieg

Mit dem Rücken zur Wand

Rebellen ohne Rückzugsmöglichkeiten bei einem Verlust von Idlib

Als in Teheran noch die Staatschefs von Russland, dem Iran und der Türkei über die Zukunft Syriens verhandelten, flogen russische und syrische Kampfjets bereits die ersten Luftangriffe auf die letzte verbliebene Rebellenhochburg in Idlib. In der Stadt und der umliegenden Region leben über drei Millionen Menschen. Die Anzahl der aufständischen Kämpfer wird auf über 50 000 Mann geschätzt.

Neben Kampfverbänden der Freien Syrischen Armee und weiteren Milizen stellt das Bündnis Haî at Tahrir asch-Scham (HTS) den Großteil der Aufständischen und kontrolliert rund sechs Zehntel von Idlib. HTS wird dominiert von der sich jetzt „Dschabhat Fath asch-Scham" nennenden ehemaligen al-Nusra-Front.

Die Rückeroberung der meisten Rebellengebiete durch die Regierung hat dazu geführt, dass viele der in Opposition zum Assad-Regime stehenden Syrer in diese Region geflohen sind. Auch hat die syrische Armee den Aufständischen bisher in den jüngst eroberten Enklaven immer wieder den freien Abzug gewährt. In der Region Idlib konzentrieren sich daher heute die verbliebenen Kräfte der Opposition. Die syrische Armee ist dafür nicht mehr an vielen über das gesamte Land zerstreuten Kriegsschauplätzen gebunden und kann rund um Idlib ihre Truppen zusammenziehen.

> 50 000 Aufständische unter drei Millionen Zivilisten

Bislang haben sich die militärischen Auseinandersetzungen fast ausschließlich in dicht besiedeltem Gebieten abgespielt. Zuletzt konnte die syrische Armee vor allem mit dem Einsatz im Häuserkampf geübter Stoßtrupps reüssieren, die von gezielten Luftangriffen auf Kommandozentralen und befestigte Widerstandsnester der Rebellen flankiert wurden. Zeitgleich wurden der Zivilbevölkerung Korridore zur Flucht eingeräumt, sodass man den bewaffneten Oppositionellen die Möglichkeit entzog, sich hinter Frauen und Kindern zu verstecken. Es ist anzunehmen, dass diese bewährte Strategie erneut zum Einsatz kommt. Eine Unwägbarkeit ist nun allerdings, dass es für die Freischärler praktisch keine Rückzugsmöglichkeiten mehr gibt. *D.P.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Abschiebung: Linke streiten

Nach arabischem Überfall auf Musikklub: Linkspartei-Bürgermeister stellt sich gegen Genossen



Als Warner noch wenig Gehör fanden: Politprominenz von Frankfurt (Oder) und dem Land Brandenburg mit Gleichgesinnten in der Oderstadt Mitte Januar 2015

Bild: pa

Als der SPD-Politiker Gerhard Schröder im Jahr 1997 mit Bezug auf ausländische Straftäter sagte, „Wer unser Gastrecht missbraucht, für den gibt es nur eins: raus, und zwar schnell“, da formulierte er für viele Bürger eine Selbstverständlichkeit. In Brandenburg diskutieren Politiker dagegen nun, ob auch sogar Intensivtätern ein Bleiberecht zustehe.

Der Anlass für die Diskussion ist ein Fall, der sich am 26. August in Frankfurt an der Oder ereignet hat. In derselben Nacht, in der in Chemnitz Daniel H. durch mehrere Messerstiche getötet wurde, fiel in der Oderstadt gegen drei Uhr eine zehn- bis 15-köpfige Gruppe jugendlicher Araber mit Messern und Steinen über Gäste einer Diskothek her.

Angefangen hatte der Abend im „Frosch“-Klub als fröhliche 90er-Jahre-Party. Stunden später befanden sich die Gäste in Todesangst. Das Publikum im „Frosch“ ist gemischt. Zu den Gästen am 26. August gehörten auch zwei Syrer, die im Laufe des Abends mit einem anderen Mann in Streit gerieten. Zeugen berichten über Drohungen wie „Wir bringen euch um“. Die Situation eskalierte vollends, als die beiden Araber über das Telefon auch noch Verstärkung herbeiriefen.

Es folgte eine derart heftige Attacke mit Eisenstangen und Steinen, dass sich die Gäste im Klub verbarrikadieren mussten. In der Diskothek bricht wegen der draußen tobenden Gewalt Panik aus. Erst als ein Streifenwagen erscheint, flüchten die Angreifer, hat der Albtraum für die Partybesucher ein Ende.

Am Abend des Folgetages nahm die Polizei zwei mutmaßliche Tatbeteiligte fest. Die beiden Syrer waren in der Innenstadt von Frankfurt (Oder) erneut mit mehreren Deutschen in Streit geraten und hatten diese mit Messern bedroht. Die Beamten stellten bei ihrem Einsatz fest, dass gegen einen der beiden Männer bereits ein Haftbefehl vorlag. Dieser bezog sich auf eine gefährliche Körperverletzung. Bereits Anfang August soll der 20-Jährige einen Mann mit einem Baseballschläger angegriffen haben. Nach dem Angriff berichteten Medien, dass es in der Stadt schon länger Probleme mit einer Gruppe von 15 bis 20 syrischen Asylsuchern gebe, die immer wieder Straftaten begingen.

Die Reaktion von Frankfurts Oberbürgermeister René Wilke auf den Angriff auf den Frosch-Klub hat inzwischen bundesweit für Aufsehen gesorgt. Der Linkspartei-Politiker sagte: „Ich warte nicht bis zum ersten Toten“, und kündigte die Ausweisung von Straftätern an. Wilke will dazu eine erst 2016 eingeführte Regelung im Aufenthaltsgesetz nutzen. Diese erlaubt die Ausweisung von Ausländern, wenn deren Aufenthalt die öffentliche Sicherheit gefährdet. Dass die Hürden für eine Ausweisung hoch sind, ist dem Oberbürgermeister bewusst, er hat selbst darauf hingewiesen.

Zunächst muss der Nachweis geführt werden, dass der betreffende Ausländer tatsächlich eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellt. Im Fall der Syrer kommt hinzu, dass Abschiebungen wegen der Lage in ihrem Heimatland derzeit nicht stattfinden.

> René Wilke: »Ich warte nicht bis zum ersten Toten«

Erreichen will der Bürgermeister zumindest, dass eine rechtskräftige Ausweisung und ein Wiedereinreiseverbot vorliegen, wenn Abschiebungen nach Syrien wieder möglich sind. Rückendeckung hat Wilke inzwischen von Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) erhalten. Auch Brandenburgs SPD-geführtes Innenministerium will Frankfurt juristische Informationen zukommen lassen, die bei der Ausweisung der mutmaßlichen Tätergruppe hilfreich sein könnten.

Gegen Wilke kam allerdings auch scharfe Kritik – vor allem aus der eigenen Partei: Die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Ulla Jelpke, sagte gegenüber dem „Tagesspiegel“: „Wer bei uns straffällig wurde, muss seine Strafe auch hier verbüßen.“ Aus Sicht Jelpkes stellt eine nachfolgende Abschiebung überdies eine rechtsstaatlich unzulässige Doppelbestrafung dar. Auch Andrea Johlige, Abgeordnete der Linkspartei im Brandenburgischen Landtag, sagte: „Wir lehnen die Vermischung von Asylrecht und Strafrecht ab.“

Beide Politikerinnen vertreten damit die offizielle Linie ihrer Partei. Bereits im Programm zur Bundestagswahl 2017 hatte die Linkspartei erklärt: „Wir sind gegen Ausweisungen und Abschiebungen als eine Form der Doppelbestrafung für hier lebende Migrantinnen und Migranten.“

Für Brandenburgs rot-rote Landesregierung birgt die Frage, wie mit straffälligen Asylsuchern umgegangen wird, erhebliches Konfliktpotenzial. Wie nun feststeht, sollen die Brandenburger am 1. September 2019 einen neuen Landtag wählen. Damit werden die kommenden Monate von Wahlkampf geprägt sein.

Schon jetzt ist nicht zu übersehen, dass sich die märkischen Sozialdemokraten mit mehr Bürgernähe bei Themen wie der inneren Sicherheit bemühen, den wachsenden Erfolg der AfD aufzuhalten. Die Linkspartei liegt mit ihren Vorstellungen zum Umgang mit straffälligen Ausländern allerdings nicht nur auf Konfrontationskurs zum derzeitigen Koalitionspartner SPD. Brandenburgs CDU-Landeschef Ingo Senftleben erwägt ein Bündnis mit der Linkspartei, um 2019 der erste märkische CDU-Ministerpräsident zu werden. Da könnte die Abschiebefrage zum Stolperstein werden. *Norman Hanert*

Grüne Spiele

Von Theo Maass

Berlins Wirtschaftssenatorin Ramona Pop (Grüne) hat den brandenburgischen Ministerpräsidenten Dietmar Woidke (SPD) scharf angegriffen. Grund: Woidke will den Braunkohleausstieg langsamer als sie. Als Argumentationsvehikel dient ihm das Erstarken der AfD. Woidke ist gegen einen schnellen Kohleausstieg, denn, so fürchtet der Landeschef: „Ein schneller Kohleausstieg stärkt die AfD.“

Bedauerlicherweise traut er sich nicht, die fragwürdige Argumentation der Grünen grundsätzlich anzugehen. Pop: „Kohlenutzung und konsequenter Klimaschutz sind nicht vereinbar. Zudem wird Kohlenutzung ohnehin zunehmend unwirtschaftlich.“ So, so, unwirtschaftlich, sagt Berlins Wirtschaftssenatorin, die dank rot-rot-grünem Parteiproporz auf einem Posten sitzt, für den sieihrer Vita nach vollkommen ungeeignet ist. Pop hat zwar – anders als verschiedene andere grüne Funktionsträger – auch etwas zu Ende studiert. Aber ob ein Politologe dafür prädestiniert ist, die Wirtschaft Berlins zu administrieren ... wer weiß? Warum sie aber glaubt, sozusagen Kraft eigener Wassersuppe, dem Ministerpräsidenten Brandenburgs „gute Ratschläge“ erteilen zu können, weiß sie vielleicht selber nicht.

Dabei hätte Pop guten Grund, sich fest an die eigene Nase zu fassen. In der Berliner Wirtschaft kann vieles verbessert werden. Statt bürokratischer Verordnungen wäre die mittelständische Unternehmerschaft gewiss dankbar, vonseiten des Senats Unterstützung zu erfahren. Stattdessen beruft Pop den warmen Sommer dieses Jahres als Kronzeugen für ihre unbewiesenen Behauptungen: „Staubige Stoppelfelder schon im Juli, Not-Ernten und Not-Schlachtungen, Dürre und Rekordtemperaturen: Dieser Hitzesommer war Klimawandel quasi zum Anfassen.“

Wenn sie Woidke vorwirft, seine Argumentation sei unredlich, hat sie allerdings recht, da er kaum auf die Verantwortung für das Land, sondern vor allem auf die Abwehr der AfD verweist. In Zeiten, in denen der weltweite Kampf um Energiequellen immer heftiger wird, wollen die Grünen den einzigen klassischen heimischen Energieträger plattmachen. Das ist verantwortungslos, und Woidke sollte das auch so nennen, statt sich mit der AfD herauszureden.

Der Ministerpräsident ist in seinem Handeln freier als sein Berliner Amtskollege, denn die Grünen sitzen, im Unterscheid zu Berlin, in Brandenburg in der Opposition. Und Woidke hat mit dem sachsen-anhaltischen Ministerpräsidenten Reiner Haseloff (CDU) einen gewichtigen Verbündeten. Die von Bundeskanzlerin Angela Merkel ausgerufene Energiewende endet möglicherweise auch mit ihrer Kanzlerschaft. Insoweit sind Woidke und Haseloff gut beraten, auf Zeit zu spielen.

Chemnitz erreicht Berlin

AfD-Politiker Gläser hat Haftbefehl teilweise weiterverbreitet

Das Tötungsdelikt von Chemnitz und seine politischen Auswirkungen haben nun auch die Berliner Landespolitik erreicht. Ronald Gläser, Mitglied der AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, hatte beim Nachrichtendienst Twitter eine Kopie des Haftbefehls gegen die mutmaßlichen Täter, zwei Asylsucher, geteilt, der zuvor bereits in den „sozialen Netzwerken“ anderweitig veröffentlicht worden war.

Anklageschriften oder Dokumente eines Strafverfahrens dürfen aber nach Paragraf 353d weder ganz noch teilweise veröffentlicht werden, bevor sie in öffentlicher Verhandlung erörtert worden sind. Alle anderen Parteien wollen den AfDler nun als Vorsitzenden des Ausschusses für Datenschutz des Berliner Abgeordnetenhauses am 15. Oktober abwählen.

Gläser räumt gegenüber der *PAZ* ein: „Der Tweet war ein Fehler. Eine Abwahl wäre aber eine völlig überzogene Reaktion. Sie zeigt, wie bei den anderen Parteien die Nerven blank liegen angesichts der Umfragewerte der AfD. Kritiker der Masseneinwanderung sollen mit allen Mitteln mundtot gemacht werden.“

> Übrige Parteien wollen Ausschusschef abwählen

Gläser macht sich allerdings keine Illusionen über seine Aussicht, den Posten des Ausschussvorsitzenden zu behalten. Von den zwölf Ausschussmitgliedern gehören nur zwei seiner Partei an. Er vermutet, man wolle ein Exempel statuieren und sich an ihm „abarbeiten“. Gläser hatte am nächsten Morgen, als er den Fehler erkannte, den Tweed wieder gelöscht.

Die Staatsanwaltschaft prüft nach einer Anzeige weiter, ob sie ein Ermittlungsverfahren gegen den Politiker einleitet. Zu diesem Verfahren will der AfD-Abgeordnete sich nicht äußern. Zwar will Bernd Schlömer, der einst bei der „Piratenpartei“ aktiv war und nun für die FDP im Parlament sitzt, den Abwahlantrag gegen Gläser einbringen, aber auch der rechtspolitische Sprecher der SPD, Sven Kohlmeier, tut sich hervor: „Als Ausschussvorsitzender ist er Repräsentant des Abgeordnetenhauses und als solcher nicht mehr tragbar.“

Zwischen dem SPD-Politiker und Gläser knirscht es dem Vernehmen nach ohnehin. Kohlmeier war, wie andere Beobachter berichten, mit Gläser im Zusammenhang mit der gesetzlichen Umsetzung der EU-Datenschutzverordnung aneinandergeraten. Die Verordnung und ihre Wirkung auf die Freiheitsrechte der Bürger sind umstritten. *Frank Bücker*

Die Wippe wankt

Denkmalschützer bezweifeln Standfestigkeit des Einheitsdenkmals

Das Berliner Landesdenkmalamt stellt in einem Gutachten den Bau des geplanten Einheits- und Freiheitsdenkmals vor dem Schloss infrage. Danach erhebt das Amt gegen den Bau „aus fachlicher Sicht erhebliche grundsätzliche Bedenken“.

Bedenken hat der Gutachter offenbar zur Bauweise des begehbaren Denkmals in Form einer Riesenwippe. Die Planer wollen sieben Betonpfeiler von 1,50 Meter Dicke in den sandigen Boden treiben, um dem Denkmal am Spreeufer Standfestigkeit zu verleihen. Die Denkmalschützer bezeichnen das geplante Projekt allerdings als „eine wackelige Schale auf schwabbeligem Grund“ und mahnen eine Überarbeitung der vorgesehenen Pfahl-Verankerung an. Vorgebracht werden aber auch Befürchtungen zum Denkmalschutz.

Als Standort für das Einheitsdenkmal ist die sogenannte Schlossfreiheit vor dem gerade wiederaufgebauten Berliner Schloss vorgesehen. Das Einheitsdenkmal soll auf dem Sockel des früheren Kaiser-Wilhelm-Nationaldenkmals stehen. Das Landesdenkmalamt befürchtet allerdings, dass der Bau zu Schäden am denkmalgeschützten Sockel

> Historischer Sockel könnte beschädigt werden

und dem darunter liegenden Gewölbe führt. Aus Sicht der Denkmalpfleger sollen künftig auch gut erhaltene Mosaike, die einst den Sockel des Kaiser-Wilhelm-Denkmals zierten, wieder an ihren ursprünglichen Platz zurückgeführt werden.

Insgesamt zieht das Denkmalamt ein ablehnendes Fazit zum Bau des Denkmals an diesem Standort: „Die Eingriffe und der damit verbundene Verlust an Denkmalsubstanz und Denkmalqualität“ stünden einer „denkmalschutzrechtlichen Genehmigung entgegen“. Die Denkmalpfleger mussten ein neues Gutachten vorlegen, da eine 2015 erteilte Baugenehmigung im Oktober ausläuft und verlängert werden muss.

Um den Bau eines Denkmals zur Erinnerung an die friedliche Revolution in der DDR und die deutsche Einigung wird mittlerweile seit 20 Jahren gestritten. Erst vor einigen Wochen hatte sich Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) für einen zügigen Baubeginn ausgesprochen. Sie selbst habe den Standort vor dem Schloss zwar immer für problematisch gehalten. Eine neue Debatte um den Standort sei ein „Killerargument“, so Grütters' Warnung. Der Verein Berliner Historische Mitte hatte sich zuvor dafür ausgesprochen, das Denkmal vor dem Reichstag und nicht vor dem Schloss zu errichten. *N.H.*

MELDUNGEN

Friedensschluss im Südsudan

Addis Abeba – Südsudans Bürgerkriegsparteien haben sich auf ein Friedensabkommen geeinigt. Präsident Salva Kiir und Rebellenführer Riek Machar unterzeichneten die Vereinbarung am Mittwoch in Äthiopiens Hauptstadt Addis Abeba. Die Republik Südsudan erlangte 2011 nach jahrzehntelangen bewaffneten Auseinandersetzungen die Unabhängigkeit vom Sudan. Zwei Jahre später brach ein Bürgerkrieg zwischen den Anhängern Kiirs und denen Machars aus, in dem Zehntausende getötet wurden und Millionen flohen. Seit 2005 ist die Bundeswehr im Rahmen einer UN-Mission im Südsudan präsent. *J.H.*

Viele Israelis nicht orthodox

Tel Aviv – Mit 54 Prozent der Befragten glaubt eine knappe Mehrheit der Israelis an Gott, 21 Prozent glauben an eine nicht näher definierte höhere Macht, während 23 Prozent überhaupt keinen Glauben haben. Das geht aus einer Umfrage der linksliberalen Tageszeitung „Haaretz“ hervor. Daraus geht weiter hervor, dass 64 Prozent der jüngeren Generation (18 bis 24 Jahre) an Gott glauben, während es bei den Senioren (65 Jahre und älter) nur noch 22 Prozent sind. Die Frage, ob sie die Schabbatgesetze einhielten, bejahten 25 Prozent. 60 Prozent halten hingegen den Schabbat nicht ein, und 14 Prozent gaben an, die Schabbat-Vorschriften nur teilweise zu befolgen. An die jüdischen Speisegesetze halten sich dagegen 45 Prozent der Befragten, 17 Prozent halten sie teilweise ein, während sie für die Essgewohnheiten von 37 Prozent keine Rolle spielen. Bei der Frage nach den Heiratsgewohnheiten sprachen sich 38 Prozent der Befragten für die Heirat mit einer nichtjüdischen Person aus, 17 Prozent gaben keine Antwort und 45 Prozent lehnten Mischehen ab. *J.H.*

Rumäniens Juden verteidigen Johannis

Im Kampf gegen den Staatschef greift die korrupte Regierung wieder zum Mittel der Verleumdung

Mit Massenprotesten wehren sich die Menschen in Rumänien gegen Korruption und die Politik der Regierung. Die von der postkommunistischen Partidul Social Democrat (PSD) und der liberalen Alianta Liberalilor si Democratilor (ALDE) getragene Regierung sieht in Staatspräsident Klaus Johannis den Anstifter dieser Proteste. Der Siebenbürger Sachse wird deshalb wieder als böser Nazi diffamiert.



Gegenspieler: Der Staatspräsident, Klaus Johannis, und der Strippenzieher hinter der Regierung, PSD-Chef Liviu Dragnea Bild: pa

Seit dem Februar 2017, als die aus den Parlamentswahlen vom 11. Dezember 2016 hervorgegangene neue Regierung aus PSD und ALDE mit einer ersten Eilverordnung die Korruptionsbekämpfung erschweren wollte, gehen die Rumänen immer wieder in großer Zahl auf die Straße, allerdings zumeist im Winter. Jetzt kam es auch im Sommer zu großen Protestwellen, die vor allem von Auslandsrumänen auf Heimaturlaub getragen wurden, die immer wieder den Rücktritt der korrupten Sozialdemokraten unter Leitung von Parteichef Liviu Dragnea fordern.

Erst Anfang Juli war die angesehene Sonderstaatsanwältin Laura Kövesi auf Betreiben der Regierung von Ministerpräsidentin Viorica Dancila entlassen worden. Kövesi hatte zahlreiche Politiker aller Parteien der Korruption überführt und ins Gefängnis gebracht. Dancila gilt als Marionette des PSD-Vorsitzenden.

Seit den Sommerprotesten ist Johannis wieder vermehrt Ziel von Verleumdungskampagnen der Regierung. Damit hatte der ehemalige Bürgermeister von Hermannstadt in Rumänien bereits im Wahlkampf 2014 zu kämpfen, für seine politischen Gegner war er stets ein „Nicht-Rumäne“. Dennoch wurde er mit großer Mehrheit zum Staatspräsidenten gewählt, vor allem dank der Unterstützung der Auslandsrumänen, die ein Ende der Korruption herbeisehnen. Mit den regierenden Sozialdemokraten, die durch eine schwache Wahlbeteiligung 2017 an die Macht gekommen sind, legt er sich seitdem immer wieder an.

Nun macht die rumänische Regierung auch mit Nazi-Vergleichen gegen Johannis Stimmung, zumal dieser vor einigen Monaten angekündigt hat, bei der Präsidentenwahl im nächsten Jahr wieder zu kandidieren. So hat der Ex-Minister und Vorsitzende des Bildungsausschusses im Senat, Liviu Pop, das Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien (DFDR), dessen Vorsitzender einst Johannis war, quasi als „Fortsetzung einer Nazi-Organisation“ bezeichnet. Die Kampagne sorgt für Protest bei den Spitzenvertretern der deutschen Minderheit in Rumänien. Auch die deutsche Bundesregierung äußerte sich inzwischen. So erinnerte der Beauftragte für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Präsident des Bundes der Vertriebenen sowie ehemaliger Schulkamerad von Johannis am Samuel-von-Brukenthal-Gymnasium in Hermannstadt Bernd Fabritius (CSU) an die Verpflichtung des rumänischen Staates zum Schutz der nationalen Minderheiten.

Den Höhepunkt der Diffamierungskampagne leistete sich der Chefberater der Ministerpräsidentin, Darius Vâlcov. Er schockierte bei Facebook mit einem inzwischen gelöschten Videoclip, der Johannis mit Hitler-Schnurrbart und -Haarschnitt zeigt. Wie sein Parteichef ist auch Vâlcov vorbestraft, der 41-Jährige wurde im Februar in erster Instanz wegen Geldwäsche, Bestechlichkeit und weiteren Korruptionsdelikten zu acht Jahren Haft verurteilt. 2015 fanden die Korruptionsermittler von der Nationalen Antikorruptionsbehörde Rumäniens (DNA) bei dem damaligen Finanzminister beim Durchsuchen seiner Immobilien mehr als 100 wertvolle Gemälde hinter Gipskarton-Wänden.

Die jüdische Gemeinschaft reagierte scharf auf Vâlcovs Hitler-Vergleich. Johannis sei stets dezidiert gegen Antisemitismus und Xenophobie eingetreten und eben deshalb mit der Ehrenmedaille „Freund der Jüdischen Gemeinschaften“ ausgezeichnet worden, erklärte die jüdische Gemeinschaft in einer Pressemitteilung. Das DFDR und die Parlamentsfraktion der ethnischen Minderheiten forderten Regierungschefin Viorica Dancila zur umgehenden Entlassung ihres persönlichen Beraters auf. Man prüfe zudem rechtliche Schritte gegen die Hetzer.

Erst vor einer Woche war Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) zu seinem Antrittsbesuch nach Rumänien gereist. Zu dem Anlass hatte Rumäniens Außenminister Teodor Melescanu noch versichert, jegliche Diskriminierung der deutschen Minderheit in Rumänien zu verurteilen. Allerdings distanzierte sich Melescanu nur in seinem Namen von den Diffamierungen des Koalitionspartners. Im Januar 2019 übernimmt Rumänien erstmals die EU-Ratspräsidentschaft. Luxemburg hatte erst im letzten Jahr Rumänien seine Unterstützung bei dieser Ratspräsidentschaft angeboten. *Bodo Bost*

Salvini fühlt sich bestätigt

Asylsucher der »U. Diciotti« zu großen Teilen untergetaucht

Das Mehrzweckschiff der italienischen Küstenwache „U. Diciotti“ (CP 941) war am 20. August mit 177 aus dem Mittelmeer vor der Küste Libyens geborgenen Immigranten in den Hafen von Catania auf Sizilien gelangt. Italiens Innenminister Matteo Salvini weigerte sich anfänglich, neben Minderjährigen und medizinischen Notfällen auch die übrigen Passagiere von Bord zu lassen. Erst nach zehn Tagen stimmte er Angeboten der katholischen Kirche sowie Albaniens und Irlands zu, die verbliebenen Immigranten aufzunehmen. Nach nur wenigen Tagen waren die meisten der 100 in Italien untergekommenen zumeist aus Eritrea stammenden Asylsucher bereits aus ihren Betreuungseinrichtungen verschwunden.

Die Italienische Bischofskonferenz (CEI) bezeichnete das Untertauchen der Immigranten als „Unklugheit“. Der Vorsitzende der CEI, Kardinal Gualtiero Bassetti, erklärte, dass er die Entscheidung der Immigranten weiterzuwandern respektiere, auch wenn er sie „in Teilen für absurd“ halte.

Die katholische Kirche in Italien hatte sich bei der Regierung dafür eingesetzt, die Menschen von der „U. Diciotti“ an Land zu lassen, und auch 100 der ursprünglich 177 Personen in kirchlichen Einrichtungen aufgenommen. Für die Kirche handelte es sich bei den Immigranten um freie Personen. Sie polizeilich bewachen zu lassen, hätte bedeutet, sie unter den gleichen Bedingungen zu halten wie auf der „U. Diciotti“, sagte der Kardinal.

Hinsichtlich der Entscheidung, sie vom Schiff zu holen, habe die Kirche sich „nichts vorzuwerfen“, fügte der Kardinal hinzu. Er fürchte nur, dass die Untergetauchten Augenwischereien zum Opfer fielen oder in der kirchlichen Einrichtung unter kriminellen Einfluss geraten seien. „Sie sind nicht gekommen, um in Italien zu bleiben“, sagte Kardinal Bassetti. Die Menschen wollten ihren Träumen folgen. Wohin diese Träume führen, sagte der Kardinal nicht.

> »Sie sind nicht gekommen, um in Italien zu bleiben«

Erst einen Tag vor dem Verschwinden der Gruppe hatte der persönliche Beauftragte des Papstes für Sozialhilfe, Kardinal Konrad Krajewski, das kirchliche Aufnahmezentrum in Rocco di Papa besucht, wo sich die letzten verbliebenen Immigranten der „U. Diciotti“ befinden. Es ist damit zu rechnen, dass diese auch bald verschwinden werden. Bei der Kirche können sie keinen Asylantrag stellen.

Was aus den Immigranten geworden ist, die angeblich in Albanien Unterkunft gefunden haben, ist nicht bekannt. Sie werden sich wohl ebenfalls so schnell wie möglich dem Heer der Asylsuchenden anschließen, die aus diesem Land immer noch „verschwinden“.

Die italienische Regierung sieht in dem Verwinden der angeblich Schutzbedürftigen den klaren Beweis, dass diese gar nicht schutzbedürftig gewesen seien, und fühlt sich somit in ihrer Politik der verschlossenen Häfen bestärkt. Nach Angaben des italienischen Innenministers ist das Untertauchen der Asylsucher von der „U. Diciotti“ der Beweis, dass „diejenigen, die in Italien ankommen, keine Skelette sind, die vor Krieg und Hunger fliehen“. Die Asylsucher hätten „so sehr Bedarf an Schutz, einem Dach über dem Kopf und einer Decke gehabt, dass sie beim erstbesten Moment entschieden, zu gehen und zu verschwinden“, schrieb Innenminister Salvini über Twitter. *B.B.*

Sippenhaft in Waldorfschule

Schulverweis in Wien wegen der politischen Einstellung der Eltern

Eine Mahnwache gegen den Schulverweis von mehreren Schülern bescherte dem Beginn des neuen Schuljahres an einer Wiener Waldorf-Schule einen bitteren Beigeschmack – ein Schulverweis, der seine Ursache nicht in einer Verfehlung, sondern in der politischen Einstellung der Eltern der von der Lehranstalt Verwiesenen hatte. In dem einen Fall handelte sich es sich um den Verweis zweier Kinder der Soziologin und Autorin Caroline Sommerfeld-Lethen.

Wie vor Kurzem bekannt wurde, hatte die reformpädagogische „Freie Waldorfschule Wien West“ Sommerfeld kurz vor den Sommerferien den Ausbildungsvertrag ihrer beiden Söhne aufgekündigt. Laut einem Bericht der „Frankfurter Allgemeiner Zeitung“ („FAZ“) wurden „ein paar andere Kinder“ wegen politischer Unbotmäßigkeit der Eltern „gleich mit entsorgt“.

„Die Generalversammlung unseres Vereins hat im Oktober 2017 beschlossen, dass beide Elternteile den Ausbildungsvertrag mit der ‚Wiener Erklärung‘ unterschreiben müssen“, erklärte Manuela Knirsch von der Freien Waldorfschule Wien West in einer Stellungnahme. Sommerfeld habe sich allerdings geweigert, die Erklärung zu unterschreiben, so Knirsch. Diese Erklärung enthält eine klare Distanzierung von Rassismus, Diskriminierung und Ausländerfeindlichkeit.

Die 43-Jährige ist eine Aktivistin der sogenannten Identitären Bewegung in Österreich, einer ethnisch orientierten Gruppierung, die für eine europäische Identität plädiert und vor einer zunehmenden Islamisierung warnt. Diese geht von einer Einheitlichkeit einer Volks- und Abstammungsgemeinschaft aus und steht starken äußeren Einflüssen skeptisch gegenüber. Auf Twitter postiert sie mit Matthias Matussek, einem selbsterklärten Sympathisanten der Identitären Bewegung.

> Einer Mutter wurde zusätzlich als Köchin gekündigt

Allerdings habe Sommerfeld laut der „FAZ“ auf der Waldorfschule keinerlei Propaganda für die Identitäre Bewegung oder deren Ideen betrieben. Nichtsdestotrotz hat die Schule auch Sommerfelds Arbeitsverhältnis – sie war als Schulköchin angestellt – aufgekündigt. Sommerfeld wandte sich daraufhin an die Gleichbehandlungsstelle im österreichischen Frauenministerium. In dem daraufhin eingeleiteten außergerichtlichen Schlichtungsverfahren wegen Jobkündigung aus politischen Gründen war der Schulvorstand hart geblieben.

Die seit 13 Jahren in Wien lebende deutsche Staatsbürgerin Sommerfeld gilt als eine Ikone der sogenannten Neuen Rechten. Die promovierte Philosophin, die seit einigen Jahren publizistisch bei den Neuen Rechten tätig ist, schreibt unter anderem für die Internetseiten „unzensuriert.at“ und „sezession.de“.

2017 hat sie, zusammen mit einem Co-Autor, das Buch „Mit Linken leben“ veröffentlicht, in dem sie auch aus ihrer persönlichen Erfahrung beschreibt, wie sie sich in einer von Linken geprägten Umwelt behaupten könne. Gemeinsam mit dem österreichischen Publizisten Martin Lichtmesz hat sie im Vorjahr ihr Buch auf der Frankfurter Buchmesse präsentiert. Laut der „FAZ“ soll der Vater eines Waldorfschülers dieses Buch entdeckt und im Frühjahr an die Schule herangetragen haben.

Sommerfeld lebt schon lange mit einem Linken zusammen. Bereits seit 20 Jahren ist sie mit dem Kulturwissenschaftler Helmut Lethen verheiratet, einem der profiliertesten seiner Generation der Achtundsechziger und gleichsam ein Exponent der kulturellen Linken. Gemeinsam haben sie drei Kinder. *Michael Link*

»Ware Haus statt Warenhaus«

Bei der Fusion von Karstadt und Kaufhof geht es nicht zuletzt um Immobilien

Die Warenhausriesen Kaufhof und Karstadt fusionieren. Vordergründig geht es um Wettbewerbsvorteile. Hinter der Megafusion stecken aber auch handfeste Immobilienspekulationen. Nicht umsonst heißt es in der Immobilienbranche zu der Fusion: „Ware Haus statt Warenhaus".

Der Onlinehandel, insbesondere Amazon, ist in den vergangenen Jahren zum Totengräber für den klassischen Warenhandel geworden. „Der US-Internetkonzern ist heute eine Billion Dollar wert, das Warenhausgeschäft von Karstadt und Kaufhof so gut wie nichts. Beide haben den Anschluss an die moderne Einkaufswelt komplett verschlafen", schreibt die „Süddeutsche Zeitung".

Besonders für Kaufhof mit seinen 96 Warenhäusern war die Fusion mit dem langjährigen Konkurrenten die letzte Option. Das Unternehmen kämpft seit der Übernahme durch das nordamerikanische Unternehmen Hudson's Bay Company (HBC) Ende 2015 mit Umsatzrückgängen und roten Zahlen.

„Strategisches Ziel ist es, das Einzelhandelsgeschäft zukunftsfähig zu machen und im digitalen Zeitalter einen der führenden Omnichannel-Anbieter entstehen zu lassen", teilten die HBC und der österreichische Karstadt-Besitzer, die Signa Holding, in einer gemeinsamen Erklärung mit. Karstadt-Chef Stephan Fanderl soll künftig die Leitung des Konzerns innehaben, die Mehrheit der Anteile am neuen Unternehmen liegt künftig bei der Signa Holding. Die HBC bleibt mit gut 49 Prozent die Rolle des Juniorpartners.

Nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur sollen sowohl Karstadt als auch Galeria Kaufhof vorerst als Marken bestehen bleiben. Der neue Einzelhandelsriese wird europaweit 243 Standorte halten und rund 32 000 Mitarbeiter beschäftigen. Kaufhof und Karstadt machten im vergangenen Jahr einen Umsatz von zusammen etwa 5,4 Milliarden Euro.

Experten beurteilen die Chancen des neuen Konzerns als gemischt. Während Kaufhof mehr und mehr zum Auslaufmodell geworden sei, habe Fanderl Karstadt wieder auf Kurs gebracht.

Aber vor allem im Online-Bereich gibt es strategische Rückstände. Allein Amazon ist derzeit an einem Drittel des Gesamtumsatzes im deutschen E-Commerce beteiligt, Tendenz steigend. Sowohl Karstadt als auch Kaufhof haben großen Aufholbedarf. Die Signa Holding und die HBC teilten mit, dass sich im Bereich der „leistungsfähigen Onlineplattformen" durch den Zusammenschluss „zahlreiche Chancen" böten.

Doch das Faustpfand des neuen Unternehmens ist ein anderes. Defizitär, so schildern es Branchenkenner, sei das Warenhausgeschäft, aber die Immobilien, in denen dieses Geschäft betrieben werde, sei Gold wert. „Deren Wert ist zuletzt immens gestiegen, so wie der von Handelsimmobilien in zentraler Stadtlage generell. Vielen Prognosen zufolge geht es so weiter, solange die Zinsen niedrig und die Finanzierungsmöglichkeiten günstig sind", heißt es in einer Analyse der „Süddeutschen Zeitung".

Das „Handelsblatt" berichtet, das zentrale Element sei aus Sicht der HBC aber eine dahinterliegende Immobilientransaktion gewesen. Die Signa halte künftig 50 Prozent an 57 Kaufhof-Häusern. Im Gegenzug flössen allein 411 Millionen Euro in Cash an den bisherigen Kaufhof-Eigentümer.

Zusätzlich könne die HBC nun 230 Millionen Euro an Hypothekenkrediten in Europa ablösen. Investoren des in Toronto notierten Konzerns hätten bereits seit Monaten angesichts des schwächelnden Handelsgeschäfts gefordert, dass die HBC Werte aus ihrem großen Immobilienbesitz realisiert. Mit dem Abschluss in Europa könne das Unternehmen nun Vollzug melden. „Diese Transaktion schafft signifikante Werte für unsere Anteilseigner und verbessert unsere Bilanz", betonte Helena Foulkes, Vorstandschefin der HBC.

Wie es für die Mitarbeiter weitergeht, ist bislang unklar. „Bild am Sonntag" geht davon aus, dass alleine bei Kaufhof rund 5000 der noch 17 000 Beschäftigten gehen müssten. Es sei „respektlos", wie durch Berichte über einen Kahlschlag bei Kaufhof mit „der Psyche unserer Kolleginnen und Kollegen umgegangen wird und Verlustängste geschürt werden", heißt es in einem internen Schreiben des Gesamtbetriebsrats an die Belegschaft, aus dem die Nachrichtenagentur Reuters zitierte. Den Arbeitnehmervertretern bei Kaufhof lägen bislang keinerlei Informationen über einen Personalabbau vor. Die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi hat sich gegen eine Fusion ausgesprochen. Vertreter der Gewerkschaft äußerten die Hoffnung, die Kartellbehörden könnten die Megafusion in letzter Sekunde doch noch verhindern.

Kartellamtspräsident Andreas Mundt kündigte gegenüber „Spiegel Online" an, die Fusionspläne genau zu prüfen: „Wir stellen uns auf ein extrem umfangreiches und aufwendiges Verfahren ein." Es müssten sowohl die Folgen für die Kunden als auch für die Lieferanten geprüft werden. Wie das Nachrichtenmagazin weiter berichtet, sähen Experten den Zusammenschluss als einzige Chance. Kaufhof sei ohne eine Fusion „erledigt", und auch Karstadt könne nach einer Phase der Konsolidierung wieder in rote Zahlen rutschen. „Ein Selbstgänger ist der Zusammenschluss jedoch keinesfalls", erklärt Gerd Hessert, Honorarprofessor für Handelsmanagement an der Universität Leipzig: „Jetzt geht es darum, dass Konzepte geschrieben und umgesetzt werden, die wieder eine Erlebnissituation Warenhaus schaffen – modern, zukunftsfähig und auch für die Jugend attraktiv." *Peter Entinger*



Trier ist kein Einzelfall: Mancherorts liegen Filialen von Karstadt und Kaufhof dicht beieinander und leisten einander Konkurrenz

Bild: pa

MELDUNGEN

Eine Million Leiharbeiter

Berlin – Zum Jahreswechsel 2017 gab es eine Million Leiharbeitnehmer in Deutschland, das waren 2,8 Prozent aller Beschäftigten. Von gut 960 000 sozialversicherungspflichtig beschäftigten Leiharbeitnehmern arbeiteten 84 Prozent in Vollzeit und 16 Prozent in Teilzeit, weitere 70 000 in ausschließlich geringfügiger Beschäftigung. 43 000 sozialversicherungspflichtige Leiharbeiter und 4000 ausschließlich geringfügig Beschäftigte erhielten zusätzlich Arbeitslosengeld II. Knapp 63 Prozent der Leiharbeitskräfte zählten zu den Geringverdienern. Diese Zahlen gehen aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der Linkspartei hervor. *J.H.*

Löhne über dem Durchschnitt

Düsseldorf – Die Löhne in Deutschland liegen mit einem Reallohnzuwachs von 0,9 Prozent 2017 und prognostizierten 1,5 Prozent 2018 deutlich über dem europäischen Durchschnitt. Das zeigt der „Europäische Tarifbericht" der Hans-Böckler-Stiftung. Die Experten führen dies auf die gute Konjunktur zurück. Zum Vergleich: 2017 legten die realen Effektivlöhne im EU-Schnitt nur um 0,4 Prozent zu, in neun von 28 EU-Ländern sanken sie sogar. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.947.165.475.380 €
Vorwoche: 1.947.212.531.329 €

Verschuldung pro Kopf:
23.545 €
Vorwoche: 23.546 €

(Dienstag, 18. September 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Digitalsteuer auf Eis gelegt

Keine Einigung beim Treffen der EU-Finanzminister in Wien

Das Treffen der EU-Finanzminister Anfang dieses Monats in Wien hat zu keiner Einigung bei der Einführung einer Digitalsteuer für große Internetkonzerne geführt. Die EU-Kommission hatte im März entsprechende Pläne vorgelegt. Erreicht werden soll mit der Digitalsteuer, dass Internetriesen wie Facebook, Google oder Amazon künftig mit einer neuen Umsatzsteuer belegt werden. Befürworter der neuen Steuer führen als Argument an, große Internetkonzerne würden deutlich weniger Steuern zahlen als traditionelle Firmen. In der Tat müssen die Internetriesen für ihre Geschäfte keine Niederlassungen in den Ländern unterhalten, in denen ihre Kunden leben. Die Gewinne werden meist in Ländern versteuert, die besonders günstige Steuerkonditionen bieten. Innerhalb der EU standen in den vergangenen Jahren regelmäßig Irland, Luxemburg und die Niederlande in der Kritik, Steuerdumping zu betreiben.

Die EU-Kommission hatte vorgeschlagen, von Unternehmen eine Abgabe von drei Prozent ihres Umsatzes in den EU-Staaten zu verlangen. Betreffen soll dies Firmen, die weltweit mehr als 750 Millionen Euro Jahresumsatz erzielen und davon mehr als 50 Millionen durch digitale Dienstleistungen in der EU generieren. Langfristig will die Kommission auch die Körperschaftsregeln ändern, damit Unternehmen auch ohne physische Präsenz in einem Land besteuert werden können.

Zwar hatte Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) die Einführung einer Digitalsteuer noch vor Kurzem als „Herzensanliegen" und als notwendig im Sinne der Fairness bezeichnet, doch wachsen auch in Deutschland die Bedenken gegen die Digitalsteuer. Erst vor Kurzem sprach sich etwa der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) gegen die „Einführung einer Digitalsteuer" in Europa aus und warnte, die Steuer würde „mehr Schaden als Nutzen" bringen.

Tatsächlich könnte die „Google-Steuer", so eine gelegentlich gebrauchte Bezeichnung, auf lange Sicht Türöffner für einen generellen Umbau im internationalen Steuerrecht sein. Bislang gilt nämlich das Prinzip, dass Waren und Dienstleistungen in dem Land besteuert werden, in dem sie hervorgebracht werden. Für die exportstarken deutschen Autobauer gilt etwa, dass sie ihre Gewinne aus den Auslandsverkäufen am Sitz der Mutterkonzerne, also in Deutschland, versteuern. Macht das Modell Digitalsteuer allerdings Schule, droht deutschen Firmen, dass sie auf die Gewinne aus ihren Exporten auch im Ausland Steuern zahlen müssen. Profitieren würden dann die Staatskassen Chinas, der USA und anderer Länder, in die viele deutsche Exporte gehen.

Zudem sind in Deutschland und einigen anderen Ländern auch Befürchtungen vor einer Vergeltung gewachsen. Von einer Digitalsteuer wären sehr stark die großen Internetunternehmen betroffen, die zumeist aus den USA stammen. Die Einführung der Steuer könnte die ohnehin angespannten Handelsbeziehungen zwischen den USA und der EU weiter verschlechtern.

Auf dem Wiener Treffen der EU-Finanzminister Anfang September setzten der Bundesfinanzminister und andere Minister den Start einer Initiative auf internationaler Ebene durch. Parallel zur weiteren Diskussion in der EU soll sich auch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) mit dem Thema Digitalsteuer befassen. Damit ist eine baldige Einführung der Steuer in der EU kaum noch realistisch. *Norman Hanert*

Gefragte Italien-Bonds

US-Präsident Donald Trump soll Kaufinteresse signalisiert haben

Obwohl die Europäische Zentralbank (EZB) angekündigt hat, Ende dieses Jahres ihr Programm zum Kauf von Staats- und Unternehmenspapieren auslaufen zu lassen, waren italienische Staatsanleihen an den Märkten in jüngster Zeit stark gefragt. Die Aufwärtsbewegung der Kurse spiegelt sich im Rückgang der Rendite wieder. Seit Monatsanfang ist die Rendite zehnjähriger Italien-Anleihen von 3,236 auf nur noch 2,873 Prozent gefallen.

Diese Entwicklung steht im Kontrast zu Nachrichten, die eher eine sinkende Nachfrage vermuten lassen. Die EZB will bereits ab Oktober das Volumen ihrer monatlichen Anleihekäufe in der Euro-Zone auf 15 Milliarden Euro halbieren. Zum Jahresende soll das Ankaufprogramm sogar beendet werden. Damit wird ab Anfang kommenden Jahres ein Großabnehmer italienischer Papiere wegfallen.

Laut einer Analyse der Citigroup haben private Investoren in den vergangenen Jahren entweder ihre italienischen Anleihen an die EZB verkauft oder aber sie haben gleich die Finger davon gelassen. Aus Sicht der Citibank war die EZB damit praktisch der einzige Käufer italienischer Staatsanleihen. Bislang ist unklar, wer nach dem Wegfall des EZB-Kaufprogramms diese Rolle übernimmt.

Damit nicht genug. Die Finanzagentur Fitch Ratings hat unlängst den Ausblick für Italiens Anleihenmärkte von „stabil" auf „negativ" gesenkt. Diese Herabstufung könnte nur ein Zwischenschritt sein, dem eine Herabstufung der Kreditwürdigkeit Italiens folgt.



Bild: IP Photo Archive 6,5 h

Anleihenkäufer: Donald Trump

Hinzu kommen Pläne der Regierungskoalition aus Lega Nord und Fünf-Sterne-Bewegung, die zu steigenden Ausgaben und zum Wegbrechen von Steuereinnahmen führen können. Für steigende Ausgaben spricht auch die Ankündigung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Matteo Salvini (Lega), der mit Blick auf die Haushaltsplanungen 2019 kürzlich sagte, Italien werde die Drei-Prozent-Grenze beim Defizit nicht reißen, allenfalls „sanft berühren".

Trotz dieser Gesamtlage haben Investoren zuletzt wieder für Nachfrage und steigende Kurse bei italienischen Staatsanleihen gesorgt. Eine Rolle spielt dabei sicherlich, dass US-Präsident Donald Trump laut einem Bericht der italienischen Tageszeitung „Corriere della Sera" signalisiert hat, die USA könnten italienische Anleihen kaufen.

Zudem ist damit zu rechnen, dass Italien im Notfall weiterhin auf die EZB zählen kann. Die drittgrößte Volkswirtschaft der Euro-Zone ist zwar zu groß, um vom Euro-Rettungsfonds ESM aufgefangen zu werden, allerdings könnte die EZB Italien mit dem OMT-Programm (Outright Monetary Transactions) zur Seite springen. Mit diesem sollen notfalls sogar unbegrenzt Anleihen von Krisenländern angekauft werden. Die EZB hat dieses bislang noch nicht eingesetzte Instrument im Jahr 2012, auf dem Höhepunkt der Euro-Krise, angekündigt. *N.H.*

Verrohte Sprache

Von Erik Lommatzsch

Seit die AfD in die Parlamente, insbesondere den Bundestag, eingezogen ist, verroht die Sprache. Dies wurde zunächst als vorurteilende These geäußert. Inzwischen lässt es sich vielfach bestätigen. Man muss nur einen Blick auf jüngere Äußerungen und Debatten werfen. Allerdings sind es mitnichten die Verlautbarungen der noch relativ jungen Partei. Vor allem die Vertreter der SPD fühlen sich neuerdings zu verbalen Ausfällen sondergleichen animiert.

Andrea Nahles verkündete als Fraktionsvorsitzende bereits kurz nach der Bundestagswahl 2017: „... ab morgen kriegen sie in die Fresse.“ Gemeint war die kommende Regierung. Nahles ging davon aus, dass ihre Partei nicht an dieser beteiligt sein werde. Es kam anders, nun bekommen andere „in die Fresse“.

Martin Schulz, zurzeit einfacher SPD-Abgeordneter, folgt der Vorgabe der Chefin. In der Generaldebatte des Deutschen Bundestages in der vergangenen Woche behauptete er, AfD-Bundessprecher Alexander Gauland bediene sich in seinen Reden der „Mittel des Faschismus“, eine „ähnliche Diktion hat es in diesem Haus schon einmal gegeben“. Schulz rief damit Reminiszenzen an Zeiten hervor, in denen eine verbrecherische Politik das Land an den Abgrund führte. Besäße er einen Deut historischer Bildung, wäre ihm die Ungeheuerlichkeit dieses Vergleichs bewusst.

Schulz hatte allerdings nur vorlegt. Dessen Hamburger Parteifreund Johannes Kahrs senkte das Niveau noch einmal kräftig. Nach mehrfacher Klassifizierung von AfD-Mitgliedern als „Rechtsradikale“ und der Aufforderung in Richtung der Fraktion, „Schauen Sie in den Spiegel, dann sehen Sie, was diese Republik in den 20ern und 30ern ins Elend geführt hat“, begab er sich, abermals die Spiegel-Wendung nutzend, auf einen Tiefpunkt des parlamentarischen Gebarens, den persönlichen Angriff. An Gauland gewandt: „Hass macht hässlich! Schauen Sie doch in den Spiegel.“

In einem Interview nach der Bundestagsdebatte bezeichnete Kahrs seine Ausführungen als „klare Kante“ gegenüber „diesen Spaltern und Hetzern“. Das „ewige Mimimi von Rechtsradikalen“ – die AfD hatte während Kahrs‘ Rede den Plenarsaal verlassen – zeige, dass diese austeilen, aber nicht einstecken könnten.

Neu mag sein, dass der Oberst der Reserve Kahrs seine Unflätigkeiten ins Parlament trägt. Ansonsten sah er die Dinge nie so eng. „Schlampe halt“, twitterte er 2016 über das Bild einer Schülerin. Bereits 1992 war er der Polizei als anonymer Anrufer bei einer innerparteilichen Konkurrentin ins Netz gegangen. Dass er auch für die vor der Fangschaltung getätigte Äußerung „Ich krieg dich, du Schlampe“ verantwortlich war, bestritt er.

In Anbetracht des stetigen Absinkens der Wählerzustimmung steht die SPD mit dem Rücken zur Wand. Aufkommende Panik offenbart erschreckende Erziehungsdefizite einiger Genossen bezüglich einfachster menschlicher Umgangsformen, von Demokratieverständnis ganz zu schweigen. Wahrscheinlich sollte man in diesen Zeiten dankbar sein, wenn es bei Worten bleibt. Es sei daran erinnert, dass SPD-Vize Ralf Stegner auch schon einmal formuliert hatte, man müsse „Positionen und Personal“ der AfD „attackieren“.

Sprachrohr der Kanzlerin

Von Hermann Paul Winter

Im Lied „Wach auf, wach auf, du deutsches Land!“, das sich im Evangelischen Gesangbuch unter der Nummer 145 findet, heißt es: „... die Lüge wird gar fein geschmückt, man hilft ihr oft mit Schwören ...“ Wie ein Mahnmal erscheint der Text in diesen Tagen, in denen Funktionäre der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gebetsmühlenartig Verleumdungen ausbreiten – allen voran der Ratsvorsitzende der EKD Heinrich Bedford-Strohm.

Im Zusammenhang mit den „rechten Ausschreitungen in Chemnitz“ bezeichnet Bedford-Strohm nicht etwa die Totschläger als „Brandstifter und Aufwiegler“, sondern die Alternative für Deutschland, die zu einem Trauermarsch aufgerufen hatte. Mit „Wer an den Propaganda-Aktionen der AfD teilnimmt, muss wissen, wem er dort hinterherläuft“, unterstellt Bedford-Strohm der AfD verklausuliert, ein Rattenfänger zu sein. Was für ein Menschenbild tritt hier zutage!

> Lieber die Lieder der Kirche singen statt die der Regierung

Gemäß der Regierungsdiktion prangert er „Hetzjagden“ an, die es nie gab. Nicht etwa Mitgefühl für das Opfer des schrecklichen Messermordes ruft ihn auf den Plan, sondern der wütende Protest dagegen und vor allem die Äußerungen der AfD. Mit dem Verweis der Opfer in eine Nebenrolle und den radikalen Anwürfen gegen die Kritiker des Totschlags wird Bedford-Strohm seiner Forderung nach Menschenwürde als Grundkonsens der Gesellschaft alles andere als gerecht.

Unter Missachtung der parteipolitischen Neutralitätspflicht der Kirche und ohne Rücksicht auf andersdenkende Kirchenmitglieder geriert sich Bedford-Strohm als Sprachrohr Angela Merkels gegen die AfD. Besonders perfide: Er rückt die AfD in die Nähe von Nazis, während er akzeptiert, dass in seiner Kirche AKP-Funktionäre und muslimische Antisemiten auftreten.

Gemessen an ihren stetigen Lügenkampagnen gibt die Broschüre „Dialogratgeber“ der EKD ein kurioses Zerrbild wieder. Dort beschwört Bedford-Strohm ein Miteinander, das trotz „vorhandener Unterschiede“ von Respekt voreinander und gegenseitiger Achtung geprägt sein soll. Schöne Worte! Allerdings handelt die Broschüre vom Umgang mit Muslimen – für andersdenkende deutsche Bürger gelten die dort beschriebenen hehren Ziele offenbar nicht. Dort wird gänzlich unchristlich ausgegrenzt, stigmatisiert und der Dialog ausgeschlossen, also all das geboten, was Herr Bedford-Strohm sonst kritisiert.

„Die Wahrheit [wird] höhnisch auch verlacht, die Lüge tut man ehren!“, erkannte das Lied 145 hellsichtig. Herr Bedford-Strohm wäre gut beraten, die Lieder der Kirche zu singen statt die der Regierung.



Neuinterpretation der traditionellen Allianz von Thron und Altar: EKD- Ratsvorsitzender Heinrich Bedford-Strohm und Bundeskanzlerin Angela Merkel

Bild: pa

Frei gedacht



Plädoyer für die mutigen Sachsen

Von Eva Herman

Nicht ein Tag vergeht, an dem das Volk der Sachsen derzeit nicht öffentlich diffamiert wird. Spätestens seit den blutigen Ereignissen in Chemnitz vergangenen Monat sehen sich die Bürger des Freistaates täglich mit neuen Vorwürfen konfrontiert. Sie seien Nazis, sie seien verstockt, über die Maßen rassistisch und völkisch-nationalistisch, behaupten Massenmedien und manche Berufspolitiker. Doch auch schon bei den ersten Pegida-Demos in Dresden und Leipzig vor einigen Jahren raunte es regelmäßig durch die Massenpresse, welche Charaktereigenschaften es wohl seien, die dieses rechtsgerichtete Völkchen so gefährlich in den trotzigen Widerstand trieben. Da nützen bis heute Hinweise nichts, dass Ende der 80er Jahre die ersten Montagsdemonstrationen ebenso im sächsischen Leipzig begannen, den Fortlauf dieser unserer jüngsten Geschichte kennt man.

Ich möchte heute eine Lanze für die Sachsen brechen, sie gehörten für mich schon immer zu den mutigsten und tapfersten Zeitgenossen. Von Urzeiten an begehrten sie immer wieder auf gegen jegliches Unrechtssystem, sie kämpften, wo andere schon längst aufgegeben hatten. Zum Beispiel waren die Cherusker eng mit den Sachsen verschmolzen. Der berühmte Feldherr Hermann, auch Arminius genannt, hatte im ersten Jahrhundert nach Christus die bis heute berühmte, damals jedoch eigentlich aussichtslose Varusschlacht gegen die römische Besatzungsmacht für sich entschieden. Bis vor wenigen Jahrzehnten war der strategisch kluge Arminius der Vorzeige-Held deutscher Geschichtsbücher gewesen, was sich jedoch spätestens mit den 68ern erledigt hatte. Die Begriffe Kampfgeist, Mut und Tapferkeit erhielten in dieser Zeit das bitterböse Nazi-Stigma, das bis heute nicht nur anhält, sondern sich weiter ausbreitet. Das, was einst als positives Charaktermerkmal galt, ist heute zu lästigem, gefährlichem Ballast verkommen.

> **Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Wir erinnern uns weiter: Ende des achten Jahrhunderts hatte der Frankenkönig Karl der Große, den man heute politisch korrekt als „Vater Europas“ bezeichnen möchte, nahezu alle Völker unterworfen, die man heute unter den Begriff Europas rechnet. Im Schulterschluss mit seiner mächtigen Verbündeten in Rom, der Kirche unter jeweiliger Papstführung, waren die meist naturgläubigen Völker zwangschristianisiert worden, was man wohl besser als Zwangskirchianisierung bezeichnen könnte. Mit Schwert und Feuer ging das vonstatten, da war man nicht zimperlich. So sollten die Sachsen ihren herkömmlichen Traditionen und Bräuchen abschwören, sollten sich von ihren heiligen Hainen ebenso wie von ihren Naturgöttern abwenden, und durften fortan nur noch den für sie ungewohnten Christengott in den dunklen, hohen Kirchen anbeten. Wer dies nicht tat, wurde entweder vertrieben oder ermordet. So viel übrigens zum blutigen Karma Europas, das uns heute offenbar einholt.

Die Sachsen hingegen hatten keinesfalls vorgehabt, es den anderen unterworfenen Völkern gleichzutun. Kaiser Karl biss sich an diesen zähen Leuten die Zähne aus. Über 30 Jahre dauerten schließlich die bis heute berühmten Sachsenkriege, genau von 772 bis 804.

Doch was war in diesen ungefähr 32 Jahren alles geschehen? Neben der berüchtigten Süntelschlacht, in der Karl der Große am Ende erfolglos abziehen musste, dürfte die berühmteste aller Schlachten das sogenannte Blutgericht in Verden an der Aller 782 nach Christus gewesen sein, wo Karl der Große mit seinen fränkischen Soldaten fast 5000 arglose Sachsen heimtückisch abgeschlachtet haben soll, nachdem ihm nach Jahren der Erfolglosigkeit offenbar keine andere Lösung mehr einzufallen schien. Die Sachsen wurden seinerzeit angeführt von Fürst Widukind, dessen Mut und Stärke über die Landesgrenzen hinaus bekannt gewesen sein sollen.

Ist es nicht spannend, dass es damals, ähnlich wie heute, um eine Gleichschaltung der europäischen Länder ging, die unter dem Frankenkönig Karl zentralisiert und vom mächtigen Herrschaftsinstrument in Rom mitgesteuert werden sollten? Jedenfalls hatten sich die Sachsen über drei Jahrzehnte erfolgreich gewehrt gehabt gegen die blutige Machtübernahme, obwohl zahllose Landsleute im Laufe der Zeit den Tod im Kampf gefunden hatten. Als er Widukind und seine sächsischen Gefolgsleute schließlich nach über drei blutigen Jahrzehnten hingerichtet und die Sachsen damit endlich überwunden hatte, wurde Karl (der Sachsenschlächter) zur Belohnung in der Basilika in St. Peter von Papst Leo III. zum Kaiser gekrönt.

Die Sachsen, ein widerstandsfähiges Volk. Neulich stellte ein Redakteur der Deutschen Welle fest: „Der Erfindungsreichtum der Sachsen ist legendär, genau wie ihr Fleiß. Der deutsche Ingenieur – er wurde sozusagen in Sachsen geboren. Die Technische Universität in Chemnitz genießt bis heute einen Weltruf in Sachen Maschinenbau. Kein Wunder, dass Sachsen bis zum Zweiten Weltkrieg die stärkste Industrieregion Deutschlands war. Sachsen ist neben Baden-Württemberg die Wiege der deutschen Automobilindustrie. Textilindustrie, Maschinenbau, Elektrotechnik – Sachsen war, würde man heute sagen: ein Top-Standort.“ Die Betonung liegt auf war, denn inzwischen singen es die Vögel von den Dächern: Deutschland steht vor dem Zusammenbruch, dank des Merkelschen Marschbefehls der ungebremsten Zuwanderung von Immigranten. Deswegen sind es wieder einmal die Sachsen, die dem Feind das Feld nicht überlassen wollen. Sie kämpfen bis zum Schluss, während viele andere Regionen, vor allem in Wessi-Deutschland, offenbar in einen tiefen, tödlichen Dauerschlaf gefallen sind. Doch wie sie immer schon den Stempel des Unbequemen erhielten, so versuchen deutsche Massenmedien und Politiker auch heute beharrlich, das Sachsenvolk – diesmal als verirrte und missverstandene Opfer – zu diffamieren.

> **Die Autorin**: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

So konstatierte der „Spiegel“ in seiner Ausgabe vom vergangenen Sonntag schmallippig: „Substanzielle Teile der Bevölkerung der östlichen Bundesländer fühlen sich bis heute diskriminiert. Und ein nicht unwesentlicher Teil dieser Gekränkten hat Flüchtlinge offenbar als Symptom für diese Diskriminierung identifiziert, als Kristallisationspunkt der von ihnen erlebten Missachtung. Das ist keine neue Erkenntnis. Über die Jahre ist immer dokumentiert worden, dass sich etwa viele Sachsen vom ‚Westen‘ gegängelt, ausgegrenzt, belächelt, ausgetrickst fühlen. Das Gefühl, Opfer zu sein, hat sich über die Jahre offenbar zu einem Bestandteil ostdeutscher Identität verfestigt.“ Derselbe „Spiegel“ fragte kürzlich übrigens ebenso tückisch besorgt, ob die berühmten Uhren der Luxusmarke Glashütte, die seit Generationen und nach alter Handwerkstradition in der Nähe Dresdens in mühevoller Handarbeit hergestellt werden, nun eventuell von Nazis gefertigt würden. So jedenfalls wird Judith Borowski als Geschäftsführerin des sächsischen Uhrenherstellers Nomos Glashütte zitiert, die seit den jüngsten Ereignissen in Sachsen jetzt „gegen die AfD und gegen rechts“ kämpfe, heißt es dort. Frei nach dem Motto: Wer aus Sachsen kommt, muss ein Nazi sein.

Und so geht es nun munter weiter, immer gegen die Sachsen, deren ausgeprägtes Verantwortungsgefühl jetzt als nichts anderes mehr als nur noch völkisch-nationalistisches und rassistisches Gebaren gebrandmarkt wird. Lasst uns für die Sachsen beten, denn sie sind unsere letzte Rettung.

Sieg der Windmühlen

Nach 20 Jahren erscheint endlich der Quijote-Film eines Monty-Python-Regisseurs

Das hat aber gedauert: Nach 20 Jahren kommt am 27. September der Film „The Man Who Killed Don Quixote“ (Deutsch: Der Mann, der Don Quijote tötete) in die Kinos. Die Entstehungsgeschichte, eine der längsten der Kinogeschichte, ist dabei lustiger als die Komödie selbst.

29 Jahre lang rannten die Macher eines britisch-kanadisch-US-amerikanischen Animationsfilms vergeblich gegen die Windmühlen des Filmgeschäfts an. Finanzierungsprobleme und Hindernisse bei der technischen Umsetzung des Animationsverfahrens sorgten dafür, dass die 1964 begonnene 1001-Nacht-Geschichte „Der Dieb und der Schuster“ erst 1993 beendet werden konnte. Der zeitliche Aufwand resultierte in einem schwachen 90-minütigen Filmchen, das nur deshalb bekannt wurde, weil es den offiziellen Rekord mit der längsten Produktionsgeschichte hält.

Als der Film nach fast drei Jahrzehnten herauskam, brach er den von Leni Riefenstahl gehaltenen Rekord. Ihr letzter Kinofilm „Tiefland“ kam auf eine Produktionszeit von 20 Jahren. 1934 begonnen, verzögerten sich die Filmaufnahmen durch Einwände von Goebbels gegen das Filmskript, Absagen von Schauspielern – Riefenstahl übernahm schließlich selbst die weibliche Hauptrolle – sowie den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und die Zerstörung des Filmstudios in Babelsberg. Nach dem Krieg zuerst von der französischen Besatzungsmacht konfisziert, konnte Riefenstahl erst in den 50ern an den Schnitt des Drehmaterials gehen und den auf einer französischen Oper basierenden Film 1954 in Stuttgart uraufführen lassen.

Inzwischen teilt sich Terry Gilliam den zweiten Rang mit der deutschen Regisseurin. Der US-Regisseur, der 1969 zu den Mitbegründern der britischen Komikgruppe Monty Python zählte, war schon seit 1998 dabei, einen „Don Quijote“-Film zu drehen. Rechnet man bis ins Jahr 1989 zurück, als er mit der Arbeit am Drehbuch begann, würde er sich sogar Platz eins mit „Der Dieb und der Schuster“ teilen.

Die offizielle Zeitrechnung beginnt aber damit, wenn die Finanzierung für einen Film steht. Nachdem Gilliam vor 20 Jahren Geldgeber für sein Projekt gewinnen konnte, starteten nach einer Vorbereitungsphase im Jahr 2000 in Spanien die Dreharbeiten, die aber unter keinem guten Stern standen. Am ersten Tag störten Tiefflieger eines nahen NATO-Stützpunkts die Aufnahmen, am zweiten Tag überflutete ein Regenguss das gesamte Filmset, und am fünften Tag erlitt der französische Hauptdarsteller Jean Rochefort einen Bandscheibenvorfall. Folge: Reitverbot.

Ein Don Quijote ohne sein Pferd Rosinante? Undenkbar. Die Dreharbeiten mussten abgebrochen werden. Davon profitierte der erfolgreiche Dokumentarfilm „Lost in Mancha“, der im Jahr 2002 Gilliams Scheitern äußerst vergnüglich ins Kino brachte.

Weitere Versuche, den Film zu realisieren, scheiterten, weil die anfangs eingeplanten Schauspieler wie Johnny Depp als Sancho Panza nicht mehr verfügbar waren, an Krebs erkrankten wie der neue Hauptdarsteller John Hurt oder es zu einem Rechtsstreit mit einer deutschen Versicherung kam, an die nach dem Abbruch der Dreharbeiten die Filmrechte übergegangen waren.

Im Jahr 2016 war der Streit beigelegt, mit dem Briten Jonathan Pryce ein neuer Don Quijote – Jean Rochefort starb 2017 im Alter von 87 Jahren – und mit Adam Driver ein neuer Sancho Panza gefunden. Und auch das Drehbuch wurde aufgepeppt. Ursprünglich war vorgesehen, dass ein moderner Zeitgenosse per Zeitreise im ausgehenden Mittelalter landet, wo ihn Don Quijote als seinen treuen Begleiter Sancho Panza unter Beschlag nimmt. Der inzwischen 77-jährige Gilliam hatte nach seinem Mitwirken an den Monty-Python-Klassikern „Die Ritter der Kokosnuss“ und „Das Leben des Brian“ das Prinzip der Zeitreise 1981 in seinem Film „Time Bandits“ schon äußerst erfolgreich in Szene gesetzt. Damals stibitzte sich eine Gruppe Kleinwüchsiger durch die Zeit Napoleons, Robin Hoods oder die des antiken Königs Agamemnon.

Um Kosten zu sparen, die entstanden wären, hätte man moderne Windräder, Strommasten oder Tiefflieger der alten Zeit wegen wegretuschiert, lässt Gilliam seinen Don Quijote in der Neuzeit gegen Windmühlen antreten. In der Figur des von Driver gespielten Regisseurs Toby, der jetzt bei Dreharbeiten zu einem Quijote-Film per Tagträume und Kopfnüsse selbst zum Esel-reitenden Sancho Panza wird, verpackt Gilliam ironisch auch seinen eigenen Kampf gegen die Windmühlen der vergangenen 20 Jahre. Tobys Affäre mit der Frau des Produzenten oder ein Oligarch, der sein eigenes kleines Schutzgeldimperium errichtet hat, sind nur einige der Seitenhiebe auf Geldgeber und Versicherungen.



Warten auf Nichts: Sancho Panza (Adam Driver, l.) und Don Quijote (Jonathan Pryce)

Bild: 2018 Concorde Filmverleih GmbH

Letztlich fällt der Kampf gegen die Windmühlen ziemlich dürr aus, und der gequälte Witz versengt unter Spaniens heißer Sonne. Gilliam sieht sich selbst als Sancho Panza des Filmgeschäfts. Sein Versuch, Don Quijote aufs Pferd zu setzten, scheiterte nicht nur an den früheren Widerständen, er scheitert jetzt daran, dass Gilliam nicht mehr die humoristische Kraft aus seiner Monty-Python-Zeit besitzt. So ist der Mann, der Don Quijote „killt“, Gilliam selbst. Dieser Film wird wohl nur wegen seiner langen Entstehungsgeschichte in Erinnerung bleiben. Legendär ist er deswegen jetzt schon. *Harald Tews*

Krach im Kraftwerk

Usedomer Musikfestival feiert Jubiläum

Seit 1999 stellt das Usedomer Musikfestival eines der zehn Ostseeanrainerländer mit dessen Musik vor. 2018 erleben Musikfreunde vom 22. September bis 13. Oktober erstmals alle Länder vereint. Dabei begegnen sich estnische Choräle und dänische Kantaten, schwedischer Jazz und russische Kammermusik, norwegische Lieder und polnische Klaviermusik, litauische Tänze und deutsche Sinfonik, lettischer und finnischer Naturklang.

Fester Bestandteil des seit 25 Jahren bestehenden Festivals ist die Baltic Sea Philharmonic, die unter ihrem estnischstämmigen US-Dirigenten Kristjan Järvi junge Musiker aus allen Ländern der Region versammelt. In diesem Jahr feiert das Orchester beim Eröffnungskonzert am 22. September im Kraftwerk des Museums Peenemünde gleich vier Länder – Estland, Lettland, Litauen und Finnland – anlässlich der 100-Jahr-Feierlichkeiten ihrer Unabhängigkeit. Neben Jean Sibelius' Konzertsuite „Sturm“ stehen Werke moderner Komponisten aus diesen vier Ländern auf dem Programm, darunter ein von der Norwegerin Mari Samuelsen gespieltes Violinkonzert des Dirgenten. Die Eröffnung findet in Anwesenheit von Bundeskanzlerin Angela Merkel statt.

Am 29. September macht das Usedomer Festival einen Ausflug auf die Nachbarinsel Wollin. Nach einer geführten Busrundfahrt kann man um 15 Uhr in der Nikolaikirche von Wollin, wo der Reformator Johannes Bugenhagen getauft wurde, Bachs h-Moll-Messe erleben, aufgeführt von der Internationalen Chorakademie Lübeck und dem Goldberg Baroque Ensemble Danzig.

Ist die dänische Sängerin Gitte Hænning, die am 28. September in Ahlbeck auftritt, eine alte Festivalbekannte, so ist Usedom für die schwedische Star-Sopranistin Anne Sofie von Otter noch Neuland. Sie präsentiert am 7. Oktober Chansons, Popsongs und Lieder von Abba bis Sibelius. Aus Dänemark hat sich das Spitzenensemble für die Aufführung Alter Musik angesagt: Concerto Copenhagen (2. Oktober, 19.30 Uhr). Dass die Ostsee in Lettland das „Weiße Meer“ genannt wird, führt das Trio Raro mit Werken des Letten Peteris Vask vor (4. Oktober, 19.30 Uhr).

Die Spielorte mit den rund 40 Konzerten können unterschiedlicher nicht sein: in Schlössern, Kirchen, dem Kaiserbädersaal in Heringsdorf, in Hotels und dem imposanten Industriedenkmal des Historisch-Technischen Museums Peenemünde. Inselrundfahrten runden, kombiniert mit Ausstellungen, das Programm ab.

Das Abschlusskonzert im Kraftwerk Peenemünde beschließt die Jubiläumssaison am 13. Oktober mit der NDR-Radiophilharmonie Hannover unter der Leitung von Robert Trevino (USA). Zum Abschluss des Festivals steht neben Paganinis Violinkonzert Nr. 1 und „Ein Heldenleben“ von Richard Strauss noch einmal Musik des Ostseeraums auf dem Programm: die deutsche Erstaufführung eines Werkes von Jüri Reinvere aus Estland. *A. Guballa*

Programm und Karten unter: www.usedomer-musikfestival.de oder Telefon (038378) 34647.



Ostseeklänge: Usedom wirbt mit einem Flügel am Strand

Bild: Usedomer Musikfestival/Geert Maciejewski

Quote statt Qualität?

Es wird eine Frau gewinnen. So viel kann man vorhersagen, wenn bei der Frankfurter Buchmesse im Oktober der Deutsche Buchpreis vergeben wird. Denn von den sechs Finalisten, die es auf die sogenannte Shortlist geschafft haben, sind vier Frauen. Die beiden Männer, die Romanautoren Maxim Biller und Stephan Thome, werden es nicht leicht haben beim Kampf um das Preisgeld von 25 000 Euro und um Auflagengewinn. Erschwerend kommt hinzu, dass nach den männlichen Gewinnern der vergangenen vier Jahre quotenmäßig mal wieder eine Frau an die Reihe kommen müsste und Frauen in der Jury in der Mehrheit sind.

Haben Frauen in diesem Jahr also die besseren Bücher geschrieben? Wohl kaum, da man starke männliche Konkurrenz wie Philipp Weiss mit seinem 1000-seitigen Romandebüt „Am Weltenrand sitzen die Menschen und lachen“ gar nicht erst berücksichtigt hat. Der Buchpreis, der gern so etwas sein möchte wie der Booker Prize oder der Prix Goncourt in England beziehungsweise Frankreich beugt sich lieber der Quote statt der Qualität. *tws*

Frankensteins Erben

Erstaunlich lebensecht – Hyperrealistische Skulpturen in Tübingen

Neben einem Strohballen steht ein Cowboy und blickt nachdenklich zu Boden. Hat ihn eine jähe Erkenntnis getroffen? Den einsamen Burschen schuf der US-Amerikaner Duane Hanson in den 1980er Jahren. Hanson ist einer der Altväter der hyperrealistischen Skulptur. Diese Kunstrichtung ist voller merkwürdiger Erscheinungen. Das veranschaulicht die Kunsthalle Tübingen, die mit der Ausstellung „Almost Alive“ (Deutsch: Fast lebendig) 30 hyperrealistische Skulpturen ausstellt.

Die aus Kunstharz, Wachs oder bemalter Bronze geschaffenen, bekleideten oder nackten Gestalten wirken verblüffend, zuweilen geradezu erschreckend lebendig. Viele Künstler wollen mit diesen Geschöpfen offenbar Unbehagen hervorrufen. Da stößt etwa ein Riese durch den Fußboden und stemmt sich mit beiden Händen in die Höhe. Oder ist es umgekehrt? Ist der vom Künstler Zharko Basheski 2009/10 erschaffene „Gewöhnliche Mann“ eingebrochen und wehrt sich gegen sein gänzliches Verschwinden?

An anderer Stelle kauert eine faszinierend lebensecht aussehende ältere Frau geduckt in einer Ecke und schaut bekümmert drein (Marc Sijan, 2011). Auch auf richtig abstoßende Entdeckungen sollte man sich gefasst machen. So hat Berlinde De Bruyckere eine verkrümmt auf Kissen liegende Gestalt namens „Elie“ (2009) beigesteuert, der der Kopf fehlt. Der verquollene nackte Torso soll mit seinen eigentümlichen Verfärbungen offenbar den Eindruck von Verwesung aufkommen lassen. Dann begegnen wir dem Gesicht einer Frau, das wie eine Ziehharmonika auseinandergezogen ist (Evan Penny, 2008).



Wie bei Madame Tussauds: Wer ist Mensch und was ist Kunst?

Bild: Ulrich Metz, Courtesy of Jude Hess Fine Arts

Kein schöner Anblick ist auch Patricia Piccininis „Neugeborenes“ (2010). Die Künstlerin schuf eine friedlich schlummernde Ausgeburt der abstoßend niedlichen Art mit kleiner Elefantenrüssel-Nase und Armen wie Schwimmflossen. Will Piccinini damit vor den Auswüchsen der Genmanipulation warnen?

Aber es gibt auch schöne Erscheinungen. So die schlafend auf dem Fußboden liegende Aktdarstellung „Lisa“ (John DeAndrea, 2006). Kerzengerade steht hingegen eine alte Dame im weißen Nachtgewand vor uns. Die 2010 von Sam Jinks aus Silikon und Latex hergestellte Dame hat den Kopf gesenkt und die Augen geschlossen, während sie einen Säugling an ihren Oberkörper drückt. Der Kleine fühlt sich bei der Oma sichtlich geborgen. Dieses anrührende Sinnbild für den Kreislauf des Lebens erstickt jede Vermutung, wonach die Detailtreue des Hyperrealismus nichtssagend sei. *Veit-Mario Thiede*

Bis 21. Oktober in der Kunsthalle Tübingen, Philosophenweg 76, geöffnet Dienstag bis Sonntag von 11 bis 18 Uhr, donnerstags bis 19 Uhr, Eintritt: 7 Euro, Telefon (07071) 96910, Infos im Internet: www.kunsthalle-tuebingen.de

MELDUNGEN

Palimpseste zum Ansehen

Paderborn – Mit „Gotik – Der Paderborner Dom und die Baukultur des 13. Jahrhunderts in Europa“ präsentiert das Diözesanmuseum Paderborn vom 21. September bis 13. Januar 2019 eine große kunst- und kulturhistorische Ausstellung. Die Reimser Palimpseste, die ältesten erhaltenen Architekturzeichnungen, zählen dabei zu den herausragendsten Exponaten. www.dioezesanmuseum-paderborn.de *tws*

Astronauten im Anflug

Berlin – Vor 40 Jahren flog Sigmund Jähn als erster deutscher Raumfahrer ins Weltall. Anlässlich dieses Jubiläums zeigt das Deutsche Technikmuseum Berlin vom 20. September bis 30. Dezember die Astronauten-Ausstellung „40 Jahre Deutsche im Weltall. Zwei Staaten, elf Raumfahrer, einhundert Objekte“. Internet: www.sdtb.de *tws*

Der Kupferstecher des Gemetzels

Matthäus Merian: Der Krieg war sein schrecklicher Auftraggeber

Matthäus Merian der Ältere war der bedeutendste Kupferstecher und Verleger des 17. Jahrhunderts. Seine Arbeiten sind eine Chronik des ereignisreichen Übergangs vom Mittelalter in die Moderne. Am 22. September 1593, vor 425 Jahren, wurde er in Basel geboren.

Die meiste Zeit seines Lebens herrschte Krieg. Der Dreißigjährige, wie er später hieß, war Matthäus Merian ein großer, schrecklicher Arbeitgeber. Der Kupferstecher konnte sich kaum retten vor Aufträgen: Feldherren, siegreiche und geschlagene, Schlachten und Aufmärsche, Belagerungen von Festungen und Städten, tausendfach in Kupfer gestochen und auf Papier gedruckt, zeigten ein Bild von dem Gemetzel. Manches eilte sehr. Stadtherren bestellten Ansichten ihrer noch unversehrten Städte in angstvoller Erwartung der anrükkenden feindlichen Truppen.

Merian schrieb, seine Werke seien ein Mahnmal „voriger Glükkselig- und Herrligkeit für die nachfolgenden Geschlechter“, damit sie bestrebt sind, „was noch stehet, zu erhalten, was gefallen, wieder aufzurichten, und was verlohren, wieder zu bringen“. Seine Stadtansichten und Landkarten sind ein unschätzbares Dokument der mittelalterlichen Stadtplanung und Raumordnung.

Matthäus Merian war der Sohn eines Basler Ratsherrn. In Zürich lernte er Zeichnen und Kupferstechen. Als junger Mann reiste er unter anderem nach Paris, Genua, Augsburg, Straßburg und Stuttgart. Viele der Städte, deren Pläne und Silhouetten er in die hauchdünn gehämmerten Kupferplatten stach, hatte er besucht. 1606 kam er nach Oppenheim am Rhein und trat als Illustrator in den Reisebuchverlag Johann Theodor de Bry ein. Die Exaktheit seiner Arbeiten, das Gefühl für Raumaufteilung und Details machten ihn schnell bekannt.



Matthäus Merian der Ältere: Illustration des deutschen Malers und Leiters der Holzschneidekunst an der Kunstakademie Dresden Hugo Bürkner (1818–1897)

Bild: Hugo Bürkner

Der Kupferstich ist eine zeitaufwändige Technik des Tiefdruckverfahrens, die eine sichere Hand erfordert. Auf die ein bis drei Millimeter dicke, polierte Kupferplatte wird die Zeichnung seitenverkehrt aufgelegt. Mit einem Grabstichel ritzt der Kupferstecher nach der Vorlage feine Linien in das Metall. Eine Vielzahl der Linien und Schraffierungen fügt sich zu einem plastisch wirkenden Bild zusammen. Matthäus Merian zauberte mit dem Grabstichel poetische Landschaften, trutzige Burgen und Szenen aus dem Alltag in den kalten Untergrund. Wohlhabende bestellten Porträts von sich und ihrer Familie. Er stach Hochzeiten und Kindstaufen, Feste mit Feuerwerk und Anleitungen für Hebammen ebenso wie die Illustrationen für die Luther-Bibel. Ein Heer von Mitarbeitern wusste die Skizzen des Meisters auf Kupferplatten umzusetzen, als sei es ein Stück von ihm selbst.

Von einer Platte ließen sich etwa 200 Drucke auf dünnem Papier erzielen, ein lukratives Geschäft. Merian heiratete die Tochter seines Chefs und übernahm nach dessen Tod 1623 den Buchverlag, dessen Hauptsitz Frankfurt war.

Kupferstecher genossen nicht eben den besten Ruf, weil sie vieles „abkupferten“. Den berühmten Matthäus Merian hingegen nahmen die Frankfurter Stadtväter gern bei sich auf und verliehen ihm 1626 das Bürgerrecht. Merian revanchierte sich mit einem Bild vom „Römer oder Rathaus zu Frankfurt am Main“. Das Werk wird im Historischen Museum Frankfurt aufbewahrt.

Merian arbeitete eng mit dem reformierten Pfarrer Johann Ludwig Gottfried zusammen. Die Seelsorge für die Schäfchen seiner Gemeinde war Gottfrieds Sache nicht. Er ließ sich oft von Vikaren vertreten, um zu schreiben und lateinische Texte zu übersetzen. Mit ihm nahm Merian ein Großprojekt in Angriff, dessen erster von zwei Bänden 1631 erschien: „Gottfrieds historische Chronick oder Beschreibung der merckwürdigste Geschichte so sich vom Anfaang der Welt bis auf das Jahr Christi 1619 zugetragen“. Die Chronik war opulent mit Stichen geschmückt. Wie der Titel schon verriet, nahmen Skandale, Verbrechen, Hexenverbrennungen und unheimliche Himmelserscheinungen einen breiten Raum ein. Wer nicht lesen konnte, reimte sich die Geschichten aus den Illustrationen zusammen. Johann Wolfgang von Goethe soll dieses bombastische Werk sehr geschätzt und sich wohl auch daraus bedient haben.

Noch umfangreicher war das „Theatrum Europäum“, das ab 1633 erschien. Das Geschichtswerk, bestehend aus fünf Bänden mit jeweils 400 bis 1500 Seiten, hielt die blutigen Auseinandersetzungen zwischen den Habsburger Mächten und Spanien, der Katholischen Liga und der Protestantischen Union in Texten und 720 Kupferstichen fest. Vom Beginn des nicht enden wollenden Kriegs mit dem Prager Fenstersturz 1618 bis zum Westfälischen Frieden 1648 dokumentierte es die politischen und militärischen Ereignisse, „... eine Außführliche und Warhafftige Beschreibung aller und jeder denckwürdiger Geschichte: so sich hin und wieder in der Welt, fürnehmblich aber in Europa, und Teutschlanden, so wol im Religion- als Prophan-Wesen, ... sich zugetragen haben“.

Nach dem großen Erfolg des „Theatrum“ und der Gottfried-Chronik entschloss sich Merian zu einer Zusammenfassung seiner Arbeiten aus drei Jahrzehnten. Die „Topographia Germaniae“ erschien ab 1642 zunächst in 16 Bänden und war die umfangreichste Publikation der damaligen Zeit. Nach seinem Tod setzten seine Söhne Matthäus der Jüngere und Caspar das Werk fort und brachten es schließlich auf 30 Bände.

In seinen letzten Lebensjahren stach er den Basler Totentanz, den ein Unbekannter um 1440 auf die Mauer des Dominikaner-Friedhofs gemalt hatte. Gevatter Tod führt einen schauerlichen Reigen an, dem alle folgen müssen, ganz gleich, welchen Standes sie sind, König, Edelmann oder Bauer. Der Dance macabre war seit der ersten Pestepidemie, die aus Kleinasien kommend in Europa wütete, eine weit verbreitete sakrale Kunstform. Merians „zeitige Betrachtung seines Sterb-Ständleins“ geschah in weiser Voraussicht. Am 19. Juni 1650 starb der schon länger kränkelnde Künstler während einer Kur in Langenschwalbach (seit 1927 Bad Schwalbach). Seine große Begabung hat er vor allem einem seiner acht Kinder vererbt: Maria Sibylla Merian. Sie wurde durch ihre prachtvollen Stiche von Blumen und Insekten berühmt.

Klaus J. Groth

> Vor 425 Jahren kam der Chronist in Basel zur Welt

War die Novemberrevolution eine Revolution?

Sonderausstellung im Museum für Hamburgische Geschichte zu den Ereignissen vor 100 Jahren

In der betont föderalistisch strukturierten Bundesrepublik Deutschland nehmen sich diverse Landesmuseen der Novemberrevolution vor 100 Jahren an. Das gilt auch für das Museum für Hamburgische Geschichte. Das Besondere an dieser Ausstellung ist, dass die Frage aufgeworfen wird, ob die Novemberrevolution überhaupt eine Revolution war. „Revolution! Revolution? Hamburg 1918–1919“ lautet denn auch der Titel der Sonderausstellung, die noch bis zum 25. Februar im Museum am Holstenwall zu sehen ist.

Ein Flur führt zur schweren Glastür, hinter der sich die Ausstellung befindet. An den Flurwänden stimmen auf der linken Seite Repliken zeitgenössischer Plakate und auf der rechten 20 chronologisch geordnete Extrablätter des „Hamburger Fremdenblatts“ und der „Neuen Hamburger Zeitung“ aus den Wochen vor der Novemberrevolution auf die Thematik ein.

Betritt man dann die Ausstellung, fällt zweierlei auf. Da ist zum einen die Dunkelheit. Und da ist zum anderen der Umstand, dass die Ausstellungsstücke und deren Anzahl eher klein sind und das Gros der Exponate eher zweials dreidimensional. Da gibt es Bilder, Dokumente, Flugblätter und Plakate. Deshalb auch die schwache Beleuchtung zum Schutz vor dem Ausbleichen.

In den zwölf Abschnitten Militär, Akteure, Umland, Kommunikation, Gesundheit, Wirtschaft, Versorgung, Freizeit, Bildung, Familie, Demokratisierung und Unruhen erfährt der Besucher Umfassendes über die Geschehnisse, den zeitgenössischen Kontext und die Auswirkungen rund um die Revolution, die nur kurz währte und in Hamburg weitestgehend unblutig verlief. Es waren zehn Todesopfer bei Straßenkämpfen zu beklagen, was vergleichsweise als glimpflich gelten kann. Wie es überhaupt dazu kam, erklärt die Ausstellung anschaulich und bezieht dabei die Besucher aktiv ein.

Im Oktober 1918 starben tausende Hamburger an der Spanischen Grippe. Hinzu kamen die eklatanten Nahrungsmittelmängel aufgrund des Krieges, die vielen Kriegsversehrten und die durch den Hunger ansteigende Zahl der Tuberkuloseopfer. Ein erschütternder Film zeigt „Kriegzitterer“, zum Beispiel mit Krämpfen nach Verschüttung oder Granateneinschlag. Initiator des Films war der Neurologe Max Nonne, der die Kriegsversehrten im Allgemeinen Krankenhaus Hamburg-Eppendorf mit Hypnose behandelte – um sie möglichst schnell wieder fronttauglich zu machen. Kein Wunder, dass die Leute genug hatten.

Wie ein Korrespondenzprojekt zur Buchreihe „Das Echolot. Ein kollektives Tagebuch“, mit der Walter Kempowski eindrucksvoll vielen Einzelschicksalen des Zweiten Weltkriegs eine Stimme gegeben hat, erscheint ein Ausstellungsbereich mit Vitrinentischen, in denen Original-Tagebücher und -Briefe ausgestellt sind. Sorgfältig wurden die handschriftlichen Dokumente transskribiert und auf den Tischen als gedruckte Leseexemplare in Form von Papier, aber auch Holzblökken und Würfeln drapiert. Einige Auszüge kann man sich auch vorlesen lassen. Die Biografien der Betroffenen sind in schmalen Broschüren dargelegt.



Mit Exponaten und Elektronik: Vorstellung der Parteien

Bild: SHMH/Museum für Hamburgische Geschichte

Überrascht registriert der Besucher eine Wand mit Rezepten: Insgesamt 20 Rezepte, ab 1915 von der Hamburgischen Kriegshilfe veröffentlicht, stehen zum Mitnehmen zur Verfügung. Die Kriegshilfe hatte damit auf die Lebensmittelknappheit reagiert. Hier kann der Besucher Rezepte für Knochensuppe, Schnauzen und Pfoten, gebackene Kalbsfüße und dergleichen mitnehmen: „Die Kalbsfüße werden gekocht, bis sich die Haut gut von den Knochen löst ...“ Eine sehr ungewöhnliche und originelle Idee, die den krassen Gegensatz unserer von Fast Food geprägten Zeit des Überflusses zu jener von Not überschatteten Zeit vor 100 Jahren herausstellt.

Bei aller Not gab es auch im November 1918 Theater, Tanz, Kino und Dom, so heißt hier der Jahrmarkt, in Hamburg. Im Stadttheater wurde am 6. November der „Tannhäuser“ aufgeführt, und die Ausstellung präsentiert eine Aufnahme des Berichts des Intendanten über den Abbruch der Oper. Zu sehen ist auch die Notiz des Bratschisten in der Partitur, an welcher Stelle abgebrochen wurde.

Im Abschnitt Demokratisierung, der die freien, gleichen und geheimen Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 und zur Hamburgischen Bürgerschaft am 16. März 1919 thematisiert, werden die Kommunisten (KPD), die Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD), die Sozialdemokraten (SPD), die Deutschdemokraten (DDP), der Hamburgische Wirtschaftsbund (HWP), die Deutsche Volkspartei (DVP) und die Deutschnationalen (DNVP) vorgestellt. An elektronischen Pulten kann der Ausstellungsbesucher zu jeder der sieben zeitgenössischen Parteien Kernaussagen zu den sieben Politikbereichen Staat und Verfassung, Außenpolitik, Heereswesen, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Kulturpolitik und Frauenfrage abrufen. Geistreich und verblüffend ist das hier ebenfalls zu findende elektronische Spiel „Heute oder damals?“, in dem man raten kann, ob eine Aussage oder Forderung aus den Wahlkämpfen von 1919 oder aber aus dem Bundestagswahlkampf von 2017 stammt. Da vertut man sich schneller, als man denkt, und einem wird klar, dass die in der Ausstellung thematisierte Zeit uns gar nicht so fern ist.

Der letzte Ausstellungsabschnitt ist nicht etwa der begrüßenswerten Demokratisierung, sondern den beklagenswerten anschließenden Unruhen gewidmet. Hier steht auch bedrohlich eines der größten Exponate der Ausstellung überhaupt: ein auf einer Lafette montiertes leichtes Maschinengewehr vom sprichwörtlichen Typ 08/15.

Anschließend wird der Museumsbesucher schriftlich nach seiner Meinung gefragt. „Rechtfertigt Revolution Gewalt?“, „Im November 1918 hätte/wäre ich ...“, „Gesetze dürfen gebrochen werden, wenn/für ...“, „Ich wünsche mir mehr Mitbestimmung bei ...“, „Welche Ereignisse der letzten Jahrzehnte habe ich als revolutionär empfunden?“, „Revolutionär ist für mich ...“ oder „Ab wann ist Demokratie in Gefahr?“ – vorgedruckte Karten mit Raum für Antworten beziehungsweise Fortsetzungen der angefangenen Sätze liegen aus; eine große Wand lädt ein, die ausgefüllten Karten dort zu platzieren.

An der Ausgangstür stehen dann Wahlurnen, die den Ausstellungsbesucher zu einer letzten Stellungnahme per Stimmkarte gemahnen – und zwar zu der Gretchenfrage der Sonderausstellung: „Im Herbst und Winter 1918/19 gab es große Veränderungen. Gleichzeitig bestand Vieles fort: Was meinen Sie? War es eine Revolution?“ Die Ausstellung macht einem die Beantwortung der Frage nicht leicht.

Maren Schönfeld

Das Museum für Hamburgische Geschichte, Holstenwall 24, 20355 Hamburg, Telefon (040) 428132100, E-Mail: info@hamburgmuseum.de, ist montags und mittwochs bis freitags von 10 bis 17 Uhr sowie am Wochenende von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Begleitend ist ein umfangreiches Buch zur Ausstellung erschienen. Die Landeszentrale für politische Bildung Hamburg hat ein Materialheft zum Thema veröffentlicht.

Als das Sudetenland zum Reich kam

Vor 80 Jahren beendete das Münchner Abkommen die Sudetenkrise

„Peace for our time“ (Frieden für unsere Zeit) jubelte der britische Premierminister Neville Chamberlain nach der Unterzeichnung des Münchner Abkommens im September 1938. Dies gilt als Höhepunkt der Appeasement-Politik der Westmächte, mit der Adolf Hitler beschwichtigt werden sollte – die aber bereits im Folgejahr scheiterte.

Obwohl US-Präsident Woodrow Wilson in seinem 14-Punkte-Programm vom 8. Januar 1918 den Völkern Österreich-Ungarns vollmundig „die freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung“ verheißen hatte, wurden die Sudetendeutschen durch den Pariser Vorortvertrag für Österreich, den Staatsvertrag von Saint-Germain-en-Laye, zu Bürgern der neu gebildeten Tschechoslowakischen Republik (CSR) gemacht. Hierdurch blieb mehr als drei Millionen Deutschen das Selbstbestimmungsrecht verwehrt. Anschließend versuchte Prag, die kulturelle Identität der Deutschböhmen und Deutschmährer zu zerstören. Dazu kamen Enteignungen und eine anhaltende Diskriminierung der deutschen Minderheit, die sich deswegen immer wieder beim Völkerbund beschwerte.

Das führte naheliegenderweise zu Spannungen, die besonders dann zunahmen, als ab Oktober 1933 die Sudetendeutsche Heimatfront beziehungsweise Sudetendeutsche Partei (SdP) mit Rückendeckung der Nationalsozialisten mehr Autonomierechte einforderte – so wie sie die CSR schließlich vertraglich zugesichert hatte. Doch die Regierung in Prag zeigte sich weiter uneinsichtig und reagierte mit verschärften Repressionen durch Polizei und Militär. Dazu kam der ganz alltägliche Terror von Seiten tschechischer Nationalisten. Beispielsweise wurden allein im Mai 1938 drei Sudetendeutsche bei Übergriffen getötet und weitere 130 verletzt.

Ebenso betrieb Prag eine gegen Deutschland gerichtete Bündnispolitik. So bot die Tschechoslowakei, die immerhin 45 Heeresdivisionen besaß, Frankreich während der Rheinlandkrise von 1936 Waffenhilfe gegen Deutschlands „Rücken“ an. Unter Bezugnahme hierauf tönte der französische Luftfahrtminister Pierre Cot noch im Juni 1938, „dass gemeinsame Angriffe der französischen und der tschechischen Luftwaffe sehr schnell alle deutschen Produktionsstätten vernichten könnten“. Damit bildete die Tschechoslowakei eine latente strategische Bedrohung – sie fungierte tatsächlich, wie Cot es ausdrückte, als „Flugzeugträger“ gegen Deutschland.

Das alles veranlasste Hitler dazu, die Besetzung des Sudetenlandes sowie perspektivisch auch der „Rest-Tschechei“ ins Auge zu fassen. Den letzten Anstoß hierzu gab vermutlich die tschechische Teilmobilmachung vom 20. Mai 1938. Jedenfalls ließ Hitler zehn Tage später die Wehrmacht für den 1. Oktober in Bereitschaft versetzen. In seiner entsprechenden Weisung hieß es: „Es ist mein unabänderlicher Entschluss, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen.“ Eine solche Eskalation lag aber nicht im Sinne der maßgeblichen Politiker in London und Paris, welche die Juli-Krise des Jahres 1914 vor Augen hatten. Deshalb vermieden sie Scharfmacherei à la Cot und setzten lieber weiter auf ihre Appeasement-Politik. Diese zielte darauf ab, Hitler durch Zugeständnisse zu beschwichtigen und dadurch bewaffnete Konflikte zu vermeiden.

Hauptverfechter dieser Strategie war der britische Premierminister Neville Chamberlain. Er entsandte im August 1938 eine Kommission unter dem Sonderbotschafter Walter Runciman nach Prag, um die Möglichkeiten eines Ausgleichs zwischen Tschechen und Sudetendeutschen auszuloten, und traf sich dann am 15. September mit Hitler auf dessen Berghof bei Berchtesgaden, nachdem der deutsche Staats- und Regierungschef nun auch öffentlich mit dem Einmarsch in die CSR gedroht hatte. Während der Visite versprach Chamberlain seinem Gesprächspartner, jedwede Lösung des Problems der „Heimkehr“ der Sudetendeutschen ins Reich zu befürworten, „falls die Gewaltanwendung ausgeschlossen bleibt“. Zu diesem Zeitpunkt kannte der Premier sicher schon den Inhalt von Runcimans Bericht, der angesichts der Haltung Prags dringend empfahl, die Gebiete mit überwiegend deutscher Bevölkerung unverzüglich von der Tschechoslowakei abzutrennen und dem Reich anzugliedern.

Damit konterkarierte Chamberlain Hitlers Versuch, durch fortgesetzte Eskalation einen Casus Belli zu schaffen. Dieser politische Schachzug erforderte indes, den Verbündeten Tschechoslowakei nicht bedingungslos zu unterstützen. Das taten Großbritannien und Frankreich mit der Mitteilung, man werde der CSR keinen Beistand leisten, wenn sie die deutschen Forderungen ablehne.



Die Unterzeichner: Neville Chamberlain, Édouard Daladier, Adolf Hitler und Benito Mussolini (v.l.)

Bild: Bundesarchiv, Bild 183-R69173 / CC-BY-SA 3.0

Seine konkreten Bedingungen präsentierte Hitler beim zweiten Treffen mit Chamberlain am 22./23. September 1938 im Rheinhotel Dreesen bei Bonn: sofortige Abtretung des Sudetengebietes an Deutschland und Besetzung durch die Wehrmacht sowie eine baldige Volksabstimmung über die künftige staatliche Zugehörigkeit weiterer Teile der CSR. Das ging weit über die bisherigen Forderungen hinaus, weshalb die Zeichen nun auf Krieg zu stehen schienen.

Daher wurden in London bereits Luftschutzgräben ausgehoben, als Chamberlain das Unterhaus über die schwindenden Friedensaussichten informierte. Allerdings erhielt er während dieser Rede plötzlich die Nachricht, Hitler habe ihn und den französischen Premier Édouard Daladier nach München eingeladen, um dort unter Vermittlung des italienischen Ministerpräsidenten Benito Mussolini doch noch eine Lösung zu finden. Diese Zusammenkunft der vier Regierungschefs, an der kein tschechischer Politiker teilnahm, fand im neuen „Führerbau“ des „Braunen Hauses“ in der Arcisstraße statt und endete am 30. September 1938 gegen 1.30 Uhr mit der Unterzeichnung eines Abkommens, in dem Hitler letztlich genau das zugestanden bekam, was er verlangt hatte. Auf polnischen und ungarischen Druck hin wurden Zusatzprotokolle zum Abkommen verfasst, denen zufolge nicht nur die Grenzen der CSR zu seinen deutschen, sondern auch zu seinen polnischen und ungarischen Nachbarn entsprechend der Volkstumsverteilung verändert werden sollten.

„Appeasement“ wird heute als Schimpfwort verwandt, doch sollte man überlegen, ob der eigentliche Fehler der Siegermächte des Ersten Weltkrieges wirklich darin bestand, legitimen, dem Selbstbestimmungsrecht der Völker entsprechenden deutschen Forderungen in der NS-Zeit entsprochen zu haben, oder ob er nicht vielmehr darin lag, dies vorher, während der Weimarer Zeit unterlassen zu haben. Wolfgang Kaufmann

Der Generalissimus als Ehemann

Albrecht von Wallenstein ist als genialer Feldherr, brillanter Ökonom und cleverer Politiker bekannt, aber er war noch mehr

Vor 400 Jahren beging Albrecht von Wallenstein erstmals seinen Geburtstag im Dreißigjährigen Krieg. Wohl kein anderer Name ist mit diesem Krieg im kollektiven Gedächtnis derart verbunden wie der seine. Im Dreißigjährigen Krieg, dieser Urkatastrophe der europäischen Geschichte im Allgemeinen und der deutschen im Besonderen machte er Karriere. Der vor 435 Jahren, am 24. September 1583, in Hermanitz an der Elbe geborene Böhme brachte es bis zum Herzog von Friedland und Sagan, Herzog zu Mecklenburg, Fürst zu Wenden, Graf von Schwerin, Herr von Rostock, Herr von Stargard sowie zum Generalissimus der kaiserlichen Armee. Dass er Karriere machen würde, und das auch noch auf Seiten der Katholiken, war angesichts seiner Herkunft nicht zu erwarten gewesen.

Denn Wallenstein, der eigentlich Albrecht Wenzel Eusebius von Waldstein hieß, war zwar von Adel, entstammte aber einer protestantischen Familie mit einer vergleichsweise kleinen Grundherrschaft. Der Vater starb früh, und bald folgte seine Mutter ihrem Manne. Im zwölften Lebensjahr wurde Wallenstein Vollwaise. Sein Onkel wurde sein Vormund und ließ ihn zusammen mit dem eigenen Sohn ausbilden. An der protestantischen Akademie in Altdorf fiel er das erste Mal auf: Er wurde der Schule verwiesen, weil er einen Diener halb tot geprügelt hatte.

Sonst fiel er nicht weiter auf. Er unternahm die für junge Herren seines Standes übliche Reise nach Italien, studierte in Padua und Bologna, wurde Schildknappe beim Markgrafen von Burgau in Schloss Ambras – und trat dort zum Katholizismus über.

Ein Katholik, der Regens des Jesuitenkonvikts in Olmütz Veit Pachta, war es denn auch, der seine 1609 geschlossene erste Ehe mit der Witwe Lukrezia Nekesch von Landek vermittelte. Der Jesuit wollte damit verhindern, dass Lukrezia und damit auch ihr bemerkenswertes Vermögen in die Hände eines Protestanten fiel. Wallenstein verwaltete dieses Vermögen klug. So erwarb er damit riesigen Grundbesitz aus vom katholischen Landesherrn eingezogenen protestantischen Gütern. Wallenstein soll seine unwesentlich ältere erste Ehefrau – so die Aussagen von Zeitgenossen – mit Anstand und Galanterie behandelt haben. Als sie 1614 starb, ließ er sie mit großem Pomp in der Wallfahrtskirche von Stiep beisetzen und stiftete dazu noch ein Kartäuserkloster.

Auch Wallensteins zweite Ehefrau war eine gute Partie. Die bei der Eheschließung 1623 erst 22 Jahre alte Maria Elisabeth, genannt „Isabella“, Gräfin von Harrach, galt nicht nur als „anmuthig“, jung, hübsch, intelligent und gebildet, sondern war auch eine Tochter des kaiserlichen Ministers, Mitgliedes des Hofkriegsrates und Grafen Karl von Harrach zu Rohrau. Als das Paar 1623 heiratete, war da wohl schon eine ganze Menge Sympathie und die vertiefte sich. Wallenstein benahm sich seiner jungen Frau gegenüber keineswegs wie ein Landsknecht, im Gegenteil. Die Rechnungsbücher aus dieser Zeit zeigen, dass er sie mit allem verwöhnte, was für Geld zu haben war.



Zweimal verheiratet: Albrecht von Wallenstein Bild: CF

Von Liebe zeugt auch der Briefwechsel zwischen den beiden, der uns den vorgeblich so kühlen Mann in einem ganz anderen Licht zeigt. In seinem vierten Lebensjahrzehnt war er offenkundig ein Mann, der in einer jungen Frau Liebe erwecken konnte. Und mehr noch: Er schien ebenfalls zur Liebe fähig zu sein. In seinen Briefen an sie spricht er davon, wie sehr er sie vermisst und sorgt sich um sie und die Kinder, die ihrer Ehe entsprangen. Er war glücklich und stolz wegen des Söhnchens und betrauerte es sehr, als es starb. Dafür war dann die nach seiner Frau getaufte Tochter Maria Elisabeth sein Augenstern, er fragte in jedem Brief nach ihr, wollte immer wissen, wie sie sich entwickelte und womit sie sich beschäftigte, und man merkt, dass sie ihm sehr am Herzen lag.

Isabellas Briefe haben etwas Rührendes. Sie sorgte sich um ihren Ehemann, wenn er wieder krank war und malte aus, was sie tun würde, wenn sie nur bei ihm sein könnte. Sie würde „fleißig bei ihm sitzen“ und ihn trösten und umkümmern, und dann würde es ihm bestimmt bald besser gehen. Und Umschläge solle er machen und sich schonen. Sie bete jeden Abend für ihn, und dass er bald zu ihr zurück komme.

Leider hat sie nicht lange Gelegenheit gehabt, ihm ihre Liebe zu zeigen. Bereits ein gutes Jahrzehnt nach der Vermählung, am 25. Februar 1634, starb er in Eger durch die Hand kaisertreuer Offiziere, nachdem er dem Kaiser zu mächtig und bei diesem in Ungnade gefallen war.

Für Isabell und die kleine Maria Elisabeth begann eine schwere Zeit. Man hatte Wallenstein wegen „Verrats“ seine Titel und Güter abgenommen, nun verschleppte man Isabellas Erbforderungen. Erst als sie verarmt, verschuldet und resigniert war, wurden ihr zweieinhalb Jahre nach dem Tod des Gatten „aus christlicher Milde“ die Herrschaften Neuschloß und Böhmisch-Leipa zuerkannt, wo sie dann noch eineinhalb Jahrzehnte lebte. Sie ging keine weitere Ehe ein. Ihre Tochter heiratete Rudolf Freiherr von Kaunitz, doch ist über weitere Nachfahren des Aufsteigers Wallenstein nichts bekannt.

Sibylle Luise Binder



Bild: Mauritius

Moment der Woche

In Brügge setzten in diesem Sommer US-amerikanische Architekten der Firma Studio KCA mit einer 11,5 Meter großen Wal-Plastik aus Plastikmüll ein Zeichen gegen die bisher unaufhaltsam fortschreitende Verschmutzung der Ozeane durch Plastikmüll. Am vergangenen Wochenende startete von der kalifornischen Küste aus ein aufsehenerregendes Pilotprojekt zur Abfischung der Müllberge aus den Weltmeeren. Funktioniert die Methode, so soll nach den Plänen ihres Erfinders, eines jungen Niederländers, in den kommenden Jahren zunächst die oberflächlich schwimmende Müllhalde in einer riesigen Region zwischen Hawaii und Kalifornien beseitigt werden. *D.J.*

Kampf gegen den Müll auf dem Meer

»Brav sein rentiert sich nicht mehr«

Auszeichnung in Aachen: Der »richtige« zivile Ungehorsam wird gewürdigt

Die Maßstäbe verschieben sich. Aufrufe zum Gesetzesbruch und zur Gewalt sind inzwischen nicht mehr per se schlecht. Mitunter werden sie sogar ausgezeichnet und von höchsten Amtsinhabern empfohlen.

„Peng! ist ein explosives Gemisch aus Aktivismus, Hacking und Kunst im Kampf gegen die Barbarei unserer Zeit." So die Eigendarstellung der Berliner Vereinigung. Gern erklärt „Peng!", was ihrer Meinung nach in unserem Land so alles schiefläuft. Und da

Friedenspreis für Aktivisten »von unten«

der träge Bürger meist schwer von Begriff ist, kommt neben der Kunst auch die Tat nicht zu kurz. Die immer mehr der Erstinformation dienende, in punkto Meinungsbildung kaum zu überschätzende Online-Enzyklopädie Wikipedia formuliert, offensichtlich im Sinne von „Peng!", dass man hier „subversive Aktionskunst" entwickle, um „die Zivilgesellschaft zu mutigeren Kampagnen zu bewegen".

Faulheit oder Mangel an Ideen für Einsatzfelder und eben „Aktionen" kann man „Peng!" mit Sicherheit nicht vorwerfen. Da werden schon mal Initiativen des Bundesministeriums des Inneren erfunden – es ging darum, dass angeblich alle „in Seenot" Geratenen in Deutschland aufgenommen werden sollten – und auf erstaunlich professionelle Weise im Internet verbreitet. Die schlichteren, weil vielleicht weniger technisch oder künstlerisch begabten „Peng!"-Mitglieder begnügen sich mit Tortenangriffen, zum Beispiel auf die AfD-Politikerin Beatrix von Storch.

Satire, Kunst, veritable Gesetzesbrüche, physische Angriffe – im Deutschland des Jahres 2018 ist das alles gut, sofern es gegen die Richtigen geht. Als „ziviler Ungehorsam" wird das Ganze gewürdigt. Ist eigentlich auch jemand auf die Idee gekommen, die Demonstrationen wegen der am vorvergangenen Wochenende mit Dutzenden Messerstichen angegriffenen drei Chemnitzer, an deren Folgen einer gestorben ist, als „zivilen Ungehorsam" zu bezeichnen?

Der richtige „zivile Ungehorsam" muss natürlich gewürdigt werden. Und so war die Gruppe „Peng!" eine der beiden Auserwählten für den diesjährigen „Aachener Friedenspreis". Dieser versteht sich als „alternativ", auch in Abgrenzung zum „Karlspreis". Man will diejenigen auszeichnen, die „von ‚unten her' dazu beigetragen haben, der Verständigung der Völker und der Menschen untereinander zu dienen" sowie Feindbilder abzubauen. Was hiervon auf „Peng!" zutrifft, erschließt sich jedoch nicht so recht.

Die GEZ-finanzierten „Tagesthemen" nahmen die Preisverleihung zum Anlass eines beifallspendenden Berichts. Lob gab es für den Aufruf zur Fluchthilfe (so nebenbei im Urlaub soll man das tun), es wird sogar klar gesagt „zu einem Rechtsbruch". „700 Leute" seien dem Aufruf gefolgt, wie ein Vertreter des „Künstlerkollektivs Peng!" ausführt.

Dieter Spoo vom „Verein Aachener Friedenspreis" meint, „die braven Methoden, um Veränderungen herbeizuführen" würden nicht mehr greifen. Gesetzesbrüche scheinen erstrebenswert zu sein. Für das „Künstlerkollektiv" ohnehin, für den „Aachener Friedenspreis" und die „Tagesthemen" offenbar neuerdings auch. Im selben Beitrag erfährt man auch, dass „Peng!" unter anderem von Mitteln der Bundeskulturstiftung lebt, also offiziell unterstützt wird.

Welch fröhliche Urständ der Wahnsinn in Deutschland inzwischen zu feiern in der Lage ist, sieht man inzwischen allerorten. Den Tenor der – nicht vor Ort befindlichen oder sogar der „sozialen" – Medien aufnehmend, stellten Regierungssprecher und Bundeskanzlerin fest, dass es in Folge des Chemnitzer Mordes zu „Hetzjagden" auf Immigranten gekommen sei. Dass die ortansässige „Freie Presse" dem widersprach, später auch der sächsische Generalstaatsanwalt und der Präsident des Bundesverfassungsschutzes, interessierte zunächst nicht weiter. Die „Hetzjagd" passte ausgezeichnet ins gewünschte politische Bild. Ein kostenloses „Konzert gegen Rechts" wurde veranstaltet. „Feine Sahne Fischfilet", eine Band, die auch schon der damalige Justizminister Heiko Maas gut fand, trat auf.

Zu deren Repertoire gehören Texte wie: „Die Bullenhelme – sie sollen fliegen. Eure Knüppel

Lob von höchster Stelle für umstrittene Punkband

kriegt ihr in die Fresse rein". Oder auch die Gruppe „K.I.Z". Passend zur Messerstecherei singen sie: „Ich ramm die Messerklinge in die Journalistenfresse". Früher hätte man vielleicht diskutiert, ob derartige Zeilen bei öffentlichen Auftritten justiziabel sein könnten. Diese Frage stellt sich heute nicht mehr, wenn nur die politische Richtung stimmt. Nach Angaben des Veranstalters kamen 65 000 Besucher zum Konzert. Aufgerufen hatte auch der wohl prominenteste Fan dieser Bands: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. *Erik Lommatzsch*

Chemnitz als postdemokratische Lebensform

Der »Kampf gegen Rechts« nach immigrationsbedingten Verbrechen folgt einem aufreizend primitiven Reaktionsschema

Die immer gleiche Kampagne nach dem Mord eines Immigranten oder Asylsuchers an einem Deutschen ist einfallslos-infantil. Schockieren muss gerade daher, wie effektiv sie verläuft.

Wie eigentlich stellt sich „unsere" politische Klasse vor, soll man auf Monstrositäten wie den Chemnitzer Messermord angemessen reagieren? Trauer und ein paar Blumensträuße am Tatort dürfen wohl gerade noch sein. Darüber hinaus gilt offenbar Minister Schulenburgs Devise von 1806: Ruhe sei des Bürgers erste Pflicht.

Nun, ganz so eingeschnürt im alternativlosen Gesinnungskorsett wie viele westdeutsche Meinungseunuchen zeigten sich die Sachsen nicht. Äußerten sie doch tatsächlich Empörung angesichts einer faktischen Bankrotterklärung in Sachen Innere Sicherheit. Auch Wut über Verantwortliche, die das durch publizistische Nebelwände oder schöngepfeifferte Kriminalstatistiken zu bemänteln suchen. Oder dadurch, dass sie („Ost"-)Deutschlands weltweite Reputation per Nazi-Rufmord beschädigen.

Sie sind es satt, nach dem immer gleichen Prinzip von „Haltet den Dieb!" vom Wesentlichen abgelenkt zu werden, und gähnen bei der Dauerreplik auf Kritik: „Alles Nazis außer Mutti, Maas oder Göring-Eckardt." Sie sehen sich, vornehm ausgedrückt, veräppelt, wenn offizielle Stellen bei dem auf Chemnitz folgenden Köthener Todesfall peinlicherweise Entwarnung geben. Der 22-Jährige ist danach quasi ursachelos an Herzschwäche verendet. Oder sind alarmiert, wenn allein 2017 in der Kriminalstatistik 170 000 Zuwanderer als tatverdächtig gelten.

Ihr Protest war spontan und laut. Vermutlich war nicht alles Artikulierte stubenrein. Doch wer solche Forderungen stellt, an die er sich selbst nicht hält („Feine Sahne Fischfilet"), weiß, dass er damit (natürlich nur „rechte") Massenveranstaltungen generell torpediert. Auch wirkte Chemnitz, verglichen etwa mit den 68er Krawallen nach den Schüssen auf Benno Ohnesorg, fast gesittet wie ein Mädchenpensionat um 1900.

Ein paar Deppen sollen ihren Unmut per Hitler-Gruß bekundet haben, sofern sie nicht ein delikates Doppelleben als Agents provocateurs führen und zufällig ein RAF-Tattoo tragen. Doch was ist rechtsstaatlich bedenklicher: die Teilnahme einiger dubioser Gestalten am Trauerzug oder der Umstand, dass Antifanten das Demonstrationsrecht schlicht aushebeln, indem sie, von der Polizei unbehindert, die Kundgebung blockierten?

Was ist die illegale Veröffentlichung eines Haftbefehls, der das Versagen einer überforderten Verwaltung dokumentiert, gegenüber der zur Prävention verdienstvollen Offenlegung dieser Misere? Was sind ein paar böse Worte gegenüber solchen finsteren Taten? Sie schrumpfen zu Marginalien angesichts des Umstands, dass und wie oft in Deutschland mittlerweile öffentlich Menschen geschlachtet werden. Laut Polizeistatistik haben wir bei Mord und Totschlag inzwischen bereits 365 immigrierte Tatverdächtige pro Jahr, nachzulesen in „Tichys Einblick" vom 1. September 2018.

Alles sähe anders aus, wenn neben ein paar Pöbel- oder Rempeleien sich tatsächlich Pogrome abgespielt hätten. Aber die gibt es nur in den Propagandahirnen unserer Politiker und „eingebetteten" Medien. Man schrieb sie herbei, um vom Hauptereignis abzulenken, wie der (mittlerweile selbst gejagte) Chef des Bundesverfassungsschutzes, Hans-Georg Maaßen, wünschenswert deutlich durchblicken ließ. Gewiss hat man anschließend noch ein paar Zeugen herbeirecherchiert, die, wie seriös auch immer, das gewünschte antifaschistische Narrativ bestätigen sollen. Denn derartige Medien-Agitation zielt ja stets darauf ab, „falschen" Toten Aufmerksamkeit zu entziehen.

Das Merkel-Parteienkartell allein bestimmt, welche Opfer zelebriert werden. Es verbreitet die Foto-Ikone vom ertrunkenen syrischen Jungen am Mittelmeer, benennt Straßen nach Ermordeten, die man dem NSU zuschreibt, oder veranstaltet Gedenkminuten. Es legt fest, was „wahr", „falsch", legitime oder illegitime Instrumentalisierung ist. Und lässt dabei nicht mit sich spaßen. Als ein Hamburger Blogger eine Blutlache im Netz zeigte, die ein abgelehnter Asylbewerber hinterließ, der seine Frau massakriert und sein Kind enthauptet hatte, bekam er umgehend Besuch von Staatsanwaltschaft und Polizei, die seine sämtlichen Digitalgeräte beschlagnahmten. Der „wehrhafte" Staat verteidigt schließlich sein Medienmonopol an politischen Toten.

Und da rückten die bösen Chemnitzer nun eine Tat in den Fokus, die nach öffentlicher Empörung geradezu schrie. Also fuhr man die übliche Dampfwalze der Gegenpropaganda auf gemäß Franz Werfels Buchtitel „Nicht der Mörder, der Ermordete ist schuldig". Zumindest zur Ablenkung im Wahlkampf sollte das taugen. Und wann ist für diese „Elite", seit die AfD existiert, nicht Wahlkampf? So erweist sich auch Chemnitz als postdemokratisches Modell, selbst wenn diesmal einiges schieflief.

Immer das Gleiche: Linke Gegendemo in Chemnitz Bild: Imago

Denn die Beschuldigten wehren sich vehement. Polizei, Generalstaatsanwalt und sogar unser „oberster Verfassungsschützer", sonst gewiss kein Freund freier Meinung, widersprachen. Auch Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer zog die Reißleine einer Teildistanz zu Berlin, weil er sonst wohl die nächste Landtagswahl hätte abschreiben können. Ohnehin wirken Angela Merkel und ihre Claqueure seit Langem wie ein Regime in den letzten Zügen: beratungsresistent, abgeschottet von immer größeren Volksteilen, eingezwängt im ideologischen Bunker ihrer wahnhaften Weltsicht.

Könnte Chemnitz also ein Fehler zu viel gewesen sein, weil die Mehrheit solche desinformierenden Schauerszenarien nicht mehr schluckt? Skepsis ist angebracht. Denn solche Krisen gab es schon viele, und immer wieder haben sich die Weiterwurstler ihre Wahlstimmen irgendwie zusammengekratzt. Sie haben Hunderte einschlägiger Tötungen, das Amri-Attentat und, von Freiburg bis Kandel, eine zehnfache Menge von Notzuchtsfällen ungerührt ausgesessen. Auch ihre PR-Pannen sind Legion. Schon Kanzler Gerhard Schröder rief nach dem Anschlag auf die Düsseldorfer Synagoge den „Aufstand der Anständigen" gegen rechts aus. Täter waren jedoch zwei arabische Zuwanderer. Einer angeblich von Neonazis gequälten Hysterikerin aus Mittweida verlieh man, obwohl sie sich ein Hakenkreuz selber eingeritzt hatte und ohne das anhängige Gerichtsurteil abzuwarten, den „Preis für Zivilcourage". Eine ganze Regierungsriege pilgerte nach Sebnitz, wo Ewiggestrige angeblich einen Jungen ertränkt hatten – Fake News pur.

Die Zensurpolemik hat zwar den Bucherfolgen von Thilo Sarrazin, Heinz Buschkowsky oder Rolf Peter Sieferle („Finis Germania") nicht geschadet. Allerdings trugen Heiko Maas und andere gehörig dazu bei, die berufliche Existenz des türkischstämmigen Schriftstellers Akif Pirinçci durch verleumderische Zitatverdrehung weitgehend zu zerstören. Pirinçcis Verdienst bestand 2013 übrigens darin, am Beispiel eines Mords in Kirchweye auf den hiesigen unerklärten ethnischen Bürgerkrieg hingewiesen zu haben. Und als schlösse sich ein Kreis von trauriger Symbolik, hieß der damals von Fremdstäm-

Wer der Wahrheit zu nahe kommt, wird hart bestraft

migen Totgetrampelte ebenfalls Daniel.

In all diesen „Einzelfällen" lief ein stereotypes Agitationsschema ab. Jede Meldung eines spektakulären immigrationsbedingten Verbrechens zog umgehend Kampagnenpolemik gegen rechte Umtriebe nach sich, gefolgt von kostenintensiven Maßnahmen und Vorwürfen, wer dagegen spreche, verharmlose rechte Gewalt. Regierungsferne Statistiker könnten somit ein perverses Korrelationsgesetz erstellen zwischen dem Anstieg immigrationsbedingter Delikte und der wachsenden Zahl von Initiativen gegen rechts (samt Rufen nach verfassungsmäßiger Überwachung und Parteienverbot). Die einfallslos-infantile, gleichwohl unheimlich effektive Primitivität dieses Reaktionsschemas mag erschüttern wie die Gutgläubigkeit (akademisch) Verbildeter. Noch schockierender ist vielleicht, wie lange sich eine solche Herrschaftstechnik behaupten konnte und kann.

Günter Scholdt

Das Ostpreußenblatt



Nr. 38 – 21. September 2018

MELDUNGEN

Kanonen für die Festung Boyen

Lötzen – Die Stadt Lötzen hat sechs Repliken von Kanonen aus dem 19. Jahrhundert für die Festung Boyen gekauft, welche die historische Hauptattraktion der Stadt ist. Die Kanonen sind zum Schießen pyrotechnischer Ladungen geeignet. Die Festung Boyen entstand in den Jahren 1843 bis 1855 auf der Landenge zwischen dem Löwentin- und dem Kissainsee. Sie hatte die Aufgabe, den östlichen Zugang zu Ostpreußen zu blockieren. Nach dem Krieg dienten die Gebäude dem polnischen Militär, und heute ist es städtisches Gelände. *PAZ*

Badeverbote in Königsberg

Königsberg – Die Umweltbehörde „Rostrebnadsor" hat in Königsberger Gewässern eine Belastung mit giftigen Chemikalien festgestellt und ein striktes Badeverbote für den See Schönfließ ausgesprochen, an dessen Ufer ein giftig aussehender, türkisfarbener Film entdeckt worden war. Laboruntersuchungen ergaben, dass Phenol und Erdölrückstände sowie Ammonium in hoher Konzentration vorhanden waren. Das Überschreiten der Höchstwerte war gesundheitsgefährdend. In anderen Gewässern wurden Viren entdeckt, die Darminfektionen verursachen können. *MRK*

Pregel-Wels lässt grüßen

Neue Skulptur an der Königsberger Hohen Brücke erinnert an schweren Flussbewohner

Neben der restaurierten Hohen Brücke ist eine bronzene Wels-Skulptur aufgestellt worden, mit der an den Flussbewohner erinnert werden soll, der in einem der Brückenpfeiler gewohnt hat.

Die Hohe Brücke ist im Rahmen der Vorbereitungen zur Fußball-WM umfassend renoviert worden, und nun führt ein Fußgängerweg darüber, der das Pregelufer vor dem Fischdorf mit dem neuen Fußballstadion verbindet.

Im Juli 2016 wurde beim Beginn der Baumaßnahmen ein großer Wels im Pregel entdeckt, als Taucher die Brückenpfeiler untersuchen wollten. Allem Anschein nach hatte der Fisch schon lange dort gelebt und war über den Besuch der ungebetenen Gäste wenig erfreut (die *PAZ* berichtete). Es ist bemerkenswert, dass niemand zuvor den Wels bemerkt hatte. Er war erst entdeckt worden, als ein Taucher sich auf ein unter dem Brückenpfeiler befindliches Rohr gesetzt hatte. Als das Rohr sich plötzlich bewegte, wusste er gleich, dass es sich um irgendeinen Fisch handeln musste. Das Wasser war jedoch sehr trüb und so konnten die Taucher nur durch Berührungen die Abmessungen des Unterwasserbewohners bestimmen. Das Tier war zirka zwei Meter lang und etwa 200 Kilogramm schwer. Deshalb gingen die Spezialisten davon aus, dass es sich nur um einen Wels handeln konnte.



Vor allem bei Kindern äußerst beliebt: Neue Fischskulptur an der Hohen Brücke Bild: J.T.

Der ehemalige Gouverneur Nikolaj Zukanow hatte damals angekündigt, dass er höchstpersönlich den Wels jagen wolle, sollte er die Brückenbauarbeiten stören. Doch der aufgescheuchte Wels verschwand von selbst spurlos und behinderte die Arbeiten nicht, die Ende 2017 fertiggestellt wurden.

Doch die Geschichte von dem geheimnisvollen Pregelbewohner gefiel den Stadtbewohnern so gut, dass sie ihn vermissten. Deshalb kam in der Stadtverwaltung die Idee auf, eine Skulptur aufzustellen, die an den Wasserbewohner erinnern sollte.

Vor einiger Zeit schrieb die Stadt einen Wettbewerb aus für die beste Komposition, an der sich alle beteiligen konnten. Der Wettbewerb lief unter dem Motto: „Auf der Fontanka Tschischik-Pyschik, auf dem Pregel wird es einen Wels geben" (Die Fontanka ist ein Fluss in St. Petersburg, und Tschischik-Pyschik ist der Held eines berühmten Scherzlieds).

Die beste Figur wurde aus den Arbeiten von Kindern ausgewählt, die sich am Wettbewerb beteiligt hatten. Insgesamt hatten über 160 Menschen daran teilgenommen, die ihre Zeichnungen, Skulpturen aus Plastilin, Teig oder Pappmaché bei der Jury einreichten. Die Jury bestand aus Bauexperten, Bildhauern und Stadtbeamten. Pjotr Zoroastrow ging als Sieger hervor. Die Skulptur wurde von der Baufirma aus St. Petersburg finanziert, die auch die Hohe Brücke restauriert hatte. Die Bronzefigur mit einem Gewicht von 400 Kilogramm hat der Königsberger Bildhauer Andrej Schwedzow hergestellt. Er arbeitete ein halbes Jahr daran. Man entschied sich, der Skulptur ein Modell des Brückenhäuschens der Hohen Brücke, das sich ganz in der Nähe am anderen Pregelufer befindet sowie einen symbolischen Schlüssel hinzuzufügen.

Unter den Königsbergern hat sich bereits ein neuer Aberglaube breit gemacht: Wenn man das Maul des Fisches berührt, soll das Glück bringen. Deshalb leuchtet der vordere Teil der Skulptur nun in der Sonne. *Jurij Tschernyschew*

Konzept wird noch gesucht

Nach Richtfest für Erbbegräbniskapelle in Steinort: Nutzung als Hotel oder als Museum?

Im vergangenen Monat wurden auf dem Gut Steinort Kulturtage gefeiert. Kurz zuvor war das Richtfest der Erbbegräbniskapelle für die Familie von Lehndorff, die Besitzer des Gutes Steinort, aus dem Jahr 1855 gefeiert worden. Zur Sicherung des Gebäudes erhielt sie ein neues, vorerst provisorisches Dach. (Die *PAZ* berichtete).

In Steinort war die Familie von Lehndorff seit dem 16. Jahrhundert ansässig. Letzter Besitzer aus der Familie war Graf Heinrich von Lehndorff, der am Attentat vom 20. Juli 1944 auf Adolf Hitler beteiligt gewesen ist und dafür mit dem Leben bezahlte. Zum Gut der Familie gehörte auch eine Halbinsel zwischen Steinort- und Labansee, auf der die Begräbniskapelle der Familie und ein Friedhof angelegt wurden. Während Schloss Steinort nach 1945 als staatlicher landwirtschaftlicher Betrieb (PGR) genutzt wurde, blieb die Kapelle unbeachtet und wurde geplündert. Erhaltenswert ist sie dennoch, sagte sich Wolfram Jäger, der als Ingenieur die Polnisch-Deutsche Stiftung Kulturpflege und Denkmalschutz berät, die Schloss und Kapelle unter ihrer Obhut hat. „Der achteckige Bau mit seiner Kuppel entstand nach Plänen von Friedrich August Stüler, einem damals maßgebenden Berliner Architekten und Schüler von Friedrich Schinkel", so der Progessor. Die Wände sind bis heute stabil; erst vor wenigen Jahren drang wegen fehlender Dachdeckung Wasser ein und richtete erste Schäden an. Eine Nachnutzung ist also aus statischer Hinsicht sehr gut möglich.

Wie groß der Schaden am Dach war, zeigte sich bei Beginn der Arbeiten. Paul Neumann, Zimmermann von der Gesellschaft Freie Vogtländer Deutschlands und Leiter bei der Notsicherung, schilderte die Situation: „Am Anfang sollte vor Ort gearbeitet werden. Der Zustand einiger Balken war aber so schlecht, dass wir aus Sicherheitsgründen entschieden, den Dachstuhl komplett abzubauen, seine etwa 140 Einzelteile auszubessern oder zu ersetzen und ihn danach wieder neu zu errichten."

Ohne die Hilfe regionaler Bauunternehmen und der Gemeinde Angerburg, auf deren Gebiet Steinort liegt, hätten die Arbeiten nicht durchgeführt werden können. Dazu gehörte unter anderem die Verbreiterung und Stabilisierung des Zufahrtswegs zur Grabkapelle für den Transport der Dachstuhlteile. Angerburgs Vizebürgermeister Andrzej Lachowicz kündigte beim Richtfest an, dass im Sommer Rodungsarbeiten geplant sind, um den Friedhof um die Kapelle herum freizulegen.



Nach getaner Arbeit: Zimmerleute beim Richtfest Bild: U.H.

Diese lokalen Einbindungen sind auch wichtig für die Zukunft der Gebäude.

„Die Kapelle ließe sich etwa als Seglerkapelle nutzen. Wir haben das frühere Kreuz deshalb wieder auf dem Dach angebracht", erklärte Jäger. Für Schloss Steinort ist die Lage problematischer. Zwar ist das Gebäude von oben und unten baulich gesichert, es eignet sich aber nicht als Objekt für eine private Investition. „Um eine Nutzung etwa als Hotel zu ermöglichen, müsste man im Inneren einiges unwiederbringlich zerstören", so Jäger, „und das wollen weder die Polnisch-Deutsche Stiftung Kulturpflege und Denkmalschutz noch die Familie Lehndorff".

Das Nutzungskonzept des Schlosses Steinort mit einem Museum zur Geschichte des Gebäudes und der Familie von Lehndorff sowie zur Rolle des Ortes in der Geschichte wird also weiterhin diskutiert. Ein Besuch der Bautechniker-Schule in München in Schloss Steinort Ende Juli sowie eine Kulturwoche Anfang August haben das Interesse der Öffentlichkeit weiter und wieder auf das Gebäude gerichtet. Und das ist gut so, denn nur im Rahmen einer öffentlichen Entscheidungsfindung und Kooperation ist eine Lösung für das Gebäude denkbar. *Uwe Hahnkamp*

Unter'm Himmel

Heilsberger Amphitheater ist eröffnet

Der Stadt Heilsberg wurde Anfang August das renovierte Amphitheater zur Nutzung übergeben. Die Modernisierung des Objekts sollte eigentlich schon früher stattfinden, aber es fehlten die Mittel. Die Förderung für die Projektumsetzung wurde erst vor Kurzem vom Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) im Rahmen des regionalen Operationsprogramms der Woiwodschaft Ermland-Masuren für die Jahre 2014 bis 2020 bewilligt.



In schönem Ambiente: Amphitheater bei der Heilsberger Burg Bild: E.G.

Der Grundstein für das Amphitheater wurde im Mai 2017 gelegt. Das Objekt befindet sich in einem schönen Ambiente der Heilsberger Burg sowie der beiden Flüsse Alle und Simser. Die Revitalisierung des Bauwerkes war das Ergebnis eines Projekts unter dem Titel „Sozial-berufliche Aktivierung durch die Modernisierung des Amphitheaters und den Bau des Ermländischen Handwerks- und Kulturzentrums". Die Gesamtkosten belaufen sich auf 2,5 Millionen Euro und die Förderung aus dem EU-Regionalfonds betrug 2,1 Millionen Euro.

Diese Investition umfasst nicht nur die Modernisierung des Amphitheaters selbst, sondern auch den Bau des Ermländischen Kulturzentrums, das nicht nur als Backstage-Bereich mit Garderoben und Toiletten, sondern auch als ein Treffpunkt für lokale Künstler dienen soll.

Das renovierte Amphitheater besitzt eine Bühne mit Dach, Bühnenbeleuchtung und Beschallung. Die Zuschauerränge bieten 2250 Sitzplätze. Mit einer solchen Ausstattung wird das Amphitheater zum Schauplatz vieler Veranstaltungen. Für den 15. Juni 2019 plant der Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren, dort das Ostpreußische Sommerfest durchzuführen. *Edyta Gładkowska*



ZUM 102. GEBURTSTAG

Merkert, Frieda, geb. **Haase**, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 21. September

ZUM 100. GEBURTSTAG

Hattan, Gertrud, geb. **Follmann**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. September

ZUM 99. GEBURTSTAG

Darge, Hildegard, geb. **Dannenfeld**, aus Lyck, Lycker Garten 53, am 25. September
Ludwanowski, Ella, geb. **Wagner**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 27. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Friedrich, Waltraud, geb. **Terziak**, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 27. September
Karrasch, Gerda, geb. **Specka**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 22. September
Kling, Helene, geb. **Brinkmann**, aus Lyck, Danziger Straße 12, am 27. September
Kutz, Iris, geb. **Pflaumbaum**, aus Schellendorf, Kreis Ebenrode, am 24. September
Marzinzig, Hildegard, geb. **Effenberger**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 139/140, am 22. September
Meller, Erika, geb. **Michaelis**, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 22. September
Steffens, Sophie, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 26. September
Wöckner, Hedwig, geb. **Krüger**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 26. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Ketelhake, Hildegard, geb. **Bardeck**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 23. September
Schilling, Gernot, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 25. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Banaski, Walter, aus Martinshagen, Kreis Lötzen, am 21. September
Döbbeling, Herta, geb. **Kowalewski**, aus Lyck, Steinstraße 13, am 26. September
Heller, Gertrud, aus Krattlau, Kreis Fischhausen, am 22. September
Knothe, Frieda, geb. **Brozio**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 26. September
Milkuhn, Renate, geb. **Tomeschat**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 26. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Böttcher, Hildegard, geb. **Kulessa**, aus Selmenthöhe, Kreis Lyck, am 27. September
Czichy, Ulrich, aus Lyck, am 21. September
Heerde, Traute, geb. **Bergatt**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 21. September
Hinz, Lothar, aus Neufrost, Kreis Elchniederung, am 23. September
Romani, Gertrud, geb. **Browarzik**, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 21. September
Thiel, Ruth, aus Gutenborn, Kreis Lyck, am 25. September
Wüsthoff, Gerda, geb. **Hetz**, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 21. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Dams, Helmut, aus Noiken, Kreis Elchniederung, am 24. September
Gräf, Lydia, geb. **Holzlehner**, aus Talken, Kreis Lyck, am 22. September
Gross, Gudrun, geb. **Hilger**, aus Dullen, Kreis Treuburg, am 25. September
Grundei, Ursula, geb. **Sachs**, aus Fischhausen, am 23. September
Harder, Christa, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 21. September
Heinzel, Lieselotte, geb. **Matzick**, aus Cranz-Rosenen, Kreis Fischhausen, am 25. September
Krüger, Walter, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 21. September
Kunz, Dora, aus Kobbelbude, Kreis Fischhausen, am 22. September
Lingat, Liesbeth, aus Rokitten, Kreis Elchniederung, am 24. September
Pfennig, Werner, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 27. September
Rogowski, Otto, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 26. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Annutsch, Walter, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 27. September
Altrock, Frieda, geb. **Sziegat**, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 23. September
Buttgereit, Heinz, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 27. September
Daniel, Fritz, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 24. September
Kukla, Gerhard, aus Müllersbrück, Kreis Treuburg, am 23. September
Meyer, Hildegard, geb. **Pyko**, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 22. September
Niehus, Elfriede, geb. **Radzik**, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, am 24. September
Werner, Waltraud, geb. **Lyhs**, aus Treuburg, am 25. September
Wysotzki, Gottfried, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 23. September
Zehrt, Hans, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 21. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Diebowski, Kurt, aus Lyck, Bismarckstraße 52, am 27. September
Hein, Johanna, geb. **Salamon**, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 27. September
Heinacher, Paul, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 24. September
Kuhr, Waltraut, geb. **Böhnke**, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, am 24. September
Muczenski, Richard, aus Weißhagen, Kreis Lyck, am 24. September
Niemann, Ulrike, geb. **Grintsch**, aus Ortelsburg, am 21. September
Piaszenski, Bruno, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 24. September
Radau, Heinz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 27. September
Richter, Siegmund, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 25. September
Schwetlick, Günter, aus Großschmieden, Kreis Lyck, am 25. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bernhardt, Irmgard, geb. **Saborowski**, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 24. September
Boysen, Gertrud, geb. **Hoyer**, aus Preußisch Wilten, Kreis Bartenstein, am 16. September
Huwe, Siegfried, aus Grünau, Kreis Lötzen, am 22. September
Janzon, Walter, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, am 25. September
Jung, Gerda, geb. **Wenzel**, aus Bürgerhuben, Kreis Elchniederung, am 26. September
Knobloch, Anneliese, geb. **Blasko**, aus Treuburg, am 23. September
Köning, Christel, geb. **Duchna**, aus Neidenburg, am 25. September
Nissen, Dagmar, geb. **Schliepe**, aus Lyck, am 23. September
Pfennig, Lieselotte, geb. **Marius**, aus Lyck, Danziger Straße 14, am 27. September
Schimpf, Gertrud, geb. **Schmidt**, aus Draheim, Kreis Treuburg, am 23. September
Schulze, Richard, aus Ringlacken, Kreis Wehlau, am 24. September
Tribuleit, Hanna, geb. **Gutzeit**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 22. September
Völzke, Waltraut, geb. **Burkandt**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 23. September
Waschk, Gerda, geb. **Wawrzyn**, aus Walden, Kreis Lyck, am 23. September
Werner, Gerda, geb. **Beyer**, aus Wohren, Kreis Ebenrode, am 25. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Blech, Kurt, aus Rehbusch, Kreis Ebenrode, am 22. September
Bruderreck, Alfred, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 22. September
Gellert, Elfriede, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 22. September
Gerards, Hans, aus Lyck, Blücherstraße 9a, am 24. September
Grützmacher, Fritz, aus Steinhalde, Kreis Ebenrode, am 23. September
Hennig, Rudi, aus Hasenberg, Kreis Wehlau, am 25. September
Holzke, Christa, geb. **Lück**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 27. September
Koslowski, Hermine, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 27. September
Krause, Edeltraut, geb. **Zellmer**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 27. September
Kürschner, Martha, geb. **Faak**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 23. September
Langecker, Winfried, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 27. September
Plaumann, Günter, aus Ortelsburg, am 22. September
Schäfer, Gertrud, geb. **Thäsler**, aus Lötzen, am 24. September
Sontowski, Kurt, aus Jeromin, Kreis Ortelsburg, am 21. September
Teller, Renate, geb. **Heinrichs**, aus Wehlau, am 23. September
Walt, Erna, geb. **Grikus**, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, am 26. September
Wielk, Heinz, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 24. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Deichmann, Frieda, geb. **Szogas**, aus Lengen, Kreis Ebenrode, am 21. September
Dombrowski, Ewald, aus Groß Leschienen, Kreis Ortelsburg, am 27. September
Duschneit, Walter, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 23. September
Dusny, Günter, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 22. September
Eckhardt, Fritz, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 26. September
Fricke, Helgard, geb. **Meißner**, aus Schwalg, Kreis Treuburg, am 24. September
Gesk, Winfried, aus Groß Kessel, Kreis Johannisburg, am 22. September
Glang, Gertrud, geb. **Pehl**, aus Kühnbruch, Kreis Wehlau, am 27. September
Guttzeit, Berthold, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 25. September
Herrmann, Horst, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 22. September
Jorsik, Eitel, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, am 23. September
Laaser, Gertraud, geb. **Marsat**, aus Leegen, Kreis Ebenrode, am 25. September
Lösche, Gotelinde, geb. **Jackstien**, aus Wehlau, am 25. September
Nahrun, Brigitte, geb. **Bauemann**, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 25. September
Perrey, Wilhelm, aus Erlenrode, Kreis Elchniederung, am 21. September
Piassek, Werner, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 21. September
Piechot, Helmut, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 21. September
Renken, Brigitte, geb. **Beyer**, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 26. September
Rother, Dorothea, geb. **Lohrenz**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 24. September
Schaak, Reinhard, aus Hoheneiche, Kreis Elchniederung, am 21. September
Schmid, Ella, Edeltraut, geb. **Kopka**, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 24. September
Schröder, Hans-Joachim, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 23. September
Schütte, Helga, geb. **Dagott**, aus Paggehnen, Kreis Fischhausen, am 22. September
Siegemund, Ilse, geb. **Krooß**, aus Ebenrode, am 21. September
Sistenich, Christel, geb. **Rettkowski**, aus Ohmswalde, Kreis Ortelsburg, am 21. September
Sölter, Walter, aus Wehlau, am 27. September
Stawinski, Theodor, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 23. September
Stenzeleit, Günter, aus Berkeln, Kreis Elchniederung, am 27. September
Wegelin, Günter, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 25. September
Zachrau, Fritz, aus Pojerstieten, Kreis Fischhausen, am 25. September

ZUM 75. GEBURTSTAG

Gottschalk, Sieglinde, aus Zimmerbude, Kreis Fischhausen, am 26. September
Hänsel-Gewitsch, Iris, aus Königsberg, am 24. September
Krauß, Gottfried, aus Tilsit, am 23. September
Lemke, Hubertus, aus Kringitten, Kreis Fischhausen, am 27. September
Lippke, Gernot, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 26. September
Rudat, Günter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 23. September
von Gehren, Reinhard, aus Bolken, Kreis Treuburg, am 27. September
Wöbke, Dr. Bernd, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 26. September

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Ehrung für Junker

Bei angenehmem Sommerwetter trafen sich am 9. und 10. September die Angerburger und deren Nachkommen in der liebenswerten Kreisstadt Rotenburg (Wümme) zu den 64. Angerburger Tagen. In Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste aus Politik und Vertreter befreundeter Kreisgemeinschaften hielt Bürgermeister Andreas Weber von der Stadt Rotenburg (Wümme) die Festansprache. Der Bürgermeister ging auf die Situation im Landkreis Rotenburg (Wümme) nach 1945 ein. Dort haben 1951 etwa 26 000 Vertriebene im Altkreis Rotenburg (Wümme) gelebt, die Mehrzahl davon aus Ost- und Westpreußen. Für die Menschen musste Wohnraum geschaffen werden, sie mussten in ihrer neuen Heimat Akzeptanz finden und gleichzeitig die Erinnerung an die alte Heimat wachhalten. Besonders Oberkreisdirektor Helmut Janßen hat diese Zeit stark geprägt. In seiner Ansprache regte der Bürgermeister eine Partnerschaft zwischen den Städten Rotenburg (Wümme) und Angerburg (Węgorzewo) an, denn solche Partnerschaften innerhalb Europas sind wichtiger denn je.

Zu Beginn der Feierstunde überreichte Landrat Hermann Luttmann der stellvertretenden Kreisvertreterin Brigitte Junker im Namen des Bundespräsidenten die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Bereits seit 35 Jahren engagiert sich Brigitte Junker für Angerburg und Ostpreußen, unter anderem als Schatzmeisterin der Kreisgemeinschaft Angerburg. Von 1994 bis 2013 war sie Vorstandsmitglied und seit 2014 Mitglied des Stiftungsrates der Ostpreußischen Kulturstiftung, die das Landesmuseum in Lüneburg und das Kulturzentrum in Ellingen unterhält. 2006 wurde Brigitte Junker mit dem Goldenen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet. Im Namen der Kreisgemeinschaft Angerburg gratulierte Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski Brigitte Junker zu dieser besonderen Ehrung durch den Bundespräsidenten und dankte ihr für ihr außergewöhnliches Engagement für Angerburg und die Verständigung mit den heutigen Bewohnern in der Heimat.

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 15

TERMINE DER LO

2018

8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
2. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
3. bis 4. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal
12. bis 15. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html.

Zusendungen für Ausgabe 40

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 40/2018 (Erstverkaufstag: 5. Oktober) bis spätestens Mittwoch, 26. September an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, z. Hd. Frau Christiane Rinser-Schrut, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 14

BARTENSTEIN



Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Telefon (09349) 929252, Fax (09349) 929253, E-Mail: csgroeben@gmx.de.

Heimatkreistreffen

Am 31. August, dem Vortag des Treffens, fand vormittags eine Besprechung des Vorstands im Stadtarchiv statt, um über die Zukunft der Heimatstube und die damit verbundenen Vorbereitungen informiert zu werden. Bürgermeister Onkes hatte dem Vorsitzenden am 30. August erklärt, dass mit Neubau/Umzug des Archivs sicherlich erst 2021/22 oder später zu rechnen sei. Am Nachmittag fand die übliche Vorstandssitzung des Erweiterten Vorstands statt.

Das Kreistreffen begann dann am Sonnabend mit der Kranzniederlegung an den Gedenksteinen bei den Berufsbildenden Schulen und einer kurzen Gedenkrede des Vorsitzenden: „Dies ist für uns inzwischen ein vertrauter Ort des Erinnerns geworden: Wir versammeln uns hier, um denen eine Stimme zu geben, die vor über sieben Jahrzehnten verstummen mussten. Wir wissen aber auch, dass seither jeder Tag vielen Menschen neues Unheil bringt, dass Gewalt, Krieg und Unrecht täglich ihre Beute finden. Andererseits wundern wir uns, dass friedensverwöhnte Jugendliche verständnislos und gleichgültig über unsere Erinnerungen hinweghören. Passen wir überhaupt noch in diese Zeit und dürfen wir noch an das Unrecht vor über 70 Jahren erinnern? Wir dürfen es nicht nur, wir müssen es tun; das sind wir den Opfern schuldig. Heute wird täglich über Flüchtlinge – neudeutsch Geflüchtete – gesprochen. Damit sind aber wir nicht gemeint, und wir kommen in den heutigen Debatten nicht mehr vor, da wir stören. Wir haben in den letzten Jahrzehnten immer gestört! Empören kann sich mancher darüber, dass wir mit denen verglichen werden, die in den letzten Jahren und auch künftig in unser Land strömen. Aber diese Vergleiche passen nicht, denn wir kamen damals als Deutsche zu Deutschen und als Christen zu Christen. Wir lebten unter dem gleichen Recht mit gemeinsamer Geschichte, Kunst und Kultur. Trotzdem gab es damals keine ‚Willkommenskultur' für uns, und wir mussten uns arrangieren und haben unser zerstörtes Vaterland gemeinsam aufgebaut. So legen wir heute wieder einen Kranz nieder und erinnern beispielhaft an die gefallenen Soldaten des Bartensteiner GrenRgt 44 und an die vielen Menschen, die auf der Flucht, bei Vertreibung und Verschleppung ums Leben kamen.

Ich fand kürzlich den Text auf einer Gedenktafel mit dem Bekenntnis der Heimatvertriebenen, das bis heute Aktualität hat: Zum Gedenken der Toten aller Kriege und der Opfer von Flucht und Vertreibung in aller Welt.

Zum Gedenken an jene, die Leid und Not der Vertreibung durchstanden, sich nicht entmutigen ließen und sich aktiv für den Wiederaufbau sowie für die Wahrung und Einbringung des geistigen und kulturellen Erbes ihrer Heimat einsetzten und die heute nicht mehr unter uns sind.

Zugleich als Mahnung und Verpflichtung zu Frieden, zur Versöhnung und Verständigung unter den Menschen wie unter den Völkern!“

Das Angebot, die Heimatstube zu besuchen, wurde von vielen Heimatfreunden wahrgenommen.

Gleichzeitig füllte sich bis zum Mittag unser Versammlungssaal in der „Krone“ mit bis zu 60 fröhlichen, erwartungsvollen Besuchern. Nach dem Mittagsbuffet berichtete der Vorsitzende über das abgelaufene Jahr mit diversen Reisen nach Ostoreußen und über die Vorstandssitzung am Vortag. Sorge mache insbesondere, dass in zwei Jahren die Amtszeit des aktuellen Vorstandes ausläuft und sicherlich nicht mehr zehn Personen für einen neuen Erweiterten Vorstand (früher Kreistag) gefunden werden. So wird an eine Satzungsänderung gedacht, in der nur noch ein „Notvorstand“ den Bestand der HKG und die Herausgabe von UB sicherstellt und den Umzug der reduzierten Heimatstube in ein neues Archivgebäude organisiert. Dazu nannte der Vorsitzende die Namen von drei anwesenden jüngeren Nachkommen.

Hilma Klause aus Celle hat uns bei der Einweihung des wiedereröffneten Landesmuseums in Lüneburg vertreten und berichtete begeistert von diesem Tag – zum Beispiel vom Bartensteiner Orgel-Professor Blarr – und der überwältigenden Ausstellungen in neugestalteten Räumen.

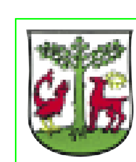
Wegen eines fehlenden Kabels musste der für 14 Uhr angekündigte Vortrag von Viktor Haupt über Schippenbeil durch die Filmvorführung („Maireise Hupfer“ nach Ostpreußen) von Manfred Eckert ersetzt werden.

Um 15 Uhr erschien der Nienburger Bürgermeister Henning Onkes, um mit einem Sektempfang auf die 60-jährige Patenschaft der Stadt Nienburg mit den Städten des ehemaligen Kreises Bartenstein anzustoßen. Mitgebracht hatte er den ehemaligen MdL Jan Ahlers, der musikalisch die ganze Gesellschaft zum Mitsingen und Schunkeln anregte. Auch das Kuchenbuffet wurde von ihm musikalisch begleitet, sodass es schwierig wurde, zu dem Vortrag über Schippenbeil wieder in den großen Saal zu wechseln. Der Vorsitzende versprach aber, Jan Ahlers zum nächsten Kreistreffen am 7. September 2019 einzuladen.

Der anspruchsvolle Vortrag von Viktor Haupt konnte anschließend nachgeholt werden. In einem Streifzug durch die Geschichte Schippenbeils erklärte er viele Einzelheiten und Zusammenhänge von den Anfängen der Ordenszeit bis zum Jahr 1945.

Mit viel Optimismus, auch im nächsten Jahr dabei zu sein, verabschiedeten sich die Heimatfreunde, wobei doch noch eine große Anzahl den Abend in Nienburg ausklingen ließ. *C.v.d.G.*

BRAUNSBERG



Kreisvertreterin: Manuela Begett, Virchowstraße 46, 44536 Lünen, Tel.: (02306) 21236, E-Mail: manuela.begett@t-online.de. Stellvertretender Kreisvertreter: Ferdinand Schrade. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, Frau Jostenmeier, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Heimatkreistreffen

Münster – Sonnabend, 29., ab 15 Uhr, und 30. September, Johanniter-Akademie, Weißenburgstraße 60–64, 48151 Münster: Jahreskreistreffen der Kreisgemeinschaft Braunsberg, am Sonnabend, 29. September, 15 Uhr: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Begrüßung, Tätigkeitsbericht der Kreisvertreterin Manuela Begett, Kassenbericht der Schatzmeisterin Gertrud Arendt, Bericht der Kassenprüfer, Aussprache zu den Berichten, Verschiedenes, ab 18 Uhr: gemeinsames Abendessen; 19 Uhr: Begegnungen, Gespräche, geselliges Beisammensein.

Sonntag, 30. September, 8.30 Uhr: Gottesdienst in der Heilig-Geist-Kirche, 10.30 Uhr: festliche Stunde in der Johanniter-Akademie, mit Festvortrag von Dr. Christopher Spatz „Nur der Himmel blieb derselbe – Ostpreußens Hungerkinder“, Empfang durch die Patenstadt Münster, gemeinsames Mittagessen, Ausblick auf die weitere Arbeit – Ausklang des Tages.

Zimmerreservierung direkt bei der Johanniter-Akademie, Ansprechpartnerin: Frau Schwarze, Telefon (0251) 97230145, E-Mail: gaestehaus@johanniter.de.

ELCH-NIEDERUNG



Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Heimatgruppe

Hamburg – Dienstag, 25. September und 4. Dezember, 14 Uhr, Berenberg-Gossler-Haus, Bürgerhaus für Nienburg e.V., Niendorfer Kirchenweg 17: Treffen. Gäste sind immer herzlich willkommen. Informationen erteilt Helga Bergner, Telefon (040) 5226122.

HEILIGENBEIL



Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 84224, E-Mail: schmidt.ploessen@gmx.de, Erster Stellvertretender Kreisvertreter: Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Hauptkreistreffen

Am 1. und 2. September fand in Burgdorf im Hotel Haase unser diesjähriges Hauptkreistreffen statt. Viele Landsleute aus dem gesamten Kreis Heiligenbeil und zahlreiche Ostpreußenfreunde nahmen daran teil. Vor dem eigentlichen Treffen wurde unser traditionelles Matjesessen veranstaltet. 50 Teilnehmer konnten wir vermelden. Es werden erfreulicherweise jedes Jahr mehr. Am Sonnabendvormittag gedachten wir an unserem Gedenkstein im Stadtpark von Burgdorf in großer Runde der verstorbenen Landsleute und unserer unvergessenen Heimat Ostpreußen. Der 1. stellvertretende Kreisvertreter, Christian Perbandt, hielt nach einer Begrüßung und einleitenden Worten des Kreisvertreters eine gefühlvolle Rede an die versammelten Ostpreußenfreunde. Nach der Rükkehr ins Hotel Haase folgte die Mitgliederversammlung, geleitet von dem Kreisvertreter, Bernd Schmidt. Die Mitgliederversammlung war gut organisiert und fand den Beifall der Mitglieder. Diverse wichtige Punkte wurden angesprochen. So stellte der Kassenwart, Arnold Hesse, den Kassenbericht per 31. Dezember 2017 vor und berichtete über den derzeitigen Spendeneingang. Im Anschluss verlas die Kassenprüferin, Anja Reyentanz, den Kassenprüfbericht, der in allen Punkten positiv ausgefallen war. Ohne Probleme konnten für das kommende Jahr drei neue Kassenprüfer gewählt werden. Folgende Ehrungen wurden vorgenommen: Brunhilde Schulz und Siegfried Schulz erhielten unter Beifall der Anwesenden die goldene Ehrennadel der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil. Sie wurden damit für ihre beispielhafte Arbeit geehrt; denn seit vielen Jahren sind sie unermüdlich für ihre Landsleute und unsere unvergessene Heimat tätig. Nach Beendigung der Mitgliederversammlung ging man dann zum gemütlichen Teil des Tages über. Es wurde plachandert, gescherzt und gelacht. Am Nachmittag fand in einem separaten Raum das auch schon traditionelle Sondertreffen der Besucher aus Zinten und Zinten-Land in großer Runde statt. Es war wie immer von Viola Reyentanz und ihrer Tochter Anja liebevoll organisiert. Jeder merkte, mit wie viel Liebe man hier für die ostpreußischen Freunde geplant und gewerkelt hatte. Zahlreiche humorvolle Vorträge und Darbietungen begeisterten die Zuhörer. Bis spät am Abend saßen die meisten Besucher mit Verwandten, Freunden und Bekannten in froher Runde zusammen.

Am Sonntag, 2. September, fand das traditionelle Platzkonzert der Schützenkapelle Gehrden in diesem Jahr zum 38. Mal in Folge statt. Es wurde flotte Musik geboten, wobei sogar geschunkelt und mitgesungen wurde. Danach begann dann das Hauptthema des Tages, die Feierstunde. Der Kreisvertreter begrüße die Gäste im Namen des Vorstandes, namentlich die Ehrengäste aus Politik, Presse und den Ehrenvorsitzenden und Festredner, Siegfried Dreher. Nach dem Ostpreußenlied und der von Christian Perbandt abgehaltenen Totenehrung wurde von Ilse Thomann eine humorvolle Erzählung aus ihrer Kindheit in Ostpreußen dargeboten. Nach einigen Grußworten von Armin Pollehn, Vorsitzender des CDU-Stadtverbandes Burgdorf, folgte der Höhepunkt der Veranstaltung. Der Ehrenvorsitzende, Siegfried Dreher, hielt einen sehr zu Herzen gehenden Vortrag unter dem Titel „Erinnerungen an Heimat – Entwurzelung – Neuanfang – Kreisgemeinschaft“. Die Besucher waren hiervon sehr ergriffen, da der Bericht haargenau auf sie und die verlorene Heimat zugeschnitten war. Viele fanden ihr eigenes Schicksal in seinen Worten wieder. Auf Wunsch des Vorstandes spielte die Schützenkapelle das Ostpreußische Reiterlied, das von vielen Gästen mitgesungen wurde. Am Schluss der eindrucksvollen Feierstunde bedankte sich der Kreisvertreter im Namen des Vorstandes bei den Landsleuten und Ostpreußenfreunden für ihr zahlreiches Kommen, wünschte eine gute Heimreise, Gesundheit und ein Wiedersehen im kommenden Jahr am 7./8. September. Nach ein paar weiteren Stunden in gemütlicher Runde endete dann das Hauptkreistreffen 2018.

INSTERBURG – STADT UND LAND



Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Versammlung

Krefeld – Sonnabend, 29. September, ab 10 Uhr, Gemeindesaal der Friedenskirche: Mitgliederversammlung und 66. Jahreshaupttreffen. Programm: 10 bis 12.30 Uhr: Mitgliederversammlung (nicht öffentlich) der Kreisgemeinschaft Insterburg und Land e.V. im Gemeindesaal der Friedenskirche, 47799 Krefeld, Luisenplatz, 12.30 Uhr: Öffnung des kleinen Gemeindesaals der Friedenskirche, 47799 Krefeld, Luisenplatz 1. www.friedenskirche-krefeld.de, 13 Uhr: Mittagessen im kleinen Gemeindesaal der Evangelischen Friedenskirche, 14 Uhr: Begrüßung, anschließend gemütliches Beisammensein mit Kaffee und Kuchen, die Unterhaltung können Sie gerne mit Ihren spontanen Beiträgen untermalen. (Änderungen vorbehalten.) Bitte bei der Geschäftsstelle anmelden.



Heiligenbeil-Treffen Bild: privat

Ostpreußisches Landesmuseum auch im Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Heimatgruppen

Darmstadt – Sonnabend, 6. Oktober, 11.30 Uhr, Taverna Hellas, Bahnhofstraße 17, 62491 Darmstadt-Wixhausen: Stammtisch. Nähere Informationen: Jürgen Pantel, Telefon (06103) 42744.

Hamburg – Mittwoch, 3. Oktober, 12 Uhr, Veranstaltungsraum Empore des Hotels Zeppelin, Frohmestraße 123–125, 22459 Hamburg: Erntedank mit herbstlichen Liedern und Gedichten statt. Informationen: Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de.

Köln – Mittwoch, 26. September, Gaststätte Zirkel, Braunstraße 20, Köln-Braunsfeld (Haltestelle Aachener Straße/Maarweg): Treffen. Anmeldung und nähere Informationen bei Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.

Sachsen – Sonnabend, 22. September, 14 Uhr, DRK-Begegnungsstätte Eschenweg 60, 08060 Zwickau (Ortsteil Marienthal): Jubiläumsfeier mit buntem Programm zum 25-jährigen Bestehen der Heimatgruppe. Informationen: Kurt Klaus, Mühlweg 10, 09387 Pfaffenhain, Telefon (037296) 17661.

KÖNIGSBERG–STADT



Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

Treffen

Duisburg – Sonnabend, 22. September, 11 bis 17 Uhr, ehemaliges Museum Stadt Königsberg, Fürstenstraße 14, 47051 Duisburg: Treffen der Stadtgemeinschaft.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

PAZ wirkt!

Jetzt zur Werkwoche anmelden



Bild: Christiane Rinser-Schrut

Vom 8. bis 14. Oktober führt die Landsmannschaft Ostpreußen in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt die 64. Werkwoche durch. Unter Anleitung können dort Stickereien in Weiß- und Kreuzsticktechnik, Web- und Knüpfarbeiten und gestrickte Handschuhe in typischen Mustern angefertigt werden. Die Seminargebühr (inklusive sechs Übernachtungen im Doppelzimmer mit Dusche und WC sowie Vollverpflegung) beträgt 150 Euro. Einzelzimmer sind gegen Zuschlag erhältlich. Die Anmeldeunterlagen stehen unter Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare/werkwoche.html zur Verfügung oder können bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Frau Hanna Frahm, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: frahm@ostpreussen.de angefordert werden. *Hanna Frahm*

»Gerechter unter den Völkern«

Ehrung für den Diplomlandwirt Hans Feyerabend für seinen Versuch, Juden zu retten

Bereits seit Juli 2004 gibt es im mecklenburgischen Göhren bei Woldegk im alten Zollhaus eine Gedenkstätte für Landwirte und Mecklenburger im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Am 20. Juli fand anlässlich des 74. Jahrestags des gescheiterten Attentats auf Hitler eine Feierstunde „Gegen das Vergessen“ statt. In der Ausstellung werden die Schicksale von 121 Menschen dokumentiert, 59 von ihnen wurden ermordet. Besonders berührend: Einer der Widerständler war Ulrich Graf von Schwanenfeld, Gutsbesitzer aus Göhren. Er wurde noch am selben Tag des misslungenen Attentats festgenommen und am 8. September 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Seit 1987 steht ein Gedenkstein im Schlosspark von Göhren und ist Bestandteil des Gedenkortes.

Der Ostpreuße Gerhard Fischer, Landwirt aus Zanderlacken, Kreis Labiau, jetzt Rostock, erinnerte während der Feierstunde an Hans Feyerabend aus Palmnicken. Auch ihm ist eine Tafel in der Gedenkstätte gewidmet.

Am 16. Juli 1882 wurde Hans Feyerabend in einer ostpreußischen Gutsbesitzerfamilie geboren. Nach der Schulzeit und landwirtschaftlichen Lehre folgte die Tätigkeit als landwirtschaftlicher Beamter auf verschiedenen ostpreußischen Gütern. 1912 wurde er mit der Leitung der Domänengüter der Staatlichen Bernsteinwerke Palmnicken betraut (1400 Hektar).

Feyerabend war ein begnadeter Fachmann, dessen größte Stärke auf dem Gebiet der Rinderzucht lag. Zu seinen bekanntesten Züchtungen zählte die Kuh „Quappe“, die zeitweilig weltweit und in Ostpreußen die stärkste Leistungskuh war (14708 Kilogramm Milch in einem Jahr).

1934 wählte ihn die ostpreußische Herdbuchgesellschaft zu ihrem Vorsitzenden – bis zum Verlassen der Heimat.

Im Januar 1945 rückte die Rote Armee sehr rasch in Ostdeutschland Richtung Westen vor. 7000 weibliche, jüdische Häftlinge Osteuropas, die zeitweilig im Konzentrationslager Sturthof bei Danzig inhaftiert waren, wurden auf den Fußmarsch nach Königsberg und von dort nach Palmnicken (an der Ostsee) getrieben. Ungefähr 4000 Häftlinge überlebten den 200 Kilometer langen Fußmarsch nicht. Man hatte vor, die restlichen 3000 Häftlinge in einem stillgelegten Stollen der Bernsteingrube einzumauern und damit zu vernichten. Das grausame Vorhaben der SS-Führer scheiterte am Widerstand des Güterdirektors Feyerabend. Er weigerte sich, den Stollen für das Verbrechen freizugeben, stellte die Werkschlosserei als Unterkunft zur Verfügung und ließ Lebensmittel für die Ausgehungerten verteilen.

Unterdessen wurde der Volkssturmkommandant zu einem militärischen Rapport befohlen oder gelockt. Diese Zeit ausnutzend, trieben die SS-Leute in der Nacht zum 31. Januar 1945 die jüdischen Gefangenen in die eisige Ostsee und ließen diese beschießen. Einige konnten sich im Chaos der Nacht retten, wurden jedoch von der SS, von der palmnicker Hitlerjugend und einigen hilfswilligen Einwohnern aus den Verstecken geholt. Nur wenige Menschen überlebten das Massaker von Palmnicken.



Den jüdischen Opfern in Plamnicken: Denkmale Bild: Manfred Mittelstedt

Auf dem Weg zu dem befohlenen Ort fiel Hans Feyerabend am 30. Januar 1945 mit unbekannter Todesursache.

Viele Jahre erfuhr die Öffentlichkeit nichts von der Tat, selbst die Familie in dritter Generation wusste nichts vom Widerstand des Hans Feyerabend.

Anfang der 1960er Jahre wurde in Lüneburg ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, bald aber wieder eingestellt.

Der Sohn des palmnicker Küsters, Martin Bergau (HJ), der mit 16 Jahren zum Wachdienst der Gefangenen eingeteilt war, schrieb bereits 1994 ein Buch über das Massaker. Dieses Buch blieb von der Öffentlichkeit unbeachtet

Am 1. März 2000 griff die „Zeit“ das Buch benutzend auf und veröffentlichte einen Artikel „Apokalypse in Ostpreußen“. Nun war die deutsche Öffentlichkeit informiert und auch der israelische Staat.

Im Jahre 2014 zeichnete die israelische Regierung Hans Feyerabend posthum zum „Gerechten unter den Völkern“ aus. Das ist die höchste Auszeichnung, die der israelische Staat an ausländische, nichtjüdische Menschen vergibt, die während des Holocaust ihr Leben riskierten, um Juden zu retten.

In einer Feierstunde am 25. November 2015 wurde in Anwesenheit des regierenden Bürgermeisters von Berlin, Michael Müller, durch den israelischen Botschafter in Deutschland die Urkunde und die Auszeichnung posthum an die Enkelin von Hans Feyerabend übergeben. Nur wenige deutsche Landwirte haben diese Auszeichnung erhalten.

In Palmnicken, jetzt Jantarny, gibt es an der Stelle unterhalb der ehemaligen Bernsteinabbau-Grube Anna zwei Denkmale.

Gerhard Fischer

Manfred Ruhnau

Sein Tod löste Trauer und Erschütterung aus

Manfred Ruhnau war neben seinen vielen Ämtern für die und Ostpreußen auch Mitglied der Bonner Ostpreußengruppe – gegründet im Jahr 1951 –, und zwar von seinem 20. Lebensjahr an. Später hat er knapp vier Jahrzehnte lang die Gruppe als 1. Vorsitzender geführt, im Vorstand mitgearbeitet hat er viel länger; schon unter seinem Vorgänger Alfred Mikroleit war er Vorstandsmitglied und blieb es nach seinem Abschied vom Amt des Vorsitzenden und dessen Übernahme durch Ehrenfried Mathiak, um weiter seine Mithilfe bieten zu können. Die Kreisgruppe Bonn hat ihm den Titel des Ehrenvorsitzenden verliehen.

Was machte die Persönlichkeit Manfred Ruhnaus aus? Da war zunächst – wie bei den meisten Ostpreußen – seine Zuverlässigkeit: Was er zusagte, das galt und wurde eingehalten, was er eventuell nicht einhalten konnte, sagte er nicht zu. Seine Beharrlichkeit: Ein gestecktes Ziel wurde trotz Hindernisse mit großer Tatkraft unbeirrt verfolgt. Und doch erfassen diese Eigenschaften nicht das ganze Bild. Was Manfred Ruhnau wirklich ausmachte, könnte so umschrieben werden: In ihm gab es keine Trennung von Person und ostpreußischem Ehrenamt, persönliches Leben und Einsatz im Ehrenamt waren eins.

Bei den Vorstandssitzungen war es beim Vorsitzenden Ruhnau üblich, etwa zehn bis 15 Minuten zu Anfang oder am Ende persönlichen Gesprächen zu widmen. Die Tagesordnung wurde trotzdem durchgearbeitet. Wir waren nicht immer alle einer Meinung, jedoch herrschte immer eine Atmosphäre menschlicher Nähe.

Die Winterfeste der Ostpreußen in Bonn, die jeweils unter einem Motto standen, genossen lange Zeit einen Ruf über die Grenzen Bonns hinaus. Unvergesslich, wie der Vorsitzende nichts unversucht ließ, bis in einem Jahr schließlich Elche zwischen echten Bäumen auf der Bühne standen! Bei solchen Aktionen klagte er nicht über Mühe und Zeitaufwand, sondern freute sich über den Erfolg. Wichtig waren ihm auch die Jahresausflüge der Gruppe, die überwiegend ostpreußisch bezogene Ziele hatten. Sie dienten neben der Blickerweiterung auch dem Zusammenhalt der Mitglieder.

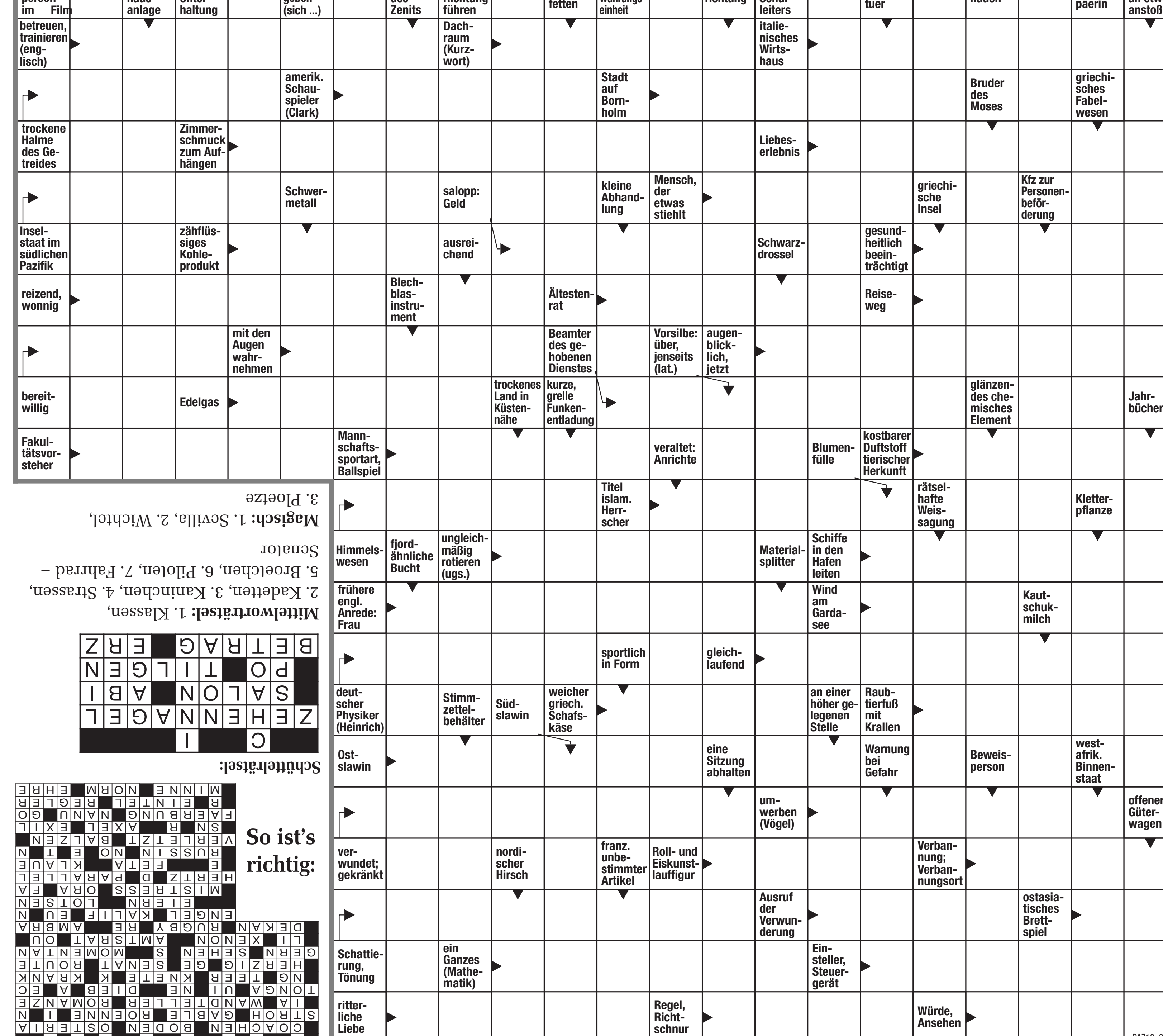
Politische, historische und kulturelle Themen standen im Mittelpunkt der Arbeit. Ein Höhepunkt der heimatspolitischen Aktivität der Kreisgruppe Bonn bildete im Jahr 1991 die Plakataktion, mit der wir unsere Meinung zum Grenzbestätigungsvertrag ausdrückten. Ihre nicht unerheblichen Kosten (gemietete Litfaßsäulen!) wurden vollständig von Spenden gedeckt.

Wir dürfen nicht über Manfred Ruhnaus Wirken in Bonn im landsmannschaftlichen Rahmen sprechen, ohne seine Bedeutung für den „Tag der Heimat“ hervorzuheben. Als stellvertretender Vorsitzender des BdV Bonn hat Ruhnau beim „Ostdeutschen Markttag“ jahrelang als Marktmeister für die organisatorische und technische Durchführung gesorgt und sich dabei sehr verdient und unersetzlich gemacht.

Neben seinem Amt in Bonn hatte unser langjähriger Vorsitzender für eine große Zeitspanne den Vorsitz im Heimatkreis Braunsberg inne, ebenso arbeitsintensiv, mit vielen Reisen nach Ostpreußen. Die Liebe zu seiner ostpreußischen Heimat und die Verankerung im christlichen Glauben waren Manfred Ruhnaus Ansporn für seine Arbeit. Unterstützt wurde er von seiner ersten pommerschen Ehefrau Dora und nach deren Tod von seiner zweiten schlesischen Ehefrau Ingrid.

Manfred Ruhnau hat unseren Dank, unsere Anerkennung und bleibendes, ehrendes Gedenken verdient.

Brigitte Parplies



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

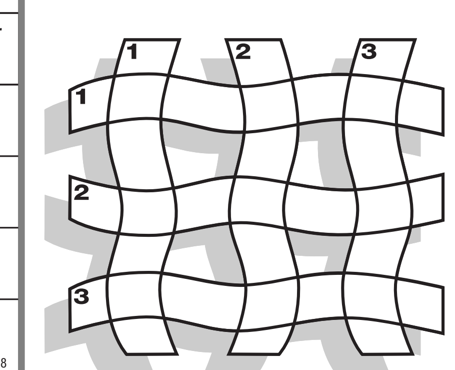
AEEEG HLNNZ · EEPS · ACHOT · ANOT · GIINN · AEGG · BEER · ILNZ · ALNOS · ABI · ABEG RT · EGIL NT · ERZ

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für Ratsherr.

1	GUETE		BUCH
2	SEE		SCHULE
3	HAUS		STALL
4	FERN		BAU
5	MOHN		TEIG
6	TEST		SCHEIN
7	KINDER		WEG

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Stadt in Spanien
2 Kobold, Heinzelmännchen
3 Karpfenfisch, Rotauge

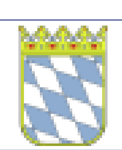
So ist's richtig:

Schüttelrätsel: ZEHENNAGEL, SALON, ABI, POTILGEN, BETRAG, ERZ

Mittelworträtsel: 1. Klassen, 2. Kadetten, 3. Kaninchen, 4. Strassen, 5. Broetchen, 6. Piloten, 7. Fahrrad – Senator

Magisch: 1. Sevilla, 2. Wichtel, 3. Ploetze

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 28. September, Gasthof Krone, Gunzenhausen: „Historische Reise nach Ost- Westpreußen und Pommern" – Lichtbildvortrag. Vorher heimatliches Essen (Pommersche Kohlrouladen).

Ansbach – Sonnabend, 22. September, 15 Uhr, Orangerie: Wir lesen Geschichten aus „So zärtlich war Suleyken" von Siegfried Lenz.

Hof – Monatstreffen: Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen Hof traf sich zum monatlichen Beisammensein im Restaurant „Altdeutsche Bierstube."

In Vertretung des verreisten Vorsitzenden Christian Joachim begrüßten Jutta Starosta und Bernd Hüttner die Mitglieder und freuten sich über die voll besetzte Kaffeetafel. Nach den Glückwünschen an die Geburtstagskinder der vergangenen beiden Monate berichtete Jutta Starosta von der erfolgreichen Teilnahme der Kindergruppe der Tanzgruppe an den Landeskinderspielen der Deutschen Jugend in Europa in Rothenfels. Sie präsentierte die drei Oscars, die ihre Schützlinge für die beste Ausstattung, die beste schauspielerische Leistung und die Gesamtleistung gewonnen hatten. Danach folgte ein interessanter Vortrag von Bernd Hüttner zu der am Frischen Haff gelegenen Stadt Frauenburg. Die auch „Perle des Nordens" genannte ermländische Kleinstadt wurde bereits im 13. Jahrhundert urkundlich erwähnt. Der Legende nach ist der Name auf die Bekehrung einer pruzzischen Herrscherin zum Christentum zurückzuführen, die danach ihre Güter der Pfarrei schenkte. Doch warum blieb Frauenburg trotz Burg und Dom und einer geografisch wichtigen Lage eine Kleinstadt? Bernd Hüttner nannte dafür mehrere Gründe. Zum einen wussten die umliegenden Gemeinden wie Heilsberg und Braunsberg dies zu verhindern. Auf der anderen Seite besaß die kleine Stadt keine Stadtmauern, sondern nur einen Palisadenzaun. So wurde sie zur leichten Beute in verschiedenen kriegerischen Auseinandersetzungen und im Laufe der Jahrhunderte mehrfach niedergebrannt. Dadurch blieben in der Altstadt nur sieben historische Häuser erhalten. Weltbekannt wurde die Stadt jedoch durch Nicolaus Copernicus, der als Domherr des Fürstbistums Ermland in Frauenburg wirkte. Der Astronom und Arzt Copernicus widmete sich auch der Mathematik und Kartografie und war ein Experte für Münzwesen. Er arbeitete im 16. Jahrhundert das heliozentrische Weltbild, in dem die Sonne als das Zentrum der Welt gilt, aus. In der Ausstellung auf dem Domberg in Frauenburg ist auch das Foucaultsche-Pendel zu bestaunen. Diese Vorrichtung dient dazu, die Umdrehung der Erde zu zeigen. Bernd Hüttner schloss seinen Vortrag mit dem Präsentieren verschiedener Bilder von und aus Frauenburg und erntete für seine Ausführungen regen Beifall.

Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen trifft sich bereits am 22. September wieder. Um 10.30 Uhr wird im Jugendzentrum Q vom Bund der Vertriebenen eine Feierstunde zum „Tag der Heimat" veranstaltet. Anschließend findet um 12 Uhr am Mahnmal in der Blücherstaße das Totengedenken mit Kranzniederlegung statt.

Die nächste Monatsversammlung hat am Sonnabend, 13. Oktober, um 15 Uhr in der Altdeutschen Bierstube, Hof das Thema „Erntedank" zum Inhalt. Gäste sind immer herzlich willkommen.

Hof – Kindergruppe erfolgreich bei den Landeskinderspielen der Deutschen Jugend in Europa: Die Kinder der Schlesischen Volkstanzgruppe Hof-Rehau fuhren gemeinsam mit den Schülerinnen der Schulspielgruppe der Grundschule Naila Anfang Juli auf die Burg Rothenfels am Main, um an den Landeskinderspielen der djo (Deutschen Jugend in Europa) teilzunehmen. Im Wettbewerb mit weiteren Gruppen aus Bayern stellten sie sich mit dem Theaterstück „Der kleine Maulwurf geht auf Reisen" der Jury, die in verschiedenen Kategorien (Musik, Tanz, Gesang, szenisches Gestalten, Ausstattung und Gesamtleistung) Punkte vergab. Bei dem selbstentwickelten Theaterstück zum Thema Heimat erzählten die Kinder von den Abenteuern des kleinen Maulwurfs, der erst in der Fremde erkennt, was Heimat bedeutet. Genervt von der Mutter beschließt er, sich in der Welt umzusehen und sich einen besseren Platz zu suchen. Zuerst kommt er in Russland heraus. Er stellt fest, dass es ihm hier zu kalt und zu fremd ist. In Schlesien, seiner nächsten Station, beobachtet er Rübezahl und die Prinzessin, die unbedingt wieder nach Hause will. Verliebte Pärchen in Paris lassen ihn seine Einsamkeit spüren und die Schilderungen der Flüchtlinge in Italien wecken in ihm das Heimweh. Ihm wird bewusst, was Heimat bedeutet und wie wichtig sie ist, und so kehrt er zurück zu seiner Familie und seinen Freunden.

Neben dem Wettkampf waren natürlich auch Spiel und Spaß angesagt. Zum Kennenlernen der anderen Kinder gab es am Freitagabend ein Quiz, bei dem viele Fragen zu Deutschland im Allgemeinen und speziell zu den Herkunftsorten der Kinder die Köpfe rauchen ließen. Am Samstagnachmittag ging es dann zum Geländespiel. An zehn Stationen mussten Daten gesammelt werden, um einen Ausweis zu erwerben, der berechtigte, auf der Burg zu bleiben. Da galt es Rätsel zu lösen, ein Lied zu performen und als Gruppe verschiedene kooperative Aufträge zu bewältigen (Wasser tragen, Hindernisse überwinden oder Schokolade essen). Nach dem Abendessen vertrieben verschiedene Spiele und Tänze den Kindern die Zeit, bis das Lagerfeuer richtig brannte.

Spannend wie bei der richtigen Oscarverleihung wurde es dann am Sonntagvormittag. Gleich der erste Oscar für die Ausstattung ging an die Gruppe aus Naila und Rehau. Die Rübezahl-Szene bewies, dass dieser Preis hochverdient war. Die Preise für Musik, Gesang und Tanz gingen an die Gruppen aus Mittelfranken und Oberbayern. Aber dann kamen die Oberfranken wieder zum Zuge. Sowohl bei der schauspielerischen Leistung als auch bei der Gesamtdarstellung hatten die 14 Mädchen und ein Junge die Nase vorne. Stolz präsentierten die Kinder aus Naila und Rehau die Goldjungen mit ihren Betreuerinnen Jutta Starosta, Julia Glaser und Katharina Kolb.



Hof: Monatstreffen Bild: privat



Hof: Volkstanzsieger Bild: privat

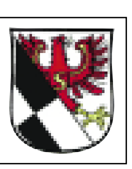
Nürnberg – Dienstag, 25. September, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nbg.-Langwasser, Ende der U1 gegenüber: Reisebericht vom Besuch der Heimat Ostpreußen vom Sommer 2018. Gäste willkommen.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPEN

Angerburg, Goldap – Donnerstag, 4. Oktober, 14 Uhr, Restaurant Oase Amera, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Treffen zum Thema „Winter in Ostpreußen", Anfragen an Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



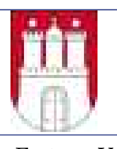
Frauengruppe – Mittwoch, 10. Oktober, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Treffen zum Thema „Gedichte zum Jahreswechsel", Anfragen an Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Königsberg – Freitag, 21. September, 14 Uhr, Johann–Georg–Stuben–Straße 10, 10709 Berlin-Halensee. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Heilsberg, Rößel – Sonnabend, 29. September, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte „Maria Rimkus Haus", Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Erntedankfeier. Anfragen: Erika Hackbarth, Telefon (033762)40137, für Rößel Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.



HAMBURG

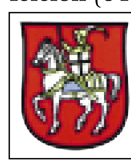
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Sonntag, 23. September: Das Kulturreferat lädt herzlich ein zur Fahrt nach Elmshorn zum ostpreußischen Theater Dittchenbühne. Nach dem gemeinsamen Kaffeetrinken sehen wir uns das Schauspiel „Die Reise nach Tilsit" von Hermann Sudermann an. Abfahrten des Busses: 13 Uhr: Meckelfeld, Höpenstraße. 88, Bushaltestelle Waldquelle, 13.15 Uhr: Harburg-Hauptbahnhof, 14 Uhr: Kirchenallee – am Hamburger Hauptbahnhof. 18.30 Uhr: Rückfahrt über Kirchenallee und Harburg nach Meckelfeld. Im Gesamtpreis von 30 Euro pro Person enthalten: Fahrt im modernen Reisebus, ein Fläschchen Bärenfang während der Hinfahrt, Kaffee und Kuchen mit einem Bärenfang im Festsaal der Dittchenbühne, Theateraufführung. Anmeldung bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520 und (0172) 9209151, E-Mail: walter.bridszuhn@gmx.de.

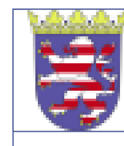
KREISGRUPPEN



Elchniederung – Dienstag, 25. September, 14 Uhr, Berenberg-Gossler-Haus, Niendorfer Kirchenweg 17, Hamburg-Niendorf: Treffen der Gruppe zum fröhlichen Beisammensein mit Kaffeetafel zum Herbstbeginn und mit Erinnerungen an den Erntedank in der Heimat. Gäste sind immer herzlich willkommen. Nähere Auskunft bei Helga Bergner, Telefon (040) 5226122.



Osterode – Sonnabend, 29. September, 14 Uhr, Magnolienzimmer, Restaurant Riebeling, Fuhlsbüttler Straße 755, Hamburg-Ohlsdorf: Herbstfest. Wir begrüßen den Herbst mit Liedern und Gedichten. Gäste sind willkommen.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Wetzlar – Montag, 8. Oktober, 13 Uhr, Restaurant „Grillstuben", Stoppelberger Hohl 128: Erntedankfeier. Dazu wird Pfarrer Christian Silbernagel eine Andacht halten. Die Kulturbeauftragte der Landsmannschaft, Karla Weyland (Rauschenberg), hält einen Vortrag zum Thema „Manchmal seh' ich im Traum unser'n alten Kruschkenbaum". Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 77055.

Wiesbaden – Dienstag, 14.30 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35, 65185 Wiesbaden: Frauengruppe „Erntedank".



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Anklam – „Dem Osten entgegen". Lange war das Gebiet um Königsberg nach 1945 (Oblast Kaliningrad) für viele Bürger ein weißer Fleck auf der Landkarte. Erst ab 1991 wurde das militärische Sperrgebiet um Kaliningrad auch für die Einreise von Ausländern freigegeben. Heute ist das Gebiet eine russische Exklave zwischen den neuen Nato- und EU-Ländern Litauen und Polen und ein militärischer, westlicher Vorposten des Kernlandes Russland.

Wer nun glaubt, dass diese nördliche Region im Osten am Frischen Haff und der Kurischen Nehrung von geringem Interesse ist, wird sich revidieren müssen.

Seit 25 Jahren organisiert das Reisebüro Friedhelm Schülke und Manfred F. Schukat aus Anklam Busreisen in das ehemalige Ostpreußen. So wurde denn auch Königsberg mit Insterburg, Gumbinnen, Tilsit, Heiligenbeil, Pillau, Cranz, Rauschen und die Kurische Nehrung im Zeitraum vom 11. bis 18. August besucht.

In zwei Reisebussen nahmen 110 Teilnehmer unter anderem aus Ueckermünde, Hamburg, Oberhaching, der Prignitz, aus Neustrelitz, Wesenberg, Pasewalk und Neubrandenburg an der einwöchigen Informationsreise teil.

Was bewegt diese Menschen, sich auf eine Bustour von 650 Kilometern zu begeben, welche zwischen 13,5 bis 14,5 Stunden andauert? Die Grenzkontrollen an der polnischen und russischen Grenze nehmen mindestens zwei Stunden in Anspruch. Das sind recht optimistische Angaben, denn als europäische Einwohner sind Deutsche diese restriktiven Maßnahmen nicht mehr so richtig gewohnt. Es ist nicht allein der Heimwehtourismus von den ehemaligen Flüchtlingen und Vertriebenen und ihren Angehörigen aus Ostpreußen. Nein, es ist auch die einmalige Landschaft um die Fischerdörfer Sarkau, Rossitten und Pillkoppen, es sind die Wanderdünen am Meer, die Trakehner im Pferde-Gestüt Weedern, die vielen Störche in der naturbelassenen Landschaft und die Weite des Landes.

Wichtig sind besonders die russischen Menschen, welche mit Gesang und Gastfreundschaft ihren deutschen Gästen ein herzliches Willkommen gaben, wobei das Wort Frieden (Russisch: Mir) besonders betont wurde. Man besucht sich beim Tag der Heimat in Anklam und bei den jährlichen Ostpreußentreffen in Mecklenburg-Vorpommern.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15



OSTERODE

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Mo. 14-17 Uhr, Do. 14–17 Uhr.

Teil 1 der Begrüßungsrede

Der Kreisvertreter Burghard Gieseler hielt zur Feierstunde des Hauptkreistreffens der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen in Osterode am Harz am 15. September eine Begrüßungsrede, deren erster Teil hier abgedruckt ist. Weitere Teilen werden in den nächsten Ausgaben folgen.

Am 19. Oktober 1953, also fast auf den Tag genau vor 65 Jahren, hat der Landkreis Osterode die Patenschaft für unsere Kreisgemeinschaft übernommen. Schon im August 1952 hatte die Stadt Osterode diesen Schritt getan.

Die frühen 50er Jahre waren die Zeit des Wirtschaftswunders, in der es wieder – wenigstens im Westen – reichlich zu essen gab, wovon man gerne Gebrauch machte. Die Filme in den neueröffneten Kinos vermittelten das Bild einer heilen Welt, und aus dem Stadtbild waren die meisten Kriegstrümmer überraschend schnell verschwunden. Aber nur aus dem Stadtbild. In den Seelen der Menschen waren die Kriegstrümmer noch lange vorhanden. Das betrifft besonders die zwölf Millionen Menschen, die ihre Heimat im Osten verloren hatten. Sie waren traumatisiert und entwurzelt. Flucht und Vertreibung lagen ja nur wenige Jahre zurück. Längst nicht alle hatten schon ein eigenes Heim und ihren Platz in der Gesellschaft gefunden. Viele lebten noch in Lagern und sie waren keineswegs allen willkommen.

In dieser Situation setzten die Stadt Osterode am Harz und der Landkreis Osterode ein starkes Zeichen der Solidarität, indem sie die Patenschaft für die Vertriebenen aus dem Landkreis Osterode Ostpreußen übernahmen. Zwar gab es in den folgenden Jahren und Jahrzehnten durchaus materielle Unterstützung für unsere Kreisgemeinschaft, aber das war nicht das Entscheidende. Viel mehr zählte das Gefühl, nicht alleine zu sein. Die herzliche Aufnahme, die die Osteroder Ostpreußen bei den Osterodern am Harz regelmäßig fanden, führte verschiedentlich sogar dazu, dass sich einige Ostpreußen für immer hier niederließen.

Sehr geehrter Herr Landrat Reuter, die Übernahme der Patenschaft für unsere Kreisgemeinschaft jährt sich nun zum 65. Mal. In den zurückliegenden Jahrzehnten konnten sich die Ostpreußen stets auf die gelebte Solidarität ihrer Paten verlassen. Dafür danke ich Ihnen – auch im Namen derer, die heute nicht mehr unter uns sind – von Herzen. Zugleich bitte ich Sie, unseren tiefempfundenen Dank auch an den Kreistag und an die Menschen des Landkreises Göttingen weiterzugeben.

Die Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen befindet sich – wie alle Kreisgemeinschaften – in einer schwierigen Umbruchphase. Es liegt nur wenige Jahre zurück, dass die Heimatvertriebenen diesen Saal beim Hauptkreistreffen bis auf den letzten Platz füllten. Doch ihre Schar wird von Jahr zu Jahr kleiner.

Wenn wir unsere Versöhnungs- und Kulturarbeit fortsetzen wollen, und genau das wollen wir, dann müssen wir neue Wege gehen. Nur wenn wir uns für alle Menschen öffnen, die sich mit unseren Zielen identifizieren können, werden wir unsere Kreisgemeinschaft zukunftsfähig machen. Es wird nicht leicht werden, Menschen, die keinen direkten Bezug zu Ostpreußen haben, für unser Anliegen zu gewinnen. Aber ich vertraue auf die Anziehungskraft unserer Ziele. Die Pflege von Kultur und Heimat, das Suchen nach Wurzeln und Identität, das Eintreten für Versöhnung und Frieden, all das sind keine „Nebenbei-Bedürfnisse". Sie kommen vielmehr aus der Tiefe unseres Wesens.

Sehr geehrter Herr Reuter, sehr geehrter Herr Wendtland, wir haben uns in den vergangenen Jahrzehnten stets auf die Unterstützung und den Beistand unserer Paten verlassen können. Es tut gut zu wissen, dass Sie auch in dem gegenwärtigen Übergangsprozess an unserer Seite stehen. Dabei sollten wir die Neuausrichtung der Kreisgemeinschaft auch zum Anlass nehmen, über eine Weiterentwicklung der Patenschaften nachzudenken. Besonders im Bereich der Jugend- und Bildungsarbeit könnten wir uns eine Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen gut vorstellen.



Osterode: (v. l.) Bernhard Reuter, Leon Kuck, Arno Surminsik, Burghard Gieseler, Editha Westmann, Heinrich Hoch und Peter Wendtland Bild: privat

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Immanuel Kant (1774–1804), in Königsberg geboren und gestorben, schrieb in seinem Hauptwerk „Kritik der reinen Vernunft“: „Der Mangel an Urteilskraft ist eigentlich das, was man Dummheit nennt, und einem solchen Gebrechen ist gar nicht abzuhelfen.“

So ist es, weshalb nicht verschwiegen werden soll, dass der Lebensstandard der mehrheitlichen Bevölkerung um Kaliningrad erheblich niedriger als in Polen oder Litauen ist. Mit einer durchschnittlichen Rente von 175 Euro im Monat müssen die Rentner sparsam wirtschaften. Hinzu kommt, dass viele ehemals deutsche Dörfer beseitigt worden sind und die klugen Dränage-Maßnahmen der preußischen Landwirte nicht erhalten wurden. Die wirtschaftliche Infrastruktur auch mit einem verarbeitenden Gewerbe ist durchaus mit Sorge zu sehen.

Umso erfreulicher ist die gute Zusammenarbeit mit deutschen Vereinen. In Tilsit wurde im Jahre 2016 ein Denkmal für Königin Luise von Preußen errichtet.

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. hat in Nordmole bei Pillau und Germau für mehr als 10000 gefallene deutsche Soldaten eine würdige Ruhestätte errichtet. Insgesamt entwickeln sich die Beziehungen mit deutschen Partnerstädten gut. Eine Besinnung auf die eigene Heimat muss immer mit der Achtung der Nachbarvölker verbunden sein. Vielmehr sollten unseren Nachbarn im Osten die Hände zur Hilfe gereicht werden, wenn diese denn erwünscht ist.

Die Schönheit liegt stets im Auge des Betrachters. So schrieb denn auch Marion Gräfin Dönhoff in ihrem Buch „Namen, die keiner mehr nennt“ über die Geschichte und Landschaft des Landes: „Ich bin mehrfach in Polen – auch in Ostpreußen – gewesen. Und jedes Mal, wenn ich die Alleen wieder sah, die einsamen Seen und stillen Wälder, meinte ich, nach Hause zu kommen. Landschaft ist eben wichtiger und gewiss prägender als alles Andere. Sie gehört im letzten und höheren Sinne ohnehin niemandem, allenfalls dem, der imstande ist zu lieben, ohne zu besitzen“.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 26. September, Jasperallee 42 (Eingang Sozialverband): Monatsversammlung.

Osnabrück – Freitag, 21. September, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.





Tharau: Anklamer Reisegruppe vor Ordenskirche Bild: privat



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Sonnabend, 22. September, 14 Uhr, evangelisches Gemeindehaus Willich-Anrath, Jakob-Krebs-Straße 121: zentrale Zusammenkunft der Vertriebenen für den Kreis Viersen aus Anlass des Tages der Heimat (siehe unter Viersen).

Ostpreußischer Rundfunk – Auf seiner YouTube-Seite präsentiert der Ostpreußische Rundfunk neue Videos, Internet: www.youtube.com/user/OstpreussenTV.

Düren – Mittwoch, 10. Oktober, 18 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Holzstraße 7a: Heimatabend „Erntedankfest“.

Düsseldorf – Freitag, 21. September, 19 Uhr, GHH: Ausstellungseröffnung „Rebellion im Dorf – Düsseldorf 1968“, läuft bis 2. November. – Donnerstag, 27. September, 19 Uhr, GHH: Vortrag „Zum 75. Todestag von Alexander Schmorell“.

Lippe – Mittwoch, 26. September, 8 Uhr, Abfahrt Kronenplatz, Detmold, und 8.20 Uhr, Bahnhof, Lemgo: Fahrt zum Ostpreußischen Landesmuseum nach Lüneburg. Die Landsmannschaft Ostpreußen Kreisgruppe Lippe hat sich einen der ersten möglichen Termine für die Besichtigung der neuen Dauerausstellung gesichert. Vor Ort werden wir durch den Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums, Dr. Joachim Mähnert, begrüßt werden.

Anmeldungen waren bis zum 20. September notwendig gewesen. Das Mittagessen in der Kronengaststätte neben dem Landesmuseum erfolgt auf eigene Kosten und ist im Teilnehmerbeitrag nicht enthalten.

Der Besuch des wiedereröffneten Ostpreußischen Landesmuseums ist sicher ein besonderes Erlebnis und fast ein „Muss“ für jeden Ostpreußen und jeden Freund Ostpreußens. Der Kreisvorstand würde sich über eine rege Beteiligung sehr freuen.

Neuss – Sonntag, 30. September, 14 Uhr (Beginn um 15 Uhr), Marienhaus, Kapitelstraße 36: Erntedankfest der Ostpreußen mit Gedichten, Liedern und Tanz unter der Erntekrone.

Schwelm – Sonntag, 23. September, 14.30 Uhr (15 Uhr Beginn), Kolpinghaus: Tag der Heimat.

Viersen-Dülken – Sonnabend, 22. September, 14 Uhr, evangelisches Gemeindehaus Willich-Anrath, Jakob-Krebs-Straße 121: Tag der Heimat. Programm: 14 Uhr, Gottesdienst; 15 Uhr, gemeinsame Kaffeetafel; 16 Uhr, Gedenkstunde mit Grußwort des Kreises Viersen. Es wirken mit: „de Leddschwesweäver“ Anrath unter der Leitung von Christoph Carlhoff und Friedrich Kluth (Mundart), Else Tresp (Gedicht), Mandolinen- und Gitarrenorchester Schiefbahn unter der Leitung von Jochen Haas, Begrüßung durch Jürgen Zauner und das Schlusswort hält Hartmut Perske. – Sonnabend, 6. Oktober, 15 Uhr, „Dülkener Hof“, Lange Straße 54: Erntedankveranstaltung. Auch in diesem Jahr wird für Ihr leibliches Wohlbefinden in bewährter Weise gesorgt. Der Unkostenbeitrag beträgt für Kaffee, Kuchen und ein Garantielos 7,50 Euro pro Person. Spenden für unsere Erntedankverlosung werden vom 1. bis zum 5. Oktober erbeten (An der Hees 15). Bitte bringen Sie Freunde und Bekannte mit. Jeder zusätzliche Gast sichert das zukünftige Fortbestehen unserer Gruppe und ist bei uns herzlich willkommen!

Wesel – Die Landsmannschaft Ostpreußen-Westpreußen, Kreisgruppe Wesel, führt am 6. Oktober um 15 Uhr in der Heimatstube, Kaiserring 4, ihr traditionelles Erntedankfest mit Tombola, Kartoffelsalat und Würstchen durch. Anmeldungen bis 21. September bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657, oder M. Rohde, Telefon (02852) 4403.



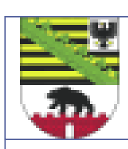
SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Sonnabend, 6. Oktober, ab 10.30 Uhr, Platner Hof, Platnerstraße 35–39, Chemnitz: „Tag der Heimat“. Am Vormittag wollen wir den neuen Landesvorstand der Landesgruppe Sachsen wählen. Alle Delegierten sind herzlich Eingeladen. Nach der Mittagspause beginnen wir mit dem Posaunenchor der St. Matthäus Kirche. Der Kindergarten wird im Anschluss mit einem keinen Kulturprogramm den Nachmittag beschließen.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 22. September, Sachsenstraße 3: Erntedankfest nach ostpreußischer Art. – Mittwoch, 3., bis Donnerstag, 4. Oktober: Fahrt der Gerhard-Hauptmann-Oberschüler zum Haus der Heimat nach Reichenbach. – Sonnabend, 29. September, „Tag der Heimat“ in Hoyerswerda. – Sonnabend, 6., bis Sonntag, 14. Oktober: Urlaubsfahrt nach Krakau mit Besichtigung des Konzentrationslagers Auschwitz. – Im Oktober finden Neuwahlen in Chemnitz, Platnerhof, statt.

Gardelegen – Dienstag, 25. September, 14 Uhr: Busfahrt zum Ostpreußischen Landesmuseum nach Lüneburg.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Halle – Freitag, 5. Oktober, 14 Uhr, Begegnungsstätte Volkssolidarität, An der Marienkirche 4 (Marktplatz): Treffen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Oldesloe – Thema der September-Runde war das Buch „Erinnerungen eines alten Ostpreußen“ von Fürst zu Dohna-Schlobitten. Der Verfasser wurde 1899 in Potsdam geboren. Sein Vater war Regimentsadjutant, seine Mutter eine Prinzessin zu Solms-Lich. Durch eine schwere Erkrankung endete die militärische Laufbahn des Vaters, und die Familie zieht 1905 auf das Gut Schlobitten im Kreis Preuß. Holland in Ostpreußen.

Am 1. Januar 1900 war der Großvater vom Kaiser in den erblichen Fürstenstand erhoben worden. Der war auch Mitglied des Kreistages. Als im August 1914 der Erste Weltkrieg begonnen hatte, schickten viele Eltern ihre Kinder zu Verwandten und Freunden im Westen. Der Verfasser kam nach Darmstadt und wurde dort in die Untersekunda des Ludwig-Georg-Gymnasiums aufgenommen. Schon mit 18 Jahren befand er sich als Fahnenjunker in Russland und erkrankte dort an Typhus. Ende Januar 1915 – sechs Wochen nach dem Tod des Vaters – traf er in Schlobitten ein. Nach Ende des Krieges, am 1. April 1919, beginnt er eine landwirtschaftliche Lehre in Kalthof, dann auf der Domäne Littschen im Kreis Marienwerder. Es folgt eine Forstausbildung. Alexander steht nun dem Fürstenhaus zu Dohna-Schlobitten vor. Er berichtet über die Bewirtschaftung seiner Güter in den 20er und 30er Jahren. Nach Beginn des Zweiten Weltkrieges gerät der Fürst als Oberleutnant in den Kessel von Stalingrad. Als er von dort in die Heimat kommen kann, bereitet er den Treck für eine Flucht gen Westen vor, obwohl das zu der Zeit noch streng verboten ist. Mit großen Schwierigkeiten gelingt es, den Treck über Hinterpommern nach Niedersachsen zu führen. Die Teilnehmer können zu diesem Thema selbst etwas berichten.

Flensburg – Freitag, 21. September, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafé, Mathildenstraße 22, Flensburg: Kaffeetafel mit anschließenden Gesprächen. – Sonntag 7. Oktober, 10 Uhr, St.-Michael-Kirche: Erntedankfest mit Pastor Sander. Anschließend gemeinsames Mittagessen und Besuch der Grabstelle von Wilfried Pollack.

Mölln – Mittwoch, 26. September, 17 Uhr, Quellenhof, Mölln: Erntedankfest mit Essen. Anmeldung bis zum 20. September und weitere Informationen bei Herrn Schumacher unter Telefon (04542) 5044.

Schwarzenbek – Mit 51 Mitgliedern und Gästen startete die Ortsgruppe Schwarzenbek am 30. August ihre zweite Ausfahrt in diesem Jahr: eine Rundfahrt über den Ratzeburger See. Ab Rothenhusen folgte dann die Weiterfahrt über die historische Wakenitz bis zum Stadtgebiet von Lübeck. Trotz etwas getrübtem Wetter genossen die Teilnehmer die Urwüchsigkeit der Fauna dieses Flusses, der bis zur Wende die innerdeutsche Grenze bildete. Große Teile stehen unter Naturschutz. Die interessanten Ausführungen des Kapitäns und die überraschende musikalische Begleitung Ediths bildeten den Rahmen dieses Tages. Für das leibliche Wohl sorgten ein Eintopf und eine spätere Kaffeetafel.

Alles in allem eine interessante und informative Ausfahrt der Ortsgruppe der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Zeuge in eigener Sache

Ein TV-Porträt würdigt Erzbischof Nossol als Diener der Verständigung

Als ich in meiner Kindheit auf dem Feld gearbeitet und Kühe gehütet habe, dachte ich über meine Zukunft nach. Ich stellte mir die Frage, in welchen Beruf man den Menschen am meisten helfen könne, und kam zu dem Schluss, dass dies im Priesteramt am besten möglich sei“.

Pontifex heißt ein Film von TVP Oppeln, in dem der emeritierte und aus einer deutschen Familie stammende Erzbischof Alfons Nossol (86) über sein Leben und Wirken erzählt. Am 16. September durfte der „Ich-Erzähler“ Nossol den Film von Beata Hyzy-Czolpinska aus Bialystok und Sylwia Nieckarz zum ersten Mal sehen. „Der Film wäre objektiver gewesen, wenn ich nicht selbst gesprochen hätte. Aber damit muss ich leben. Aber die Produktion erinnert vielleicht den einen oder anderen daran, dass bei uns in Schlesien das Anderssein nicht Fremdsein bedeutet. Durch Fremdsein kann man nicht bereichern, aber durch das Anderssein. Ich möchte durch unser schlesisches Anderssein, das offene, europäische Anderssein, andere bereichern, denn dies dient einer tieferen Aussöhnung und dem Frieden für alle “, sagte Nossol nach der Premiere im Oppelner Kino Helios.

Der Film spielt in Nossols Heimatdorf Broschütz [Brozec] in der Gemeinde Walzen [Walce], auf dem St. Annaberg, in Groß Stein [Kamien Slaski], wo Nossol im Sebastianeum Silesiacum seinen Alterssitz hat, in der Oppelner Kathedrale, die eine zweite Hauptrolle im Film spielt sowie in Görlitz, wo er 2017 den Europäischen „Brückepreis“ entgegennahm.

„Die Idee des Filmes war, den Erzbischof selbst erzählen zu lassen und so durch die von ihm geschilderten Ereignisse den Menschen und Geistlichen Nossol zu porträtieren“, erklärte Marek Lis, kirchlicher Assistent im Film.

So unternimmt der Film unter anderem den Versuch einer Erklärung, wie man im Geiste der Ökumene handeln sollte und gleichzeitig in seiner Meinung überzeugt bleibt. Dazu sagte Nossol nach der Premiere: „Der Heilige Vater hat während des ökumenischen Gottesdienstes in der Dreifaltigkeitskirche zu Warschau einen der größten Theologen des 20. Jahrhunderts zitiert, den Schweizer Karl Barth, der sagte, wir Christen glauben zwar anders, aber wir glauben nicht an einen Anderen“. In „Pontifex“ erklärt Nossol: „Für mich als Schlesier ist es einfacher, die Ökumene zu leben, denn dafür muss man wollen, sich in das christliche Anderssein hineinzudenken und sie lernen zu wollen“.



Preisträger des „Brückepreises“in Görlitz: Alfons Nossol Bild: Wagner

Bei der Filmprämiere in Oppeln war auch der jetzige Bischof der Diözese Oppeln und Nossols-Nachfolger, Andrzej Czaja, anwesend. Dieser war mit der „Ich-Form“ des Zeitdokumentes zufrieden: „Keiner von uns hätte seine Gedanken so gut wiedergeben können, wie er selbst. Er hat in dem Film viel von seinem Innersten, vom Herzen preisgegeben und davon, wie sich sein Herz an seinem Lebensanfang geformt hat. Deshalb ist es ein besonders wichtiger Beitrag. Und die Art der Filmgestaltung finde ich sehr attraktiv und sehr fesselnd. Es wird nicht langweilig und es gibt viele Momente mit wichtigen Botschaften“.

Regisseurin Beata Hyzy-Czolpinska musste viel Überzeugungsarbeit leisten, denn Nossol wollte zunächst am Film partout nicht mitwirken. „Es dauerte einige Monate Überzeugungsarbeit, bis er endlich seine Einwilligung gab. Doch als wir mit dem Team vor Ort waren, hieß es dann, er habe anderes zu tun. Aber einem Erzbischof verzeiht man Vieles. Ich bin fasziniert von seiner Persönlichkeit“, so Hyzy-Czolpinska, die im Film auch die Geschichte Schlesiens und die deutsch-polnischen Beziehungen nach dem zweiten Weltkrieg durch Nossol schildert.

Alfons Nossol gilt seit Jahrzehnten als Brückenbauer zwischen Polen und Deutschland sowie als Mittler zwischen den Konfessionen. 1980 ermöglichte Nossol dem damaligen Augsburger Bischof Josef Stimpfle, die erste deutsche Predigt seit dem Zweiten Weltkrieg auf dem oberschlesischen St. Annaberg zu halten. Im Juni 1989 feierte er dort trotz polnischer Vorbehalte selbst einen deutschsprachigen Gottesdienst und führte deutschsprachige Messen in seiner Diözese ein. Im November 1989 nahmen auf Initiative Nossols Bundeskanzler Helmut Kohl und der polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki an einem von Nossol gefeierten Versöhnungsgottesdienst im niederschlesischen Kreisau [Krzyzowa] teil, nachdem Polen sich zuvor jedoch gegen eine Massenmanifestation am St. Annaberg gesträubt hatte, wo der Großteil der deutschen Schlesier wohnt. Oppeln verdankt Nossol die Universität. Zuerst gründete Nossol ohne Zustimmung der Behörden eine Filiale der Katholischen Universität Lublin, und nach dem Zusammenschluss mit der Pädagogischen Hochschule entstand daraus doch noch eine Universität Oppeln. *C. W. Wagner*

Die Post in Pommern, in Preußen und im Deutschen Reich

Von Klosterboten bis zur Kaiserlichen Post und Oberpostdirektionen

Wie in allen deutschen Landen, so hat es auch in Pommern schon im Mittelalter Botenanstalten gegeben. Die Christianisierung Pommerns durch Bischof Otto von Bamberg ließ ein Klosterbotenwesen aufkommen, das die zahlreichen Klöster Pommerns von Vorpommern bis in die letzten Winkel Hinterpommerns bis Leba, Lauenburg, Bütow, Rummelsburg usw. umfasste. Mittelpunkte dieses Postwesens waren Eldena, Stettin und Kolberg. Mit der Gründung von Städten entwickelte sich das Städtebotenwesen.

Dabei waren bedeutungsvoll die Botenzüge der „Hanse", des Schutz- und Trutzbündnisses der hervorragendsten deutschen Handelsstädte. Ihr Gebiet erstreckte sich von der Schelde bis nach Estland. Zur Hanse gehörten u. a. Lübeck, Rostock, Wismar, Stralsund und Greifswald; Kolberg, Gollnow, Stargard, Stettin, Treptow, Belgard, Köslin, Stolp und weitere Städte. Der bedeutendste Botenzug lief von Hamburg nach Stettin und Danzig und weiter über Königsberg nach Riga und Mitau. Den freien Durchgang hatten die Pommernherzöge stillschweigend gestattet. Als 1456 die Universität Greifswald gegründet wurde, schuf sie sogleich die Einrichtung der Universitätsboten.

Im Anfang des 17. Jahrhunderts wurden von Berlin aus u. a. nach Stettin, Wolgast und Köslin kurfürstlich brandenburgische Botenkurse eingerichtet. Im Frieden von Osnabrück (1648) fiel Vorpommern mit Rügen, Stettin, Gartz, Damm, Gollnow und der Insel Wollin an Schweden, das übrige Pommern an Brandenburg. Im Jahre 1646 erteilte der Große Kurfürst den Auftrag zur Einrichtung eines Preußisch-Pommerschen Postkurses. Der neue Kurs lief von Stettin über Stargard, Naugard, Plathe, Körlin, Köslin, Schlawe, Stolp, Dirschau, Marienburg, Elbing, Heiligenbeil nach Königsberg.

In Vorpommern kamen die Posten unter der schwedischen Verwaltung sehr langsam in Gang. Darunter litten besonders die Hansestädte Stralsund und Greifswald schwer. Sie bemühten sich daher, ihr städtisches Botenwesen weiter auszubauen. Um 1680 gab es aber bereits königlich schwedische Postmeister in Stralsund, Demmin, Anklam und Stettin. Im Jahre 1683 richtete die schwedische Regierung eine Schiffspostverbindung von Stralsund nach Ystad ein.

Erst unter Karl XII. von Schweden wurde das staatliche Postwesen besonders gefördert; der sehr energische Herrscher brauchte für seine Feldzüge viel Geld, und sämtliche Posteinnahmen flossen in seine Staatskasse. Das erste schwedisch-pommersche Postgesetz datiert vom 1. Januar 1700. Als nach der Niederlage Karls XII. bei Pultava (1709) Vorpommern zum Zankapfel in der Politik wurde, verfielen Handel und Verkehr sehr schnell. So sank die Zahl der den Stettiner Reedern gehörigen Schiffe von 128 im Jahre 1692 auf 38 im Jahre 1720. Im Jahre 1712 wurde das gesamte Postwesen Vorpommerns an die Familie von Rosencreutz in Stralsund verpachtet. Im Frieden von Stockholm (1720) erhielt Schweden wieder Rügen und Vorpommern bis zur Peene, das übrige Vorpommern fiel an Preußen.

Die postalischen Verhältnisse in beiden Teilen Pommerns litten ständig unter den Kriegseinwirkungen jener bewegten Zeit von 1720 bis 1815. Kein Aufschwung, keine Entwicklung, sondern ein Stillstand, der „eine völlige Versumpfung der Verhältnisse befürchten ließ". Der Gang der Posten war unregelmäßig und langsam. Insgesamt waren in Vorpommern nur zehn Postanstalten mit 26 Beamten und Postillionen vorhanden.

Unter Friedrich Wilhelm I. (1713-1740) wurden reitende und fahrende Posten von Stargard über Greifenberg, Treptow, Kolberg nach Köslin (Anschluss an den Hauptkurs) sowie nach Nörenberg und Dramburg geschaffen. In Stettin, Anklam und Demmin wurden sogleich preußische Postämter eingerichtet. Im Jahre 1723 wurde Stettin Hauptstadt von Preußisch-Pommern; damit begann eine neue Ära in der Geschichte Pommerns.

Unter Napoleon I. wurde auch die Post finanziell ausgebeutet, in Berlin und Stettin wurden „Schwarze Kabinette" eingerichtet. Ein Zeitgenosse berichtete, dass das Transportwesen mangelhaft wäre, die Postwagen elende Karren, die Beamten alt und untauglich seien.

Nach der Völkerschlacht bei Leipzig (1813) begann der zweite Abschnitt der preußischen Postgeschichte. Durch die Auswertung der amtlichen preußischen Postamtsblätter wurden neben der Organisationsgeschichte die Versandbedingungen und Tarife zum Hauptteil dieser Arbeit.

Am 16. Dezember 1808 wurde die Verfassung der obersten Staatsbehörden in Bezug auf die innere Landes- und Finanzverwaltung geändert. Am 3. Juni 1814 wurde die Postverwaltung von Innenministerium losgelöst und dem General-Postmeister allein untergeordnet. Die Kontrolle und Oberleitung blieb jedoch nach dem Staatskanzler vorbehalten. Mit dem Tode Karl August von Hardenbergs am 26. November 1822 blieb die Stelle des Staatskanzlers unbesetzt. Die Postverwaltung unter dem General-Postmeister Karl Ferdinand Friedrich von Nagler wurde nun selbständig und unterstand unmittelbar dem König (Kab. Ordre vom 4. März 1823). Die Postämter unterstanden unmittelbar dem General-Postamt in Berlin. Der Vorsteher eines Postamts war der Postmeister. Die Amtsbezeichnung Ober-Postdirektor und Postdirektor waren Ehrentitel für die Vorsteher der Postämter an Regierungssitzen und bei den Grenzpostämtern, jedoch waren sie ohne weitergehende Befugnisse.

Die Verwaltung der Postwärterämter wurde in der Regel Ortseinwohnern als Nebenbeschäftigung übertragen. Gelegentlich der Stein-Hardenbergschen Verwaltungsreform, die auch einige Änderungen in der Behördenverfassung der Post brachte, erhielten die Postwärterämter den Namen Post-Expeditionen. Der Postwärter hatte die Ankunfts- und Abgangszeiten der Post im Stundenzettel zu vermerken, die aus dem Orte hinzukommenden Poststücke aus dem Frachtzettel ins „Manual" einzutragen, die durchgehenden Sachen jedoch nur summarisch aufzuzeichnen, um Zeit zu sparen.

Die eingehenden Karten hatte er selber aufzurechnen und sie jeden Tag an das vorgesetzte Postamt einzusenden. Zu seinen Pflichten gehörte weiter die Bereithaltung von Pferd und Wagen für die Extraposten oder zumindest die schnelle Abfertigung. Noch schneller waren Staffettendepeschen zu versorgen. In kleineren Orten waren Briefsammlungen eingerichtet worden. Wie schon der Name sagt, beschränkte sich der Geschäftskreis nur auf die Abfertigung des Postboten oder auf die Abgabe der vorhandenen Briefe an die durchgehenden Posten, die Sammlung und Aushändigung der Lokalkorrespondenz und auf die Berechnung des eingenommenen Portos.



Ausschnitt aus der Karte "Deutschland - Post- und Eisenbahn-Reisekarte", Originalzeichnung v. G. Hanser, kgl. bayr. Oberlieutenant", Stahlstich der Kunst- und geograph. Anstalt in Nürnberg, Verlag von Serz & Co in Nürnberg 1851.



Postkutsche von Köslin nach Steglin. Diese Postkarte trägt den Stempel Steglin, 12.09.1911, Deutsches Reich. Zwischen der 1. und 2. Person ist eine Fernsprechstelle zu sehen. Postlandzusteller Gustav Kropp ganz rechts (PK Otte)

Um 1825 wurden die ersten Preußischen Poststempel eingeführt. Die Briefsammlungen und Postwärterämter erhielten einen Zweizeiler mit der Angabe von Tag und Monat in Ziffern unter dem Ortsnamen.

Es war der pommersche General-Postdirektor Gottlob Heinrich Schmücken aus Greifenberg, der in seinem genialen Organisationsplan die Einrichtung von 26 Oberpostdirektionen in Preußen, davon 3 in Pommern — Stettin, Stralsund und Köslin — zum 1. Januar 1850 vorsah. Sein Nachfolger wurde 1870 der spätere Generalpostmeister Heinrich von Stephan aus Stolp, der Gründer des Weltpostvereins, eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der Deutschen Reichspost und der Weltpost. Zwei große Pommern an der Spitze der preußisch-deutschen Postverwaltung!

Die erste elektrische Telegraphenlinie Berlin—Stettin wurde Mitte Juni 1849 eröffnet; es folgten die Linien Stettin—Stralsund 1851 und Stettin—Wolgast—Swinemünde 1854.

Am 1. Januar 1867 erhielt Stettin eine Telegraphendirektion. Im Jahre 1880 betrug die Zahl der Telegraphenanstalten in Pommern 269, 1890 — 553, 1900 — 828 und 1909 — 1320. Am 1. März 1882 wurde in Stettin die erste „Stadt-Fernsprecheinrichtung" mit 30 Teilnehmern und 43 Sprechstellen in Betrieb genommen; es folgte Stralsund 1887 und Kolberg 1892. Im Jahre 1900 gab es 794 und im Jahre 1909 1284 Orte mit Fernsprechanstalten. Ende März 1939 gab es in Stettin 12.407 Haupt- und 15.321 Nebenanschlüsse sowie rund 297.000 Rundfunkempfangsanlagen. Im Fernsprechverkehr wurden 1887 rund 0,7 Mio Gespräche vermittelt. 1900 rund 10 Mio und 1942 rund 81 Mio.

Durch den Fortschritt in der Transport- und Kommunikationstechnik (Eisenbahn und Telegraf) kam es auch zu einer umfassenden Reorganisation der Feldpost. Die Leistungen erhöhten sich infolgedessen bedeutend. Während des Deutschen Krieges 1866 etwa wurden mehr als 30.000 Briefe von und nach der Armee durch die preußische Feldpost befördert.

Der Deutsch-Französische Krieg 1870/1871 war dann gewissermaßen ein Testfall für die neue Feldpost, die Generalpostmeister Heinrich von Stephan ausgearbeitet und umgesetzt hatte. Die norddeutsche Feldpost bestand während dieses Krieges aus 77 Feldpostanstalten mit 292 Beamten, 202 Unterbeamten, 294 Postillionen, 869 Pferden und 188 Fahrzeugen.

Für das Hauptquartier war eine besondere Postverbindung eingerichtet, die den Eisenbahnweg nutzte und dafür sorgte, dass die Post zwischen Berlin und Paris innerhalb von 24 Stunden ausgeliefert werden konnte. Da sich die Operationen während des Krieges auf ein Gebiet von über 170.000 qkm erstreckten, waren 411 Feldpostanstalten nötig, um die mehr als 90 Millionen Briefe, 2,5 Millionen Zeitungen und 2 Millionen Pakete zu befördern.

Schon kurz nach der Einrichtung der Deutschen Reichspost wurde durch das Amtsblatt 3 vom 23. Mai 1871 die Klasseneinteilung geändert. Eine Unterteilung in Postämter I. und II. Klasse wurde aufgehoben. Aus den Postexpeditionen I. Klasse wurden Postverwaltungen. Die Postexpeditionen II. Klasse wurden entweder in Postexpeditionen oder in die neue Form der Postagentur umgewandelt. Postagenturen hatten zwar den Postbenutzern gegenüber die gleichen Aufgaben und Befugnisse wie andere Postanstalten, waren aber in der Betriebs- und Kassenführung wesentlich einfacher gestaltet. Seit dem 20. August 1871 sind sämtliche Postanstalten „Kaiserlich".

Mit dem 1. Januar 1876 kam die Verwaltung des Post- und Telegraphenwesens, vom Ressort des Reichskanzlers unter Leitung des General-Postmeisters. Er war damit Chef einer obersten Reichsbehörde. Aus den Post- und Telegraphen-Direktionen wurden „Ober-Postdirektionen". Ihnen unterstellt waren die Postämter, Telegraphenämter und Postagenturen.

Auf den Oberpostdirektionsbezirk Stettin – 12 251 qkm – kamen 1850 rund 562 000 Einwohner, auf den Bezirk Köslin – 14 400 qkm – rund 449 000 Einwohner. Am 10. Februar 1943 wurde die Oberpostdirektion Köslin aufgehoben und der Oberpostdirektion Stettin zugeteilt.

Die Zahl der Einwohner im Oberpostdirektionsbezirk Stettin stieg von 562 000 Einwohnern auf rund 2,2 Mio im Jahre 1942; im Bezirk Köslin von 449 000 auf rund 839 000 im Jahre 1935. Im Jahre 1852 waren in Pommern 91 Postanstalten vorhanden; ihre Zahl stieg auf 3051 im Jahre 1942. Gab es 1852 insgesamt 913 Postbeamte, so waren es 1900 rund 6910 und 1942 13.967.

Entfielen auf jeden Einwohner 1850 im Durchschnitt drei Briefsendungen, so waren es 1900 30 und 1942 rund 150. Die stete und zunehmende Entwicklung im Paketverkehr zeigen folgende Zahlen: Es wurden 1850 in Pommern eingeliefert 331.000 Paketsendungen, 1900 rund 3,7 Mio und 1942 8,3 Mio, d. h. auf den Einwohner entfielen 1936 rund 280 Pakete.

Manfred Pleger
Pommern, Kunst, Geschichte, Volkstum, Heft 1/1967

Pommern auf Åland

Ein Segelschiff und mehr

Die Pommern ist eine 1903 unter dem Namen „Mneme" gebaute stählerne Viermastbark (Windjammer). Sie liegt heute als Museumsschiff im finnischen Mariehamn auf den Åland-Inseln. Die Mneme lief 1903 auf der Werft J. Reid & Co. im schottischen Glasgow für die Hamburger Reederei B. Wencke Söhne (1873–1906) am 24. Februar 1903 vom Stapel, deren Tradition es war, ihre Schiffe nach griechisch-mythologischen Gestalten wie Melpomene, Hebe, Erato zu benennen. An ihren ersten Namen erinnert die Galionsfigur Mneme.

So ist die Viermastbark ausgestattet: Stahlmasten mit Mars- und Bramstengen, geteilte Mars- und Bramsegel, keine Royalsegel, Besanmast als Pfahlmast (ohne Stenge) mit einer Gaffel. Die Segelfläche betrug 3.240 qm. Die Mannschaft bestand damals aus nur 24 Mann, davon 16 Decksleute, heutzutage undenkbar.

Die ersten vier Rundreisen führten das Schiff der Hamburger Reederei zur Salpeterküste Chiles, sie nahm Kohle mit und brachte Salpeter zurück. Nach dem Tod des Reeders Friedrich Wencke, des Sohnes des Firmengründers Bernhard Wencke, und nach der Schließung der Reederei gemäß dem letzten Willen des Reeders, wurde die Viermastbark am 30. Januar 1906 an die „Hamburger Rhederei Actien-Gesellschaft von 1896" und am 27. November des gleichen Jahres weiter an die Reederei F. Laeisz verkauft. Da es bei F. Laeisz üblich war, allen Schiffen der Reederei seit 1876 einen mit „P" beginnenden Namen zu geben, das waren die legendären sog. Flying P-Liner, erhielt das Schiff den Namen **Pommern**. Bis 1921 blieb sie bei der berühmten Reederei, kam danach als Kriegsreparation nach Griechenland. Am 28. Mai 1923 kaufte der finnische Großreeder Gustaf Erikson die Pommern. Seither war ihr Heimathafen Mariehamn auf den finnischen Åland-Inseln.

Sie fuhr nun in der Weizenfahrt zwischen Australien und Europa. Während des Zweiten Weltkrieges – sie kehrte kurz vor dessen Ausbruch am 21. August 1939 von einer Australien-Reise via Kap der Guten Hoffnung über Hull zurück – wurde sie in Mariehamn aufgelegt, gegen Ende des Krieges im Sommer 1944 aus Sicherheitsgründen nach Stockholm verlegt und dort als Getreidespeicher eingesetzt. 1945 kehrte sie mit einer Getreideladung, die in Turku (schwedisch Åbo) gelöscht wurde, in ihren Heimathafen zurück. Das war ihre letzte Reise unter der Erikson-Flagge. Nach Eriksons Tod am 15. August 1947 schenkte sein Sohn und dessen Frau Solveig am 22. Januar 1953 die Pommern ihrer Heimatstadt Mariehamn, in der sie heute noch in alter Pracht als Museumsschiff zu besichtigen ist. Auflage war, das Schiff unverändert zu erhalten. Die Pommern wurde 1968 nach Schäden am Unterwasserschiff im Trockendock von Turku repariert. 1975 erfolgte eine Präsentation in Stockholm. Weiteren Instandsetzungsarbeiten wurde sie im selben Jahr, 1987 und 1996 in Stockholmer Werften unterzogen, um ihren erstklassigen Erhaltungszustand zu bewahren – weitere Überholungen folgten. Seit 2017 wird die Pommern erneut instand gesetzt und ist ab 2019 wieder im Schifffahrtsmuseum Åland im Hafen Västerhamn in Mariehamn für die Besucher zugänglich.



Sie gilt als einzig erhaltene Viermastbark im Originalzustand, auch unter Deck. Vom Kapitänssalon bis zur Kombüse – alles Original. Es mutet an, dass die Mannschaft jeden Moment zurückkommen und die Arbeit wieder aufnehmen könnte. Das Schiff ist Zeuge einer großartigen Ära der Schifffahrt, obwohl das Leben der Besatzung damals überaus hart war.

Heute finden im Laderaum Fotoausstellungen und Filmvorführungen über das Leben an Bord statt.

Das Schiff kann auch für private Veranstaltungen gemietet werden.

Auf den Åland - Insel gibt es außerdem ein Hotel Pommern sowie einen schmackhaften Pommern-Gouda.

PAZ-Leser Dieter Kroll aus Lestene/Lettland hat die Pommern auf Åland entdeckt.

(http://www.visitaland.com) BS.

Ein Tollhaus

Zu: Wie Deutschland mit Piraten umgeht (Nr. 34)

Liest man als Außenstehender den Artikel über Deutschlands Umgang mit verurteilten Piraten, könnte man zu dem Schluss kommen, dass Deutschlands Legislative und daraus folgend auch die Judikative von Geisteskranken beherrscht wird. Daran schließt sich auch das Urteil des Münsteraner Oberlandesgerichts zum Fall des nach Tunesien abgeschobenen Leibwächters von Osama bin Laden an. Erschreckend.

Und nun wird auch noch bekannt, mit welchen Selbstbeschuldigungen man beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge beste Chancen auf Asyl hat. Da bewerben sich IS-Henker, afrikanische Kriegsverbrecher mit Stolz vorgetragenen und aufgeführten Verbrechen. Und in dieser Behörde wird auch nur über die Möglichkeit von Asyl nachgedacht und dann auch noch gewährt.

Liest man das alles, könnte man durchaus zu der Überzeugung kommen, dass Hitler oder Eichmann heute gute Chancen hätten, in dem Tollhaus Bundesrepublik Asyl zu bekommen. Es würde sich garantiert auch ein Verwaltungsrichter finden, der eine Auslieferung dieser beiden in die USA verbieten würde, weil ihnen da die Todesstrafe drohte.

Bei diesen Politikern und Juristen und dem Rechtszustand, in dem sich unter der Kanzlerschaft der Frau Merkel dieses Land im 13. Jahr ihrer Herrschaft befindet, wäre dies denkbar. Mit dieser Bundeskanzlerin und den mehrheitlich gewissenlosen Politikern kann man sich alles vorstellen.

Christian Herbig, Alsterbro/Schweden

Festakt mit wenig festlichem Beigeschmack

Zu: Hauptsache europäisch (Nr. 35)

Was sich die Ostpreußen am 25. August in der St. Johanniskirche in Lüneburg beim Festakt (zur Wiedereröffnung des Ostpreußischen Landesmuseums, d. Red.) von den geladenen Ehrengästen so anhören mussten, war schon bemerkenswert. Ich saß in einer Bankreihe, wo Ostpreußen der Erlebnisgeneration anwesend waren, die Flucht und Vertreibung als Kinder erfahren mussten.

Die Begrüßung durch die Hausherrin, Ltd. Superintendentin Christine Schmid, war schon ungewöhnlich. Da stand eine Theologin im Freizeit-Look. Der Würde des Hauses und dem Festakt nach hätte man eine Talar-Kleidung erwarten können. Frau Schmid berief sich auf ihre ostpreußischen Wurzeln, die ihr aber wenig zu bedeuten scheinen. So sei sie durch ihre Angehörigen ins Landesmuseum „geschleppt" worden.

Dass von einigen Rednern immer wieder das Wort „Migranten" vorgebracht wurde, sollte offensichtlich gegenüber den Ostpreußen als „Wink mit dem Zaunpfahl" gemeint sein. Neben mir erboste Ostpreußen sagten: Wir waren keine Migranten.

Björn Thümler, als kompetenter niedersächsischer Minister für Wissenschaft und Kultur, meinte, den Ostpreußen die Worte „Chauvinismus", „Nationalismus" und „billiger Populismus" präsentieren zu müssen. Was wollte er den Ostpreußen damit sagen? Wollte er mit „billiger Populismus" den Alt-Sprecher der LO, Wilhelm von Gottberg, treffen? Bekanntlich sitzt dieser für die AfD im Bundestag. Als CDU-Mann weiß Thümler, dass die AfD Fleisch von der CDU ist.

Bernd Dauskardt, Hollenstedt



Harmonie nach dem Festakt: Kulturstaatsministerin Monika Grütters (Mitte) und Niedersachsens Minister für Wissenschaft und Kultur, Björn Thümler (3. v. l), bei der Wiedereröffnung des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg Bild: H. Tews

Frisierte Opferzahl

Zu: Die Qual der Zahl (Nr. 34)

Wenn sich seit Jahren die Opferzahlen ständig verändern, fremde rauf, eigene runter, wie am Beispiel Dresden festzustellen ist, muss das natürlich Misstrauen wecken. Ganz am Anfang stand die beeidigte Aussage des damaligen Chefs des Verteidigungsbereichs Dresden, Matthes, der glaubhaft 253 000 Opfer nennt, und diese Zahl auch noch verifiziert: 35 000 Vollidentifizierte, 50 000 Teilidentifizierte sowie 168 000, an denen es nichts zu identifizieren gab. Diese Gesamtzahl deckt sich auch in etwa mit den 300 000 Opfern, die das US-Außenministerium nennt.

Noch 1992 gab das Dresdener Rathaus auf Anfrage 200 000 bis 300 000 Todesopfer an. Dieser Realitätssinn wurde ihm mit der Definitionshoheit der neuen Machthaber ausgetrieben. Wer heute fragt, bekommt die von der Politik festgeschriebene Zahl von „zirka 22 000" genannt.

Um dem Ganzen einen seriösen Anstrich zu geben und Zweiflern den Wind aus den Segeln zu nehmen, setzte man schließlich eine „Historikerkommission" ein. Garant für das Zustandekommen eines Wunschergebnisses war Wolf-Dieter Müller als deren Leiter, bekannt für seine ganz persönliche Auslegung geschichtlicher Ereignisse. Das Ergebnis dieser „wissenschaftlichen Feststellung", wie sich der Autor ausdrückt, war die nun als unumstößlich gehandelte Zahl von 25 000.

Dabei bedarf gar es keines wissenschaftlichen Diskurses, wenn man einmal dazu übergehen würde, seinen gesunden Menschenverstand zu gebrauchen. Am 12. März 1945 kam es auf der Insel Usedom zu einem schlimmen Massaker. Ab 12 Uhr luden 642 Bomber über eine Stunde ihre Last auf Swinemünde ab. Am Ende zählte man 23 000 Tote. Stellt man nun Swinemünde mit seinen damals 25 000 Einwohnern und Dresden mit 500 000 Einwohnern plus zahlreicher Flüchtlinge gegenüber, wird das Absurde der frisierten Dresdener Zahl deutlich.

Ulrich Löbert, Quedlinburg

Japan als Vorbild

Zu: Wenn „Vielfalt" die Freiheit frisst (Nr. 33)

Alle, die an den Schalthebeln von Einfluss und Macht sitzen, machen genau das Gegenteil: Unter dem Deckmantel von „Toleranz", „Nächstenliebe" und vor allem gegen „Rechts" wird von allen einflussreichen Organisationen, einschließlich Bundestag und der Kirchen, der Untergang der deutschen Nation betrieben, und das auch noch mit finanzieller Unterstützung der in dieser „Bewegung" gehätschelten Aktivisten.

Der *PAZ*-Beitrag müsste Pflichtlektüre an allen Einrichtungen werden, die sich mit der deutschen Geschichte und dem Begriff „Nation" befassen. Wie es richtig geht, macht Japan vor.

Wolfgang Winkelmann, Salzwedel

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Still ruht der Theologen-See

Zu: Kein Schutz für Christen (Nr. 31)

Welche Aufgaben haben eigentlich unsere christlichen „Würdenträger" in den Kardinals- und Bischofsrängen? Sind sie auch für den Schutz und das Wohlergehen ihrer fast 50 Millionen „Schäfchen" hier in diesem Lande zuständig? Und gehört es zu ihren Aufgaben, das Christentum weltweit zu fördern und zu schützen? Seltsam. Mir erscheint es, dass sie wesentlich an einer Art Steigbügelhalterrolle für die neue Religion Gefallen gefunden haben, die sie tatkräftig unterstützen.

Wenn Christen weltweit verfolgt und terrorisiert werden, ist das für sie wohl eher ein untergeordnetes Thema. Bin ich taub oder warum höre ich nicht ihren Aufschrei von den Kanzeln und in den Medien, wenn christliche Menschen beispielsweise in Nigeria bedroht und verfolgt werden?

Gerade die beiden oberen Kirchenvertreter, Kardinal Reinhard Marx und der Vorsitzende der Evangelischen Kirche Deutschlands, Heinrich Bedford-Strohm, könnten mit ihrem Bekanntheitsgrad hier wahre Wunder bewirken – allein schon durch ihre Medien-Affinität und Einfluss in Regierungskreisen. Doch still ruht der See. Gleiches gilt für den Papst, der zu allen möglichen Themen Stellung bezieht. Doch wenn es gegen seine christlichen Glaubensbrüder und -schwestern geht, bleibt auch er auffällig still. Ist das schon eine stillweigende Kapitulation vor der bald übermächtigen neuen Religion hier und weltweit?

Henry Stephan, Himbergen

Die Absicht, eine Mauer zu errichten

Kommt sie oder kommt sie nicht? Bei den Berliner Festspielen wird über das Kunstprojekt eines Filmregisseurs gestritten

Ein Russe hat in Berlin die Absicht, eine Mauer zu errichten. Das Kunstprojekt ist die umstrittenste Aktion im Rahmen der Berliner Festspiele.

Umstritten ist es jetzt schon. Kritiker betiteln es als „stalinistisches Disneyland" und Befürworter als spektakulärstes Kunstereignis seit der Reichstagsverhüllung des Künstler-Ehepaares Christo und Jeanne-Claude. Berlin hat schon vieles ertragen müssen. Ob die Hauptstadt nun auch noch das Film- und Kunstprojekt „DAU Freiheit" unbeschadet überlebt, ist noch ungewiss. Ebenso ungewiss ist bis jetzt auch noch, ob das „gesellschaftliche Experiment, das die Wahrnehmung Berlins verändern wird", so die Veranstalter, überhaupt rechtzeitig genehmigt werden kann.

Vom 12. Oktober bis zum 9. November soll ein ganzes Straßenviertel am Boulevard Unter den Linden zum Kunstprojekt erhoben werden. Der russische Filmemacher Ilja Chrschanowskij möchte auf diese Weise Diktatur erlebbar machen. In der Mitte Berlins soll dabei eine Mauer mit 430 Mauerteilen in Originalgröße ein ganzes Stadtviertel für vier Wochen abgrenzen. Besucher erwerben keine Eintrittskarten, sondern beantragen Visa im Internet.

Man erhält ein Visum, nachdem man persönliche Daten abgegeben, also einen Fragebogen beantwortet hat. Kostenpunkt ist fast wie in alten Zeiten 25 Euro für ein Tagesvisum, 15 Euro für einen zweistündigen Besuch, und 45 Euro zahlt, wer ein Diplomatenvisum erwirbt. Das Handy wird am Eingang abgegeben, um die Verbindung zum Heute zu kappen. Das ausgehändigte Smartphone ist ohne Netzanschluss und erstellt mittels einer App für jeden eine individuelle Reiseroute.

Betritt man den Kunstraum unter freiem Himmel, erinnert das Szenario an die Zeit des „Kalten Krieges" mit Mauer und Wachtürmen. Besucher sollen hier die Erfahrung des Freiheitsverlustes machen und über Totalitarismus und Überwachung sinnieren. Provokant dabei: die Errichtung der temporären Mauer mitten unter den Linden.

Ursprünglich beantragte der Intendant der Berliner Festspiele, Thomas Oberender, in Zusammenarbeit mit Chrschanowskij, am 13. August ein Areal, das vom Kronprinzenpalais bis zur Spree reichte und das Gelände der Staatsoper mit einschloss. Der Zugang zur „Stadt in der Stadt" sollte über die Tiefgarage unterm Bebelplatz sein. Dieser Antrag ist nach heftiger Kritik seitens der Behörden, allen voran des grünen Bezirksbürgermeisters von Berlin-Mitte, Stephan von Dassel, der die kurze Vorlaufzeit für die umfangreichen sicherheitsrechtlichen Prüfungen kritisierte, vom Tisch. Die Berliner Festspiele legten daraufhin ein modifiziertes Konzept vor, sodass das „DAU-Projekt" nun wesentlich kleiner ausfallen wird als geplant. So sollen die Staatsoper und die Barenboim-Said-Akademie außen vor bleiben.



Maueropfer: Auch die Stralsunder Perform[d]ance Jugendcompany errichtete bei den Berliner Festspielen eine (Bühnen-)Mauer

Bild: Steffi Hielcher

Dennoch könnte das Projekt insgesamt scheitern, da wegen der 2,75 Tonnen schweren und 3,70 Meter hohen Segmente die Belastbarkeit des Untergrundes genau geprüft werden muss. Während sich Kulturstaatsministerin Monika Grütters und Berlins Bürgermeister Michael Müller begeistert zeigen von diesem „Welterеignis" und die Freiheit der Kunst rühmen, regt sich auch unter Prominenten, Berliner Bürgern und ehemaligen DDR-Bürgerrechtlern wie Konrad Weiß Widerstand. In einem offenen Brief an Müller und Grütters mahnte Weiß an, dass ein Stück Berlin neuerlich mit einer Mauer zu schänden, für ihn unerträglich sei (siehe *PAZ* vom 14. September).

Die ganze Idee beruht auf Filmarbeiten des Regisseurs Chrschanowskij über den Physiker und Nobelpreisträger Lew Landau (1908–1968), dessen Spitzname kurz „Dau" war. Von 2009 bis 2011 startete der Regisseur in Charkiw in der Ukraine ein besonderes Filmprojekt. Auf 12 000 Quadratmetern schuf er „Das Institut", einen Nachbau des Labors und Lebensraumes von Landau. Hier lebten bis zu 400 Menschen und gingen ihren alltäglichen Verrichtungen nach unter Totalüberwachung wie in Stalins Machtimperium. Daraus entstanden 700 Stunden Filmmaterial, 13 Spielfilme und mehrere Serien über eine Zeitreise durch 30 Jahre Sowjetgeschichte. Das Material wird im Rahmen des „DAU-Projektes" in Berlin erstmals vorgeführt. Den Gästen wird durch eine Großinstallation eine künstlich geschaffene Realität gezeigt. Am 9. November, dem Tag des Mauerfalls, soll der Mauernachbau niedergerissen werden.

In Berlin gibt es den Auftakt des dreiteiligen Projektes unter der Bezeichnung „Freiheit". Danach können Besucher in Paris die Installation „Gleichheit" und in London die Veranstaltung „Brüderlichkeit" erleben.

Die Berliner Festspiele realisieren das ganze Jahr über eine Vielzahl von Festivals, Ausstellungen und Veranstaltungen in ihren Häusern in der Schaperstraße und dem Martin-Gropius-Bau, aber auch an anderen Orten der Stadt. „Neues sichtbar zu machen", haben sich die Macher auf ihre Fahnen geschrieben, und sie agieren damit auch ganz im Sinne des Festivalintendanten Oberender, der seit 2012 dabei ist und zwischen 2006 und 2011 Schauspieldirektor bei den Salzburger Festspielen war.

Das diesjährige Musikfest Berlin hat anlässlich des 100. Geburtstags von Bernd Alois Zimmermann und des 100. Todestages von Claude Debussy zentrale Werke dieser Komponisten präsentiert. Das Konzertleben Berlins startete damit in die neue Spielzeit. Das Jahresprogramm umfasst unter anderem die neue Kunst für Planetarien „Immersion" (26. September bis 14. Oktober in einer mobilen Kuppel auf dem Mariannenplatz), das Jazzfest Berlin (1. bis 4. November im Haus der Berliner Festspiele), das Theatertreffen (3. bis 19. Mai 2019), die MaerzMusik, eines der wichtigsten Festivals für neue Musik in Deutschland (22. bis 30. März 2019), außerdem Bundeswettbewerbe für Jugendliche zum Thema Theater, Tanz, Musik und kreatives Schreiben.

Besonders erwähnt seien hier noch die Ausstellungen im Martin-Gropius-Bau, wo noch bis zum 7. Januar 2019 die auf dem spektakulären Kunstfund basierende Schau „Bestandsaufnahme Gurlitt" präsentiert wird. Archäologische Neufunde und interessante Perspektiven zu alten Funden zeigt die Ausstellung „Bewegte Zeiten. Archäologie in Deutschland" vom 21. September bis 6. Januar 2019. *Silvia Friedrich*

Infos: www.berlinerfestspiele.de

Appetit auf Fisch

Lust auf Meer – Zehn Jahre Ozeaneum in Stralsund

Hier können Kinder aus nächster Nähe sehen, woraus ihre Fischstäbchen bestehen. In den Tunnelaquarien des Stralsunder Ozeaneums schwimmen die Fische der Gattung Dorschartige über ihre Köpfe hinweg. Mehr als sechs Millionen Besucher sind seit Eröffnung des Ozeaneums vor zehn Jahren auf Unterwasserreise durch die nördlichen Meere gegangen. Damit ist es Norddeutschlands meistbesuchtes Museum, trägt sich als eigenständige GmbH wirtschaftlich selbst und erhielt 2010 die Auszeichnung „Europas Museum des Jahres".

Nun will die „Muttereinrichtung" im zehn Minuten entfernten ehemaligen Katharinenkloster nachziehen. Für 30 Millionen Euro soll das „alte" Meeresmuseum modernisiert werden und nach vorübergehender Schließung ab 2020 im Jahr 2022 in neuem Schick und vor allem barrierefrei wiedereröffnen. Schon ab 2019 jedoch sollen beide Museen samt ihrer Außenstellen Dänholm und Darßer Ort wirtschaftlich zusammengeführt, das heißt die Ozeaneum-GmbH in die Stiftung Meeresmuseum vollständig überführt werden. Die Trennung von kaltem Meer im Ozeaneum und warmem Meer mit seinen Tropenfischen im Meeresmuseum bleibt erhalten.

Schon bei der Eröffnung des Ozeaneums wurde dessen Umund Ausbau angekündigt. So ist die Zahl der Aquarien von 39 auf 50 gestiegen. Hinzugekommen sind unter anderem die Säulenaquarien mit Seenadeln, Schwebegarnelen und Seehasen. Tiere, die in den großen Aquarien untergehen würden. Geändert hat sich auch der Bestand des 2,6 Millionen Liter großen Schwarmfischbeckens. Zum Jubiläum aufwendig saniert und mit einem gestrandeten Frachter anstatt des alten Pottwalskeletts dekoriert, tummeln sich hier jetzt Makrelen, Brassen, Wrack- und Zackenbarsche, Drückerfische, verschiedene Rochenarten und Ammenhaie.



Fischschwarm in Augenhöhe

Bild: Ozeaneum/Kunz

Damit sich die mühsam gefangenen Tiere nicht gegenseitig zu Leibe rücken, erhalten sie dreimal in der Woche je 30 Kilo hochwertiges Futter, das sonst nur für die Gastronomie geordert wird. Der anfängliche Heringsschwarm konnte sich hier nicht halten. Die sensiblen Tiere haben sich ein eigenes Becken erkämpft.

Insgesamt ziehen 100 verschiedene Arten an Meerestieren im Ozeaneum ihre Runden. Lebende Meeressäugetiere sind nicht dabei. Attraktion ist die Sandtigerhai-Dame Niki, die 2012 von ihrem Aquarium im Berliner Zoo nach Stralsund umzog: fast drei Meter lang und über 230 Kilo schwer. Sie teilt sich die besondere Aufmerksamkeit mit den Humboldtpinguinen auf dem Dach des Ozeaneums.

Zusammen mit den lebensechten Walnachbildungen im Ausstellungsbereich entführen sie die Besucher dann doch noch in südliche Gewässer. Die tägliche Schaufütterung um 12 Uhr ist der Hit, besonders für Kinder. Diese finden zudem in dem 2017 als Dünenlandschaft mit Leuchtturmrutsche und Demonstrationsbecken komplett neu gestaltetem „Meer für Kinder" eine kleine Spieloase inmitten des Museumsrundgangs. Dank der orangen Linie als Wegweiser kann man sich dabei heute nicht mehr verlaufen. *Helga Schnehagen*

Ozeaneum, Hafenstraße 11, 8439 Stralsund, geöffnet täglich von 9.30 bis 20 Uhr, Internet: www.ozeaneum.de

Zitrone des Nordens

Gesund, aber sauer – Jetzt reift die vitaminhaltige Sanddornfrucht

Noch ist der Sommer nicht ganz vorbei und sind viele Eisdielen geöffnet. Mancherorts wird dort jetzt Sanddorn-Eis angeboten. Sanddorn? Das sind die an den Küsten der Nord- und Ostsee beheimateten Pflanzen, deren schmackhafte orangerote Früchte man gegenwärtig pflücken kann.

Sanddorn wächst vor allem in den sandigen Dünen von Nord- und Ostsee. Und so erklärt sich auch sein Name. Das Wildobstgewächs mit den silbergrauen Blättern findet man aber auch in den Bergen wie den Alpen oder an Bächen. In den Dünen sorgt es mit seinem ausgedehnten Wurzelsystem für eine gute Befestigung des Bodens und bietet als Strauch Schutz gegen Wind. An den Küsten sind der Boden und die Luft durch das Meer salzhaltig. Der Sanddorn kommt damit klar und ist damit anderen Pflanzen im rauen Meeresklima überlegen.



Leckere Strandfrucht: Sanddorn auf der Insel Poel

Bild: Derzno

Von Mitte August bis in den Dezember hinein leuchten die Früchte des Sanddorns verlockend an den Sträuchern. Die Beeren hängen dicht gedrängt an den Ästen des weitverzweigten Strauches und laden zum Pflücken ein, was aber nicht so ganz einfach ist. Die Pflanze schützt sich mit langen Dornen, vor denen man sich nur mit soliden Gartenhandschuhen schützen kann.

Sanddorn stammt ursprünglich aus Nepal und benötigt viel Licht. Die Beeren sind bekannt für ihren hohen Vitamin-C-Gehalt. Schon vier bis sechs Früchte reichen aus, um den Tagesbedarf eines Menschen an Vitamin C zu decken. Außerdem enthalten die Beeren viele Mineralien und das so wichtige Vitamin B12, das man in ausreichenden Mengen sonst nur in Fleischprodukten findet. Somit können auch Vegetarier und Veganer ihren Vitaminbedarf damit decken. Allerdings sind die Früchte sehr sauer. Schmackhafter werden sie, wenn man sie verarbeitet zu sich nimmt, als Saft, Marmelade, Gelee, Bonbons, Kuchen, Sirup, Suppe – oder Eis. Weil man dem Sanddorn auch wundheilende und entzündungshemmende Wirkung nachsagt, verwendet man ihn zudem in der Medizin- und Kosmetikindustrie.

Sanddornhecken entwickeln ein dichtes Astwerk, sodass sich viele Vögel darin wohlfühlen und Unterschlupf finden. Auch sie naschen die Beeren gerne, denn sie bieten ihnen Nahrung bis in den Winter hinein. Die Pflanze wächst zumeist wild, jedoch gibt es besonders im Osten der Republik auch Betriebe, die Sanddorn in Plantagen anbauen. Aus den Früchten werden Sirup, Saft, Marmelade, Tees, Bonbons, auch Seife und vieles mehr hergestellt.

Andere Namen für die Pflanze sind Weidendorn, Seedorn oder Fasanenbeere. Da die Früchte bis zu zehnmal mehr Vitamin C enthalten als Zitronen, werden sie auch „Zitrone des Nordens" genannt. *S. Friedrich*

Verarbeitung des Kindheitstraumas nach über 70 Jahren

„Diese Geschichte drängte danach, aufgeschrieben zu werden, denn sie fürchtete sich, vergessen zu werden.“ So umschreibt Renate Knappe ihr Bedürfnis, von der Tragödie zu berichten, die inzwischen mehr als 70 Jahre zurückliegt, deren Auswirkungen sie aber heute noch bedrücken.

Knappe hatte einen sehr schweren Start ins Leben. Kurz vor Kriegsende 1945 war sie, ein dreijähriges Mädchen aus Ostpreußen, allein in Pommern zurückgeblieben. Ihre Familie war auf der Flucht auseinandergerissen worden. Durch einen Bombenangriff verlor sie auch noch ihre ältere Schwester, während der Verbleib ihrer jüngeren Schwester, damals ein Baby von fünf Monaten, ungeklärt blieb. Einige Jahre später war sie wieder mit Mutter, Bruder und der vermeintlichen jüngeren Schwester vereint. Aber war das vierjährige Mädchen, das ihre Mutter 1951 zu sich holte, wirklich ihre Schwester Lilly? Diese Frage beschäftigt Knappe nach wie vor sehr. Dem Bedürfnis, ihre Geschichte so vollständig und klar wie möglich darzustellen und als Buch zu veröffentlichen, ist sie nachgekommen. Dem Buch gab sie den Titel „Nächtliche Gedankenflut. Ein Suchkind erzählt“.

In der Pressemitteilung des Verlags ist von einem Roman die Rede, aber das ist sicherlich nur ansatzweise zutreffend. Die Schilderungen der Fluchterlebnisse beruhen teilweise nur auf einzelnen Erinnerungsfetzen der Autorin. Dass sie überhaupt Erinnerungen bewahrt hat, ist außergewöhnlich angesichts der Tatsache, dass sie noch ein Kleinkind war, als sie am 17. Januar 1945 in Deutsch-Eylau bei Eiseskälte mit ihrer Mutter und den Geschwistern in einen Güterzug voller Flüchtlinge stieg. Nena, wie sich Knappe in ihrem Buch nennt, hatte drei Geschwister: Wolfram (zehn Jahre), Britta (neun Jahre) und das Baby Lilly. Ihr Vater, der als Sportlehrer bei der Wehrmacht beschäftigt war, durfte die Seinen nicht begleiten. Sie haben ihn nie wiedergesehen.

50 Tage war der Flüchtlingszug in den Wirren des Krieges mit den verängstigten, frierenden und hungernden Menschen Richtung Westen schon unterwegs, bevor er in der Nähe von Kolberg erneut für längere Zeit anhielt. Da sich die Nachricht verbreitete, dass in Kolberg Bäcker noch Brot backen und an Flüchtlinge verteilen würden, entschloss sich die Mutter, ihre Töchter für kurze Zeit allein zu lassen, um gemeinsam mit Wolfram in der Stadt Brot oder irgendetwas Essbares zu beschaffen. Auf dem Rückweg aber wurden die beiden von russischen Soldaten mit vorgehaltenem Gewehr aufgehalten. Die Soldaten befahlen ihnen, zum Hafen zu gehen, da alle Züge geräumt worden seien und das Gebiet zur Kampfzone erklärt worden war. Ihrer Mutter und Wolfram blieb nichts anderes übrig, als zu gehorchen. Sie gehörten zu den ungefähr 70000 Menschen, die im März 1945 binnen 14 Tagen per Schiff aus Kolberg evakuiert wurden.

Unterdessen hatten Nena und Britta mit dem Baby auf Befehl der Soldaten mit den anderen Flüchtlingen den Zug verlassen. Kurz nachdem die Kinder in einem Bauernhaus untergekommen waren, spielte sich ein Schreckensszenario ab, an das sich Knappe nur schemenhaft erinnert. „Es gab einen Riesenknall. ... Dieses Haus, das uns seit wenigen Minuten Geborgenheit gab, fiel mit einem gewaltigen Lärm in sich zusammen. ...Wir haben das Haus verlassen. Wir, das sind zwei Soldaten, Britta und ich. Während Britta uns vorangeht, werde ich von einem der Soldaten getragen.“ Was aber geschah mit dem Baby, das im Kinderwagen lag? Diese ungeklärte Frage sollte ihre Mutter später jahrelang umtreiben.

Nena und Britta kamen auf Befehl eines russischen Soldaten in die Obhut zweier Flüchtlingsfrauen, Mutter und Tochter. Trotz der Pflege durch die beiden „Ersatzmütter“ starb Britta einige Tage später an einer Infektion infolge ihrer schweren Brandverletzungen. Für Nena bedeutete der Tod der Schwester einen unvorstellbaren Verlust. Sie war nun ganz allein auf der Welt.

War die Schwester echt?

Bis zum Sommer 1947 lebte sie mit ihrer Pflegefamilie in Pommern und anschließend auf Sylt. Einige Begebenheiten aus dieser Zeit hat sich die Autorin später von ihrer Ersatzmutter Tante Jette erzählen lassen. Darüber hinaus hatte sie keine Gewährsleute für ihr Buch, denn von ihrer Familie ist niemand mehr am Leben.

Tatsächlich niemand? – Nachdem ihre Mutter sie, die nunmehr sechsjährige Nena, über den Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes gefunden und zusammen mit Wolfram aus Sylt abgeholt hatte, wohnte die Familie in einer mecklenburgischen Stadt. Langsam ging es aufwärts. Die Mutter sorgte durch Arbeit für den Unterhalt der Familie, Nena wurde eingeschult, und sie bebauten ein Stückchen Land. Eines Tages im Sommer 1949 glaubte ihre Mutter, in dem Foto eines kleinen, ungefähr vierjährigen Mädchens in der Suchzeitung ihr verlorenes Baby Lilly wiederzuerkennen. Auch die Hinweise zu dem Kind wie Ort und Zeit seiner Auffindung stimmten mit den bekannten Ereignissen überein.

Es begann ein jahrelanges Tauziehen mit der Pflegemutter der kleinen Anne-Marie, die das Kind aufgezogen hatte und nicht hergeben wollte. Erst nach dem Tod der Frau durfte Nenas Mutter das Kind abholen, das sie für Lilly hielt. Lilly hieß das Mädchen denn auch seither gemäß dem Willen der Mutter. Diese war nun zufrieden, waren doch ihrer Meinung nach nun alle überlebenden Kinder wieder unter ihren Fittichen.

Heute bewertet Knappe einige wenig sympathische Charaktereigenschaften von Lilly, die ihr damals gleich aufgefallen waren, noch wesentlich kritischer. Das hat einen gravierenden Grund. Gut, dass ihre Mutter, die sich für jedes ihrer Kinder nach Kräften eingesetzt habe, nicht mehr miterleben musste, wie Lilly sich von ihrer Familie lossagte, schreibt Knappe. Denn einige Zeit nach dem Tod der Mutter vor über 20 Jahren eröffnete Lillys Ehemann ihr, seiner Schwägerin, dass Lilly nunmehr wieder Anne-Marie heiße und nicht mehr im August, sondern schon im März Geburtstag habe. Alles sei bereits amtlich geregelt. Im Übrigen würde Anne-Marie durch diese Veränderung einige Monate früher Rente beziehen.

Man kann sich unschwer vorstellen, welche Gefühle diese Mitteilung bei Knappe auslöste. Der Kontakt zur vermeintlichen Schwester brach ab. Möglicherweise wird sie nie erfahren, ob Anne-Marie womöglich im Nachlass der Mutter Dokumente gefunden hat, die ihre wahre Identität belegen, und auch nicht, ob ihre Mutter darüber Bescheid wusste, jedoch Stillschweigen bewahrt hat. Sie ist sich aber sicher, „dass die wahre Lilly, wenn es sie denn noch gäbe, ihre Mutter niemals verleugnet hätte, um Geld daraus zu erzielen.“ Dieser Gedanke hat immerhin etwas Tröstliches.

Dagmar Jestrzemski



***Renate Knappe: „Nächtliche Gedankenflut. Ein Suchkind erzählt“**, Tredition Verlag, Hamburg 2018, broschiert, 171 Seiten, 8,99 Euro*

Vom Fluch der Kennedys

In seiner zweimonatlich erscheinenden Magazin-Reihe „Biografie“ beleuchtet der Spiegel Verlag das Leben bedeutender Persönlichkeiten in lockerer Aufmachung, was aufgrund von Bilderstrecken auch eine jeweils kurzweilige Lektüre ist.

Das erste Heft dieses Jahres ist den Kennedys gewidmet, der wichtigsten Politikdynastie der USA, um die sich Legenden ranken und deren Familienmitglieder sich bis heute vieler Sympathien erfreuen. Viel Raum nehmen das Schicksal John F. Kennedys, des 53. Präsidenten der Vereinigten Staaten, und der Fluch ein, der auf der Familiendynastie zu liegen scheint, da viele Clanmitglieder auf tragische Weise starben. *MRK*



***Spiegel Biografie 1/2018: „Die Kennedys. Wie Amerikas wichtigste Dynastie das Land bis heute prägt“**, Spiegel Verlag, Hamburg 2018, broschiert, 124 Seiten, 7,90 Euro*

Zur guten Nacht

Schon der Einband des Bilderbuchs „Der Sternenmann“ verlockt, weiterzublättern. Der kleine Sternenmann sieht zu putzig aus, wie er liebevoll in den Nachthimmel schaut: Ein großes Kompliment an Marta Balmaseda, eine spanische Illustratorin, die Max von Thuns Erstlingswerk wunderbar in Bilder umgesetzt hat. Der Sternenmann wohnt auf einem kleinen Planeten und bringt jede Nacht die Sterne zum Leuchten.

Als ihm eines Nachts der kleinste Stern abhandenkommt, macht er sich auf die Suche nach ihm. Er trifft den Sandmann, den Mondmann, eine Astronautin und die Sonne. Als der kleine Stern gefunden ist, wird klar, warum er sich versteckte. Der Sternenmann macht ihm Mut, denn auch kleine Sterne werden gebraucht und geschätzt.

Wenn Schauspieler sich auch im literarischen Bereich beweisen wollen, kann das schon mal danebengehen. Beim „Sternenmann“ jedoch ist dem Münchener Schauspieler, Musiker und Autor von Thun eine wirklich hübsche Gute-Nacht-Geschichte gelungen, die jedem Kind gefallen wird. Man merkt, dass die Erzählung aus der Lebenserfahrung heraus entstanden ist. Der Autor hat die Geschichten für seinen kleinen Sohn erfunden. Denn Kinder werden die einfühlsame Geschichte vom Sternenmann ganz gewiss lieben und ins Herz schließen. *S. Friedrich*



***Max von Thun, Marta Balmaseda: „Der Sternenmann“**, ars edition, München 2018, gebunden, 32 Seiten, 15 Euro*

Ein echter Irving mit Abstrichen

Wenn ein literarisches Schwergewicht wie der US-Schriftsteller John Irving ein neues Buch herausgibt, warten seine Fans gespannt darauf. Wer die später auch erfolgreich verfilmten Romane „Garp“ oder „Hotel New Hampshire“ gelesen hat, dürfte von der skurrilen und äußerst unterhaltsamen Erzählgewalt des Autors begeistert sein.

Irvings neuem Roman „Straße der Wunder“ fehlen allerdings die genialen, oft grotesken Einfälle seiner früheren Romane. Etwas von der skurrilen Handlung findet zwar noch auf zwei Zeitebenen statt, zwischen denen Irving ständig hin und her wechselt, ihr fehlt es allerdings an Originalität.

Der Roman handelt von Juan Diego Guerrera, einem Müllkippenkind aus Mexiko, und seiner Schwester Lupe. Sie spricht in einer seltsamen Sprache, die nur der Bruder versteht. Während Juan Diego hochbegabt ist und sich das Lesen mithilfe der Bücher beibringt, die er im Müll findet, kann Lupe Gedanken lesen und die Zukunft voraussagen.

Auf der zweiten Zeitebene reist Juan Diego als alternder Schriftsteller durch Ost-Asien, um ein Kindheitsversprechen zu erfüllen. Der „Müllkippenleser“, wie Irving seinen Romanhelden durchgehend nennt, der durch einen Unfall zum hinkenden Krüppel wurde, kommt in Kontakt mit Jesuiten, die ihm aus dem Armutsmilieu heraushelfen. Über ein Waisenhaus gelangen die Kinder zum Zirkus, wo Lupe den Tod findet. Ein homosexueller Jesuit und ein Transvestit adoptieren den Jungen. Er erhält eine bürgerliche Ausbildung in den USA, wo er Erfolgsschriftsteller wird.

Bekanntes aus früheren Werken

Während Irving die Geschichte der Müllkippen-Jugend des Protagonisten in seinem typischen Stil erzählt, fällt die des zweiten Handlungsstrangs deutlich ab. Streckenweise ist sie gähnend langweilig. Der herzkranke Autor, der ständig Probleme mit der Dosierung seiner beiden Medikamente Betablocker und Viagra hat, schläft permanent ein und flüchtet sich in Träume von seiner Müllkippenjugend. Während seiner Reise begegnet er zwei göttergleichen Frauen, Mutter und Tochter, mit denen er phantastische Sexabenteuer erlebt, ob real oder geträumt, wird nicht klar.

Beim Lesen drängt sich der Verdacht auf, dass Irving Elemente seiner früheren Romane genommen, gemixt, verändert und in die neue Geschichte eingefügt hat. So bleibt zwar viel erhalten von der gewohnten absurden Komik, die seinen Schreibstil so unvergleichlich macht, aber gleichzeitig werden echte Irving-Fans enttäuscht sein. Langweilige Passagen, in denen rein gar nichts passiert, lassen die Lektüre des fast 800 Seiten langen Werks zu einer Herausforderung werden.

Manuela Rosenthal-Kappi



***John Irving: „Straße der Wunder“**, Diogenes Verlag, Zürich 2018, gebunden, 784 Seiten, 26 Euro*

Die Märchenwelt ist entsetzt – Ein Fee

Es war einmal ..., so beginnen viele Märchen. Christian Berg ist ein Märchenerzähler, Geschichtenerfinder sowie Musicaldramaturg, -regisseur und -darsteller. Wer ihn schon einmal auf der Bühne erlebt hat, wie er Kinder und Erwachsene gleichermaßen begeistert, der wird sein weiteres Schaffen verfolgen wollen.

Jetzt hat er seine gute Fee aus dem Musical „Rapunzel. Alte Zöpfe – neu geschnitten“ in ein Buch geschrieben. Rumpelröschen soll eigentlich so klein wie Rumpelstilzchen und so schön wie Dornröschen sein, aber ein Sturm verwirbelt die Worte im Feenbuch, sodass aus dem Wesen nicht die Fee Elisander entsteht, sondern ein Feenjunge mit Fliegermütze, grünen Schuhen mit Blütenblättern, der ein Kringelshirt zu einer rote Samthose trägt und darüber ein Ballett-Tutu. Die Märchenwelt ist entsetzt. Die Hüterin der Gesetze und der Volksvertreter verlangen seinen Rauswurf aus dem Märchenland, denn so etwas habe es noch nie gegeben und sei folglich unmöglich.

Die Feeenmacher Meinardus Zappelfee und Ambrosius Fatafeeus sehen das etwas anders, denn das oberste Märchengesetz lautet: „Tritt ein, bring Fantasie hinein, hier soll stets alles möglich sein.“ Von „unmöglich“ also keine Spur. Dennoch muss beratschlagt werden, was mit dem Fee passieren soll. Das vierte Kapitel zeigt eine wunderbare Zeichnung von Christine Faust, die erahnen lässt, dass Berg aus seinem Text ein Musical produzieren wird. Das Bild zeigt die beiden Feenmacher, Rumpelröschen, die Hüterin der Gesetze Feeritalia und den Volksvertreter Boing beim Teetrinken. Überschrieben ist das Kapitel: „Viertes Kapitel, in dem nichts passiert (wegen einer kurzen Pause).“ Hier zeigt sich der Unterhaltungskünstler Berg, der sowohl die Kinder – nämlich mit einem schönen Bild – als auch die Erwachsenen – nämlich mit etwas ganz Unüblichen, das einen aus dem normalen Lesemodus aufrüttelt – beglücken kann.

Rumpelröschen, so geht die Geschichte weiter, soll sich als guter Fee beweisen, dann werde ihm Zauberkraft geschenkt. Er macht sich auf den Weg und trifft auf das Hexenhaus aus dem Märchen „Hänsel und Gretel“ und rettet nicht nur die Kinder, sondern auch die Fee Tanumia Rosabella. Dabei ist ihm gar nicht bewusst, dass er damit eine gute Tat vollbringt. Das Märchenland freut sich, und wenn sie nicht gestorben sind, dann feiern sie noch „so lange, bis alle Süßigkeiten, alle bis auf einen letzten Dominostein vernascht“ sind.

Bergs Märchen ist schön erzählt und in großer Schrift gedruckt, sodass auch Leseanfänger und Menschen mit schwachem Sehvermögen den Text gut lesen können. Jede Doppelseite zeigt mindestens ein Bild und die Grimmschen Märchenfiguren wecken die Lust auf mehr Märchen.

Christiane Rinser-Schrut

Das Musical zum Buch wird am 1. Februar 2019 im Theaterschiff, Hamburg, uraufgeführt.



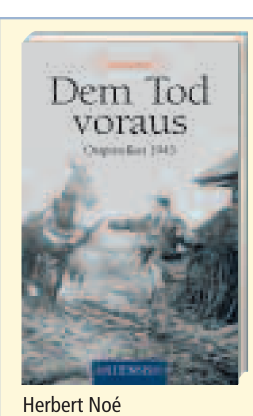
***Christian Berg: „Rumpelröschen“**, Esslinger Verlag, Stuttgart 2018, gebunden mit Spotlack, 109 Seiten, 12,99 Euro*



Ruth Geede
Rote Korallen
Heiteres und Besinnliches aus der Heimat
In Kurzgeschichten und Gedichten, teilweise in ostpreußischer Mundart verfasst, erzählt Ruth Geede, die gebürtige Königsbergerin, mit Liebe und Humor von ihrer Heimat. Das bäuerliche Leben auf dem Land ist die Kulisse für die heiteren Begebenheiten, die den Helden widerfahren. Einer dieser Helden ist der Ohm Sodeikat, der seiner Frau einen überaus teuren Hut kauft, welcher verloren geht und als verdrecktes Katzenbettchen wieder auftaucht. Aber auch dramatische Geschehnisse werden warmherzig beschrieben. Da gibt es zum Beispiel Maria, die nach dem Tod ihres Ehemannes den Verstand verliert. In ihren Geschichten und Gedichten gelingt es Ruth Geede meisterhaft, ihre geliebte und unvergessene Heimat Ostpreußen neu erstehen zu lassen. Mit ihrer ausdrucksvollen Sprache malt sie ein bezauberndes Bild der ostpreußischen Landschaft mit ihren goldenen Weizenfeldern und den kristallschimmernden Seen. 176 Seiten.
Nr. P 533193 Gebunden mit Schutzumschlag 12,95 €

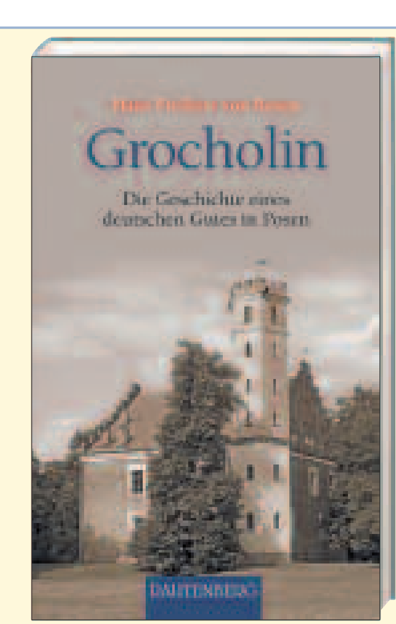


Christian Graf von Krockow
Die Stunde der Frauen
Bericht aus Pommern 1944–1947
Im Sommer 1944 und fast wie im Frieden noch einmal ein großes Fest: Hochzeit im pommerschen Gutshaus. Doch schon wachsen die Schatten, der Zusammenbruch deutscher Herrschaft zeichnet sich ab; eine dramatische Geschichte beginnt. Christian Graf von Krockow berichtet sie nach der Erzählung seiner Schwester Libussa Fritz-Krockow. Der Triumph und die Rache der Sieger, der Untergang einer alten Lebensordnung in Feuer und Blut: Von schrecklichen Dingen ist die Rede, von der Kehrseite des Menschlichen. Aber indem wir erfahren, was wir einander antun können, entdecken wir zugleich, welche Kräfte wir haben, um das Menschliche zu retten. Vor seinem düsteren Hintergrund erzählt dieses Buch vom Mitgefühl und vom Mut, von der Besonnenheit und der Energie zum Handeln. In dieser Zeit schlägt die Stunde der Frauen; sie sind es, die das Leben retten. Von dieser Erfahrung erzählt das Buch in seiner zweiten, seiner in Wahrheit zentralen Geschichte. 248 Seiten
Nr. P 533187 Gebunden mit Schutzumschlag 16,95 €



Herbert Noé
Dem Tod voraus
Ostpreußen 1945
Ein Zeitzeugenbericht.
67 S/W-Abbildungen
168 Seiten/Gebunden
Nr. P 533131 Geb. 14,95 €

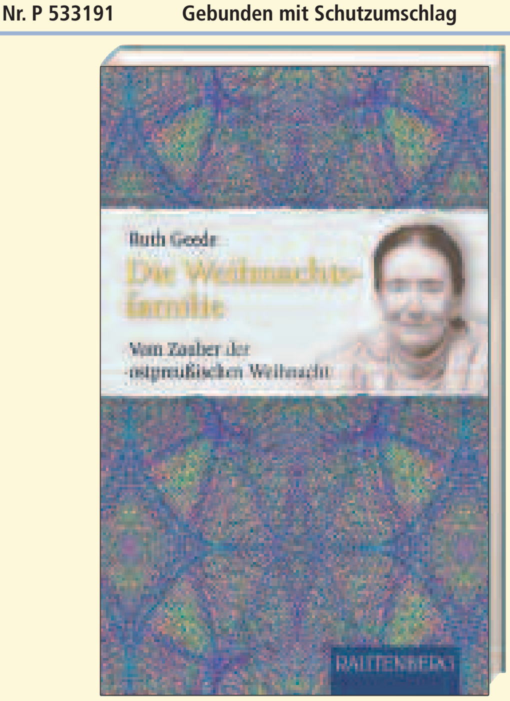
„Wir mussten mit den Wölfen heulen“, das ist die Erkenntnis von Herbert Noé, als er 1945 nach vier Jahren Einsatz an der Ostfront, einem Todesurteil vor einem russischen Militärgericht und seiner Flucht aus dem Gefangenenlager, nach Hause kommt. Schon im gleichen Jahr schreibt er in teilweise erschütternder Direktheit nieder, was er in den letzten Kriegsmonaten im eingeschlossenen Königsberg in Ostpreußen und nach seiner Gefangennahme erlebte, um nichts in Vergessenheit geraten zu lassen. Seine schriftlichen Ausführungen werden durch zahlreiche Originalfotografien von Begebenheiten und Schauplätzen aus der Zeit ergänzt.



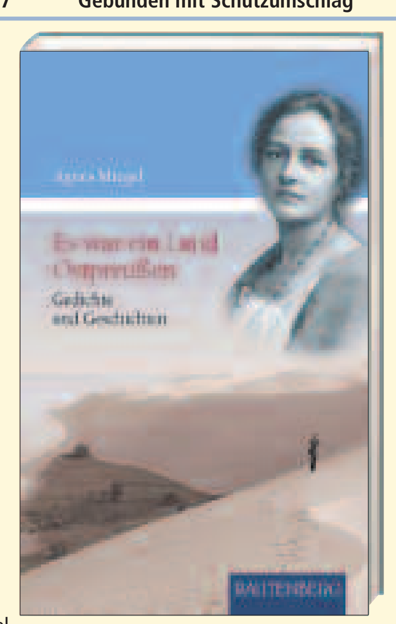
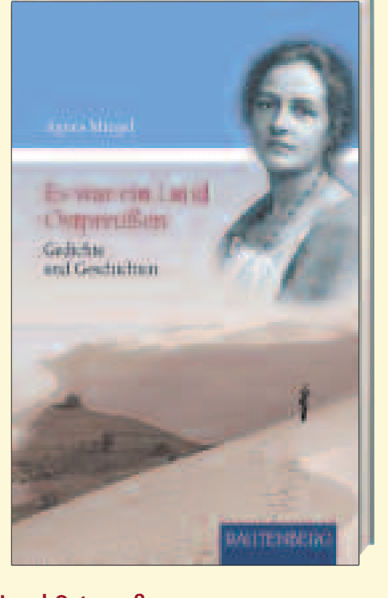
Hans Freiherr von Rosen
Grocholin
Die Geschichte eines deutschen Gutes in Posen
Die Geschichte des Gutes Grocholin führt uns nach Posen in das Gebiet zwischen Weichsel, Warthe und Netze, einer zwischen zwei Völkern umstrittenen Landschaft, in der Polen und Deutsche lange nebeneinander lebten. Es gab dort polnische und deutsche Dörfer, polnische und deutsche Bauern und Gutsherrn, die sich mit ihren Arbeitern in der jeweils anderen Sprache verständigen mussten. Hans Freiherr von Rosen, der letzte Eigentümer von Grocholin, beschreibt in diesem Werk die wechselvolle Geschichte seines Gutes, das 1836 durch Carl von Treskow-Friedrichsfelde erworben wurde und damit in den Besitz der Familie gelangte. Neben der Schilderung des Landlebens auf den östlichen Gütern, den alten Bräuchen und der Familiengeschichte ist dabei noch einiges mehr herausgekommen: Eine Dokumentation des Zusammenlebens zwischen Polen und Deutschen in den Jahrzehnten bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Die letzten Kapitel des Buches, die die Flucht vor der Roten Armee nach Westen beschreiben, wurden von Eva Freifrau von Rosen, der Ehefrau von Hans Freiherr von Rosen geschrieben, die die Erlebnisse im Winter 1945 festgehalten hat. 320 Seiten
Nr. P 533183 Gebunden mit Schutzumschlag 16,95 €



Camilla von Stackelberg
Verwehte Blätter
Erinnerungen aus dem Baltikum
Camilla von Stackelberg erzählt aus ihrem Leben und umspannt dabei die letzten vierzig Jahre deutsch-baltischer Geschichte von der Jahrhundertwende bis zu der Besetzung der eigenständigen Republiken Estland und Lettland durch die Sowjetunion Ende 1939 und der Umsiedlung der Baltendeutschen. In ihren Berichten über ihr wechselvolles Leben, das sie in Riga und Reval führte, und von den harten Zeiten der Flucht, Rückkehr und Vertreibung, entsteht das lebendige Bild einer halb fremden, halb vertrauten Welt. Die Landschaften des Baltikums waren geprägt von einer Mischung der Sphären, in der neben Deutsch auch Russisch gesprochen wurde. Man lebte in dem Gefühl, an den Grenzen des Kontinents zu stehen. Mit Skepsis blickte man auf die westliche Hemisphäre mit ihren Moden und ihrer Politik. Und doch ist fast alles europäisch an dieser Lebensweise: die Badeorte mit ihren Musikpavillons und der Rhythmus der großen und kleineren Feiern, die das gesellschaftliche Leben der Baltendeutschen prägte. „Verwehte Blätter“ ist ein spannendes Stück gelebter Geschichte – ein fesselndes geschichtliches Porträt Alt-Livlands, Estlands und der Deutschbalten im vergangenen Jahrhundert. 360 Seiten
Nr. P 533188 Gebunden mit Schutzumschlag 16,95 €



Ruth Geede
Der Wiesenblumenstrauß
Heitere ostpreußische Geschichten
Ein Strauß voller humorvoller Kurzgeschichten und Gedichte, der den Duft der unvergessenen Heimat verbreitet, ist in diesem Band versammelt. Liebevoll schildert Ruth Geede in „Der Wiesenblumenstrauß“ die Eigenarten ihrer Landsleute – liebenswürdig und unverwechselbar, teilweise in ostpreußischer Mundart. Da gibt es zum Beispiel den kleinen Instjungen Nante, der die Gutstochter Annemarie vor einer ungewollten Heirat bewahrt und auf diese Weise seine Vorliebe für Igel entdeckt oder das Kindermädchen Nusch, das von der großen weiten Welt träumt und eine folgenreiche Zugreise unternimmt. In jeder Erzählung schildert die „Grande Dame der Ostpreußen“ eine lustige Begebenheit und lässt in den Gedichten die alte Heimat Ostpreußen mit ihren Bewohnern, die das Land so liebenswert machen, wiederauferstehen. Mit 101 Jahren ist Ruth Geede die älteste aktive Journalistin der Welt. Sie lebt und arbeitet heute in Hamburg. 176 Seiten.
Nr. P 533191 Gebunden mit Schutzumschlag 12,95 €

Agnes Miegel
Es war ein Land Ostpreußen
Gedichte und Geschichten
Ostpreußische Landschaften, Städte und ihre Menschen im Jahres- und Lebenslauf werden in diesem Band liebevoll porträtiert. In berührender Sprache lässt uns Agnes Miegel an dem Jahreskreis der Feste, dem Lauf der Jahreszeiten mit ihren Besonderheiten, dem Alltagsleben und den Alltagsnöten von Alt und Jung teilnehmen. Sie versteht es meisterhaft, mit ihren Erzählungen ebenso die Wärme und Geborgenheit in einer Familie, wie auch Kummer, tiefe Trauer und Heimweh oder auch liebevolle Landschafts-, Tier- und Blumenbeschreibungen zu vermitteln. Vor dem Leser steigt das lebendig gewordene, geliebte Heimatland der Dichterin in farbigen Bildern auf. Der berührende Band endet mit einer ergreifenden Totenklage über ihr geliebtes Ostpreußen, dargestellt in einigen Gedichten. Die die Erzählungen begleitenden Illustrationen in diesem Buch stammen von der bekannten masurischen Künstlerin Anneliese Plangger-Popp, die mit zahlreichen Holzstichen und Holz- und Linolschnitten die Stimmungen der ostpreußischen Landschaften beschwört. Agnes Miegel wurde 1879 in Königsberg geboren und gilt als die größte Dichterin Ostpreußens im 20. Jahrhundert. 224 Seiten
Nr. P 533194 Gebunden mit Schutzumschlag 12,95 €



Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten
Erinnerungen eines alten Ostpreußen
66 S/W-Abbildungen.
384 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 533115 14,95 €

Der vor einigen Jahren verstorbene Autor Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten nimmt uns mit auf eine Reise in die Vergangenheit. Von den gut behüteten Kindertagen zu Anfang des letzten Jahrhunderts auf Schloss Schlobitten bis hin zu den dramatischen Ereignissen des Jahres 1945, der Flucht und der Nachkriegszeit zieht sich der Bogen seiner Erinnerungen. Das Landleben auf den ostpreußischen Gütern, rauschende Feste, aber auch Sorgen vor dem heraufziehenden Unheil prägten sein Leben und lassen eine untergegangene Welt noch einmal auferstehen! Kaum ein zweiter Name ist so eng mit Ostpreußen verknüpft wie der des Fürsten.



Ruth Geede
Die Weihnachtsfamilie
Vom Zauber der ostpreußischen Weihnacht
„‚O du fröhliche …‘ sangen wir als Kinder mit besonderer Inbrunst, denn Weihnachten war ja ein fröhliches Fest, jedenfalls bei uns daheim in Ostpreußen“. So beginnt Ruth Geedes Vorwort für den Titel „Die Weihnachtsfamilie“ in dem, neben eigenen Texten, Lieder, Gedichte und Geschichten ostpreußischer Autorinnen und Autoren versammelt sind. Auch Rezepte mit Leckereien rund um die Weihnachtszeit fehlen nicht, denn was wäre ein Weihnachtsfest in Ostpreußen ohne das unvergleichliche Marzipan, das von der Großmutter höchstpersönlich zu diesem Anlass hergestellt wurde. Ruth Geede führt uns mit „Die Weihnachtsfamilie“ zurück in die alte Heimat Ostpreußen, sie erinnert an weiße Weihnacht mit klirrendem Frost und Schlittenfahrten durch tiefverschneite Wälder und immer glaubt man bei der Lektüre den Duft von Honig und Harz zu verspüren und vernimmt das Zischen der Bratäpfel in der Röhre des bullernden Kachelofens. 160 Seiten.
Nr. P 533190 Gebunden mit Schutzumschlag 12,95 €

E. G. Stahl
Die Mücke im Bernstein
Der große Ostpreußenroman
Else Stahl lässt die Landschaft Ostpreußens mit ihren dunklen Wäldern, kristallenen Seen, goldgelben Weizenfeldern und schimmernden Küsten zu neuem Leben erwachen und nimmt den Leser mit auf eine Reise durch die Zeit. Vor diesem Hintergrund spielt die jahrhundertlange Geschichte einer Familie. Ein goldschimmernder Bernstein mit einer eingeschlossenen Mücke, der vom Meer an die samländische Küste gespült wurde, wird von Generation zu Generation weitervererbt und ist Zeuge der ineinander verwobenen Lebensgeschichten. Er geht verloren, taucht immer wieder auf, niemand weiß, wie er in diesen Kreislauf geraten ist. Doch dieses Schmuckstück verheißt nichts Gutes. Aus Liebe wird Hass, aus Freude wird Leid, aus Frieden wird Krieg. Den Helden des Romans wird kein dauerhaftes Glück zuteil. Jedes Kapitel erzählt die Geschichte einer Generation, die mit der vorherigen auf raffinierte Weise verbunden ist. Mit ihrer fesselnden Erzählweise sorgt Else Stahl für anhaltende Spannung und lässt den Leser in eine längst vergangene Welt eintauchen. 440 Seiten.
Nr. P 533186 Gebunden mit Schutzumschlag 16,95 €



Brigitte Hansen
Sage nie, das kann ich nicht
Als Kind in den Ruinen von Danzig und Stettin
Brigitte Hansen, 1931 geboren, verbrachte ihre ersten Lebensjahre in Stettin. Aus beruflichen Gründen siedelte die Familie 1940 nach Danzig um. 1944 ging sie mit Mutter und Schwester zu einer Tante nach Zollbrück, das ihnen sicherer erschien. Mit Herannahen der russischen Front gelang der Schicksalsgemeinschaft, bestehend aus den Frauen mit Kindern und Enkelkindern die Flucht nach Danzig. Hier erlebten Sie nach schweren Gefechten die Einnahme der Stadt durch die Rote Armee. Entbehrungen, Plünderungen, Krankheiten sowie die ständigen Übergriffe durch russische Soldaten mussten ertragen werden. Die Suche nach Nahrung und Trinkwasser bestimmte den Tagesablauf. Ab Mai 1945 von der russi schen Armee aus Danzig ausgewiesen, führte der Weg der Fami lie über Zollbrück und Stettin in die britische Besatzungszone, wo sie sich ab 1946 ein neues Leben aufbauten. Viele Jahre nach den schrecklichen Geschehnissen in Pommern hat Brigitte Hansen ihre Erlebnisse niedergeschrieben. Sie legt damit ein Zeugnis von zeitgeschichtlicher Bedeutung ab, das als eindrückliches Beispiel für das Schicksal der deutschen Vertriebenen aus den Ostgebieten steht. 136 Seiten
Nr. P 533185 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €



Dr. Horst Wolf
Als Stabsarzt in Danzig, Westpreußen und Ostpreußen 1944–1947
„Das Ende des Jahres 1944 und der Anfang des neuen Jahres brachten der Lazarettstadt Elbing die Gewissheit des baldigen Zusammenbruchs.“ So beginnt der aufwühlende Zeitzeugenbericht von Dr. Horst Wolf, der als Stabsarzt der Reserve Kriegsverletzungen der Patienten behandelte. Er erlebt die heillose Flucht des kompletten Klinikpersonals. Es gelingt ihm, die Verwundeten mit einem Lazarettzug zu evakuieren. Als Arzt im Reservelazarett Danzig-Langfuhr erlebt Dr. Wolf die Einnahme der Stadt durch die Rote Armee und wird mehrfach Zeuge von brutalen Übergriffen der russischen Soldaten. Als Kriegsgefangener im Zuchthaus in Graudenz muss er mit ansehen, wie viele seiner Mitgefangenen, halb verhungert und entkräftet, von Seuchen und Krankheiten dahingerafft werden und entkommt selbst dem sicheren Tod nur durch ein Wunder. Nach Preußisch Eylau verlegt, arbeitet er als Arzt im Sanitätslager 583 und im Rajon-Krankenhaus. Der mitreißend geschriebene Bericht lässt uns teilhaben am Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung in den ehemaligen deutschen Provinzen unter russischer Herrschaft. 176 Seiten
Nr. P 533195 Gebunden mit Schutzumschlag 16,95 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name
Straße/Nr. Telefon
PLZ/Ort
Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Petition fordert Merkel heraus

Dresden – Der Dresdener Politikwissenschaftler Werner Patzelt hat mit Kollegen eine Petition an Bundeskanzlerin Merkel gerichtet. Darin bittet er die Kanzlerin, sie möge jenes Video, auf dem ihre Behauptung der Chemnitzer „Hetzjagden“ beruhe, veröffentlichen. Des Weiteren bittet er Merkel, den angewandten Begriff „Zusammenrottung“ zu erläutern. Bis Dienstag hatten mehr als 38000 Menschen die Petition auf „change.org“ unterzeichnet. *H.H.*

Verleger ehren die Kanzlerin

Berlin – Der Verband der Zeitschriftenverleger (VDZ) hat Bundeskanzlerin Merkel mit dem „Ehren-Victoria“ ausgezeichnet. Damit würdigt der Verband Merkels „erfolgreiche Bewältigung der Finanzkrise“, ihre „Führung in einem turbulenten Europa“ und ihre Verdienste um die wirtschaftliche und demokratische Strahlkraft Deutschlands. *H.H.*

ZUR PERSON

Ein politisch seltsames Paar

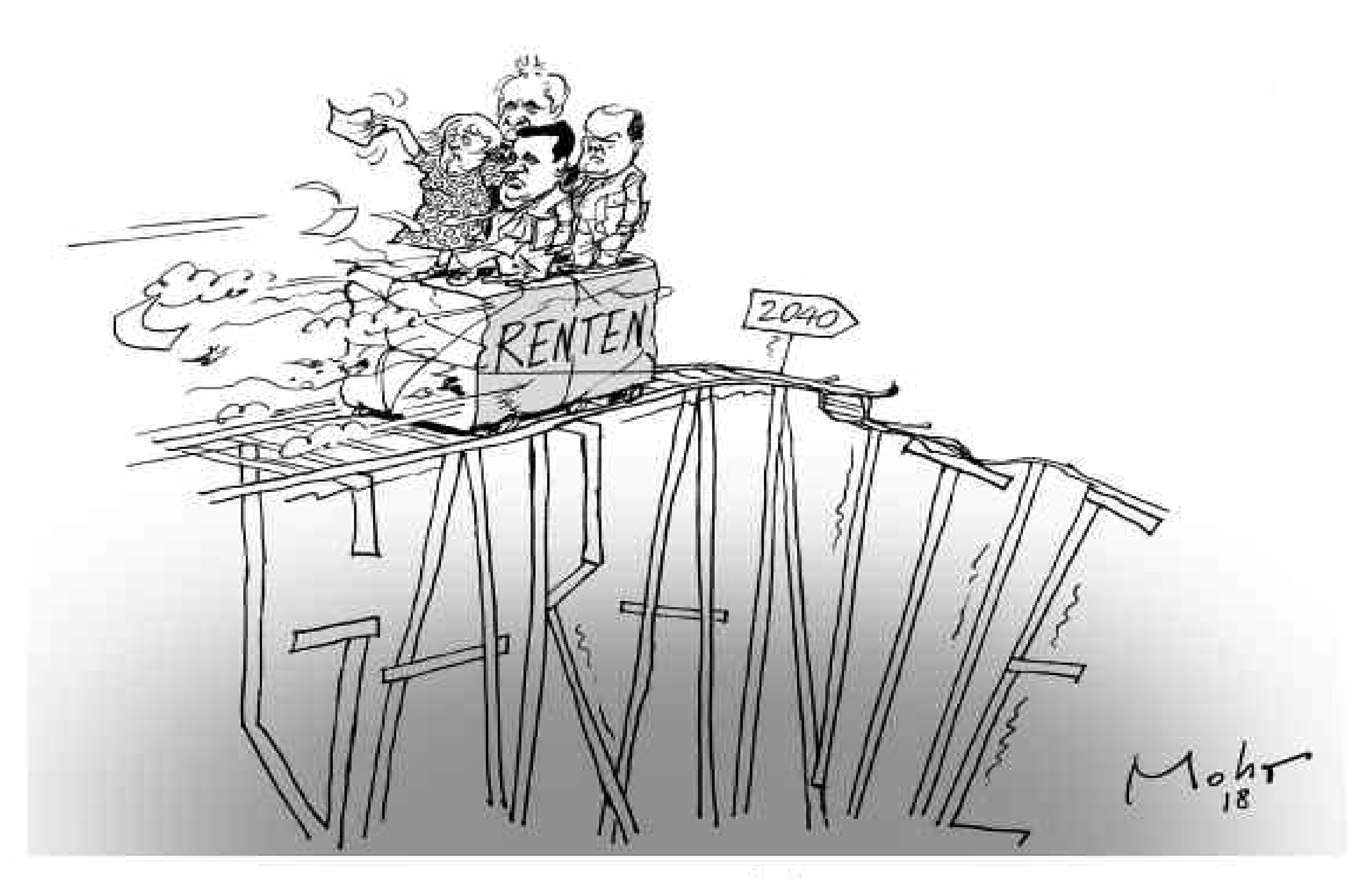
Als „seltsames Paar“ kabbelten sich Jack Lemmon und Walther Matthau einst auf der Leinwand. So sehr sich diese unterschiedlichen WG-Typen – ein nervöses Wrack der eine, ein unsensibler Zyniker der andere – auch gezofft haben, so kam doch der eine nicht ohne den anderen aus.

Als seltsames Paar stellen sich viele von außen auch die Eheleute **Caroline Sommerfeld-Lethen** und Helmut Lethen vor. Und das nicht allein wegen des Altersunterschiedes von rund 36 Jahren, sondern weil sie rechts und er links denkt. Wegen der politischen Gesinnung Sommerfeld-Lethens sind jetzt die zwei Söhne des seit 20 Jahren verheirateten Paares von einer Wiener Waldorfschule verwiesen wurden (siehe Seite 6). Selbst die „FAZ“ bezeichnete diese Sippenhaft empört „als Grausamkeit, wie man sie nur aus Diktaturen kennt“.

Die 1975 im norddeutschen Mölln geborene Sommerfeld-Lethen bezeichnet sich selbst als Aktivistin der Identitären Bewegung. Die Germanistin und Philosophin, die 2005 mit einer viel gelobten Arbeit über Kant promovierte, muss deswegen wohl auch in der Ehe einiges aushalten. Denn ihr 79-jähriger Mann und Professor, den sie als Studentin in Rostock kennengelernt hatte, war einst Mitglied einer maoistischen Studentengruppe und vertritt bis heute als Kulturwissenschaftler und Autor von Bestsellern extrem linke Ansichten.


Bild: Imago

Für dieses seltsame Paar interessierte sich sogar die „New York Times“, welche nach einem Besuch in dessen Wiener Zuhause resümierte: „Wenn sie Identität sagt, hört er Exklusion. Wenn er Vielfalt sagt, hört sie Islamisierung.“ Dass ihr Mann der „Heterogenisierung von Völkern immer nur begeistert zuschauen“ könne, mache sie „baff“, erklärt Sommerfeld-Lethen. Andere sind baff, dass die beiden keine Paarberatung nötig haben. Auch was sich politisch neckt, liebt sich. *H. Tews*



Blick zurück

Lügen leben länger

Wie sehr sich die Dinge doch (nicht) unterscheiden, wie wir Ungarn beim Kragen packen, und wo man besser die Klappe hält / Der satirische Wochenrückblick mit Hans Heckel

Von den deutschen Leitmedien wurde der Vorgang mühsam unter den Teppich gekehrt. Doch lange lässt es sich ohnehin nicht mehr geheim halten, also plaudern wir's aus, bevor dies die anderen tun: Das EU-Parlament hat ein Verfahren gegen Deutschland eingeleitet, an dessen Ende der Entzug des Stimmrechts für die Bundesrepublik stehen könnte.

Die Anschuldigungen, sieben Punkte insgesamt, haben es in sich. Wir können sie nicht alle durchgehen und picken uns die gravierendsten Vorwürfe heraus. So sei die Bundestagswahl 2017 zwar technisch professionell und transparent verlaufen, die Grund- und Freiheitsrechte seien beachtet worden. Doch „die feindselige und einschüchternde Rhetorik der Wahlkampagne ließ der substanziellen Debatte keinen Raum“.

Vermutlich wird hier auf die aggressive „Nazis raus“-Rhetorik angespielt, die auf eine gewisse Oppositionspartei abzielte. Die Einschüchterung durch die Regierungsseite sei umso wirkungsvoller gewesen, weil die Medien ordentlich mitgeschüchtert hätten, was kein Wunder darstelle angesichts der „Eigentumsstruktur“ der deutschen Medien, welche die redaktionelle Freiheit nicht gewährleiste. Mit anderen Worten: Wo Staatssender und den Privatsektor beherrschende große Medienkonzerne Hand in Hand der Regierungsseite zuarbeiten, hat Opposition keine Chance.

Noch dazu, wie Punkt drei der Klage moniert, wo die Massenkommunikation vom Staat beobachtet werde. Ein unmissverständlicher Hinweis auf Heiko Maas' „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ gegen angebliche „Falschnachrichten“ oder „Hassreden“, die merkwürdigerweise immer nur bei oppositionellen Stimmen gefunden werden, nie bei regierungsfreundlichen.

Ja, für die Merkelregierung und ihre Legionen an Helfern wird es jetzt richtig grimmig. Oder nicht?

Nein, lösen wir das Rätsel: All diese Vorwürfe erhebt das EU-Parlament tatsächlich, doch richten sie sich nicht gegen Deutschland, sondern gegen Ungarn. Die deutschen EU-Abgeordneten von Union, SPD und Grünen tragen die Anschuldigungen mit großer Mehrheit mit. Die Anklagepunkte zusammenzustöpseln, fiel ihnen nicht schwer. Sie mussten nur die Praxis in ihrem eigenen Land betrachten, und bei ein und demselben Vorgang aus „gut“ (im Falle Deutschlands) einfach „böse“ machen, und ihr Magazin war voll für die Entrüstungskanonade.

Aber ist das nicht allzu offensichtlich? Jedem Trottel fällt doch sofort auf, dass die „Anklagepunkte“ gegen Ungarn einen exakten Spiegel der merkeldeutschen Wirklichkeit abgeben. Sicher, sicher, aber was hätten sie denn tun sollen? Wenn sie nun einmal nichts anderes finden konnten?

Die ersten sechs Punkte waren ohnehin nur Vorgeplänkel für das eigentliche Ärgernis, das erst im letzten Punkt zur Sprache kommt: Ungarns Asylpolitik. Die Magyaren wollen kein Einwanderungsland mit offenen Grenzen werden, sie misstrauen dem Islam und bestehen darauf, der demokratische Staat eines souveränen Volkes zu sein, das selbst bestimmen will, wem es sein Staatsgebiet zur Niederlassung anbietet und wem nicht.

> Der nächste Schritt ist getan. Bald haben wir die verhasste BRD geschreddert

Leider kann man den Ungarn das nicht so ohne Weiteres vorhalten, auch wenn es sich natürlich um einen Skandal handelt. Doch allzu viele Europäer, gerade die bis vor Jahren kommunistisch unterjochten, wissen noch viel zu viel über „Volkssouveränität“ und darüber, was „Demokratie“ wirklich ausmacht, als dass man ihnen einfach verordnen kann: Das gilt nicht mehr.

Ergo hat sich die Mehrheit im EU-Parlament darauf verlegt, Budapest Menschenrechtsverletzungen unterzujubeln. Asylsucher würden systematisch von Grenzschützern misshandelt, behauptet man in Brüssel. Meine Güte, ist das wirklich so? Weiß die EU auch nicht, kann sie gar nicht wissen, denn entsprechende Verfahren schweben noch. Bis zu einem Urteil gibt es nur Vorwürfe.

Das macht aber nichts. Vorwürfe genügen, um zur Gewissheit zu werden, wenn man sie benötigt. Ganz gleich, ob es sich um Budapester Misshandlungen oder Chemnitzer Hetzjagden handelt.

Das war ja wirklich ein echtes Kunststück, was? Obwohl die Hetzjagd-Lüge komplett aufgeflogen ist, lebt sie nicht nur munter weiter. Sie entfaltet überdies eine politische Wirkung, die niemand zu erhoffen wagte und bringt uns damit dem Ziel, die verhasste alte BRD zu zerlegen, einen großen Schritt näher.

Um einen derart soliden Staat zu schreddern, musste man seit 1968 lange und hart arbeiten. Nachdem Schulen, Universitäten, Kirchen, Parteien und Medien erobert waren, ging es den Institutionen des Staates an den Kragen. Die Bundewehr ist erfolgreich zur Strecke gebracht, danach wurde die Grenzsicherung lahmgelegt und die Polizei in die Verzweiflung getrieben. Das Bildungssystem schließlich ist eine Dauerbaustelle, auf der Abrissunternehmer das Zepter schwingen („Schreiben nach Gehör“, „Bologna“). Da sind wir überall schon ganz schön weit vorangekommen.

Nun ist der Verfassungsschutz dran, der dem Plattwalzen der Außengrenzen verdächtig skeptisch gegenüberstand und -steht. Die Grünen, Merkels Lieblingspartei, wollen den Verfassungsschutz in ein „Amt zur Gefahrenerkennung und Spionageabwehr“ sowie ein „Institut zum Schutz der Verfassung“ aufspalten. Bei dem „Institut“ könnten Leute wie der Chef des Thüringer Verfassungsschutzes Stephan Kramer die Richtung weisen. Kramer ist Mitglied des Stiftungsrates der Amadeu-Antonio-Stiftung. Die Gründerin und Chefin der Stiftung, Anetta Kahane, war von 1974 bis 1982 als Inoffizielle Mitarbeiterin für die Stasi tätig. Gerüchten zufolge schmiss sie den Spitzeldienst hin, weil ihr die Genossen nicht scharf genug vorgegangen sind.

Aus solchen Zutaten ließe sich ganz sicher ein hervorragendes „Institut zum Schutz der Verfassung“ basteln, in dem zahllose unterbezahlte Antifa-Genossen endlich eine angemessene Anstellung finden können, in der sie all ihre Fähigkeiten zur vollen Blüte bringen dürfen. Der „aufgebauschte“ (so Manuela Schwesig) Linksextremismus wird für so ein Institut kein Beobachtungsobjekt mehr sein, sondern im Idealfall eher so eine Art „Schwert der Partei“. Damit können die Agenten ihre ganze Kraft der bürgerlichen Opposition („Rechts“) widmen. Stasi-Veteranin Kahane alias „IM Victoria“ kann wertvolle Tipps beisteuern, wie das geht.

Und Schulung ist auch dringend nötig. Unglaublich, was da teilweise für ein dilettantischer Schrott im Kampf gegen die Opposition zusammengeklempnert wird. Wie dieses Video, das seit ein paar Tagen durchs Netz geistert. Es soll, als Satire getarnt, einen AfD-Stand zeigen, vor dem sich die heiß ersehnte Hetzjagd doch noch abgespielt hat.

Wir sehen: Einen mit AfD-Kram verkleideten Stand, dahinter ein bölkender Krawattenträger, umsäumt von ein paar Skinhead-Typen. Dann läuft ein Schwarzer vor dem Stand durchs Bild, dem Weiße folgen, die Hetzjagd eben.

Leider ist der Schwarze schon etwas älter und auch recht beleibt, er „flieht“ viel zu langsam, weshalb ihm seine Verfolger nur in mühsam verkürzten Tippelschritten folgen können, damit sie ihn nicht viel zu früh einholen. Kurz darauf erkennt man sogar, wie der Schwarze nach der „Hetzjagd“ zum Drehort zurückschlendert, wohl um den Fortgang des Geschehens am vermeintlichen Infotisch nicht zu verpassen. Oder weil's gleich Häppchen gibt.

Freunde, Genossen! So geht das nicht. Solche Produktionen zur Befestigung unseres „Wahrheitssystems“ müssen weitaus professioneller gestaltet werden. Dann kann ein richtiger Knüller draus werden. Selbst wenn anschließend auffliegt, dass alles gefälscht ist, braucht man sich keine Sorgen zu machen. Denn sollte sich noch ein Geheimdienstler finden, der die Zweifel bestätigt findet, weiß der ja nun, wie man ihn durchkneten wird. Da können wir guten Gewissens davon ausgehen, dass der die Klappe hält.

MEINUNGEN

***Boris Kálnoky**, Ungarn-Korrespondent der „Welt“, beschreibt in der Deutschen Welle (7. September), **wie Osteuropäer die Westeuropäer sehen**, und warum die Ungarn den Protest der Sachsen gut verstehen:*

„Die Westler ... sehen die Welt im Lichte von Idealen, die ihnen von Lehrern, Politikern und Medien beigebracht wurden. Da geht es nicht um die Realität, sondern ... um ‚Werte‘. Alle Menschen sind gleich. Vorbehalte gegen Menschen aus anderen Ländern sind Rassismus. Das sehen wir im Osten anders: Die Menschen sind nicht gleich, und die Völker der Welt sind nicht ‚Brüder‘. Politik ist nie ‚solidarisch‘, sondern kämpft um Macht und Interessen. Diese Phrasen kennen wir aus den Parolen der kommunistischen Diktatur ... Die Menschen im Osten interessieren sich für die Realität, die im Westen wollen die Realität an ihre ‚Werte‘ anpassen und erkennen sie deswegen oft gar nicht.“

***Gunter Weißgerber**, Gründungsmitglied der Leipziger SDP (Ost-SPD) und von 1990 bis 2005 für die SPD im Bundestag, ist entsetzt, dass SPD-Vordenkerin **Angela Marquardt**, in ihrer Jugend als Stasi-Zuträgerin tätig, im Parteiorgan „Vorwärts“ ein **Bündnis der SPD mit der „Antifa“** gefordert hat. Im Magazin „The European“ (14. September) lässt er wissen:*

„Diese Angela Marquardt mit ihrem offenen Herzen für die Stasi zeigt uns heute im traditionsreichen ‚Vorwärts‘ ihr ebenso offenes Herz für die Antifa ... MfS und Antifa sind zwei Seiten einer Medaille zur Zersetzung, Verfolgung, Verleumdung, Einschüchterung, Rufmord und Mord. Mord war Teil des MfS-Werkzeugkastens und war Kernelement des Antifa-Familienmitgliedes RAF.“

*In der Schweizer „Weltwoche“ (12. September) wendet sich **Roger Köppel** gegen die verbreitete **Arroganz** gegenüber den Menschen in den **neuen Bundesländern**:*

„Ein prominenter westdeutscher Journalist sagte mir kürzlich, die Leute im Osten, in Sachsen würden sich eben nach einem ‚starken Führer‘ sehnen. Diese Überheblichkeit ist typisch, aber der Journalist liegt falsch. Gerade die Ostdeutschen, die unter zwei Diktaturen litten, sehnen sich nach mehr Freiheit, nach einer richtigen Demokratie. Die Verfechter des Obrigkeitsstaats sitzen heute nicht im Osten, sie sitzen im Westen.“

***Michael Hanfeld** spricht in der „FAZ“ (15. September) über den **Kern der Chemnitz-Kontroverse**:*

„Es geht um Deutungshoheit, es geht um die Machtfrage, es geht darum, wer Angela Merkel widersprechen darf und wer nicht oder ob das überhaupt jemand darf. Bemerkt bei diesem Veitstanz noch jemand, von wo und wem die Stichworte kommen, denen die politische Mitte gehorcht? Von Linksaußen und von der AfD. Die darf sich auch gratulieren.“

*Bei einer Konferenz im schwedischen Malmö gab der **Dalai Lama** laut „Wiener Zeitung“ (12. September) zu Protokoll:*

„Ich denke, Europa gehört den Europäern.“